

Nr. 4 Dez. 2002



## DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS

# Vom Ganzen her denken

Konzeptuelle Bausteine einer  
menschengerechten Globalisierung

Geistige, ökonomische und rechtliche Dimensionen - Nachhaltigkeit - Bodennutzungsrecht -  
Kapitalverkehr - Ressourcen - Existenzsicherung - Dienstleistungssektor - Schenkung - Strategien

Betrachtungen, Berichte, Termine, Kostenausgleich

HERAUSGEGEBEN VON DER INITIATIVE NETZWERK DREIGLIEDERUNG

## Editorial

Ein altes Jahr geht zu Ende. Das neue wird ein Jahr schwerwiegender Entscheidungen werden, in Europa und weltweit. Besonders das bevorstehende Gipfeltreffen der Welthandelsorganisation WTO im September in Cancun / Mexiko wirft seine Schatten voraus, was sich im Heft in zahlreichen Beiträgen zeigt - etwa zu den sogenannten Singapore Issues oder den Auswirkungen von GATS auf Schulen in freier Trägerschaft. Wird es gelingen, ungute Entwicklungen zu stoppen, um schließlich eine Wende zu einer menschengerechten Gestaltung der Globalisierung zu erreichen? Die Globalisierung stellt die Menschheit vor neue Fragen. Um Antworten zu finden, die tragen, gilt es, ein neues Denken vom Ganzen her zu entwickeln. Dieses Thema steht im Mittelpunkt des Heftes, in Form von Arbeitsmaterialien, die aus einer Tagung an der Universität Trier im Oktober hervorgegangen sind. Sie sind gedacht als Beiträge für einen Dialog über die Konturen einer neuen Welt, wie er in der Zivilgesellschaft zunehmend gesucht und geführt wird. Im Ringen um eine gerechtere Welt müssen neben äußeren Widerständen auch innere überwunden werden. Dazu gehört, dass wir nicht zurückfallen dürfen in altes Denken. Mit dieser Gefahr haben wir es überall zu tun, wo Neues sich entwickeln will. Das gilt auch für das engere institutionelle Umfeld, in dem viele Menschen wirken, die sich der Dreigliederung verpflichtet fühlen. Viele von uns leben mit diesem Gefühl, sich in einer Phase ernster Prüfungen zu befinden. In einer solchen Zeit ist es gut zu wissen, dass man Freundinnen und Freunde hat, die sich gegenseitig in der Arbeit für soziale Erneuerung unterstützen. Ich bin dankbar dafür, dass auf diese Weise auch in finanzieller Hinsicht das Wirken der Initiative Netzwerk Dreigliederung im letzten Jahr ermöglicht werden konnte, und ich setze darauf, dass dies auch im kommenden Jahr der Fall sein wird. In diesem Zusammenhang erbitte ich Ihre Aufmerksamkeit für den Etat 2003 und den Aufruf zum Kostenausgleich.

Allen Rundbriefleserinnen und -lesern wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für 2003!

Ihr  


### Impressum

Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Adresse: Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 / 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: Netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. Umschlaggestaltung: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr Euro 20,-). Zahlungen bitte durch Geldschein, Scheck oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 60050101. Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang August und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

## Inhalt

**Notiert: Aus dem Zeitgeschehen ..... S. 2**

**Vom Ganzen her denken -  
 Konzeptuelle Bausteine einer  
 menschengerechten Globalisierung.... S. 4**

Die geistige Dimension der Globalisierung  
 (U. Herrmannstorfer) ..... S. 5

Die wirtschaftliche Dimension der  
 Globalisierung (H. Spehl) ..... S. 5

Die staatlich-rechtliche Dimension der  
 Globalisierung (C. Strawe) ..... S. 6

Nach Rio + 10: Nachhaltigkeit - Leitbild  
 oder Trugbild? (H. Spehl) ..... S. 9

Die Frage nach einem modernen Bodennut-  
 zungsrecht (U. Herrmannstorfer) ..... S. 10

Die Sozialbindung des Kapitals - Grenzen  
 des freien Kapitalverkehrs (W. Filc) ..... S. 11

Umgang mit Ressourcen  
 (U. Herrmannstorfer) ..... S. 13

Das Menschenrecht auf Existenz  
 (H. Spehl) ..... S. 14

Zur Neuordnung der Dienstleistungen  
 (C. Strawe) ..... S. 16

Schenkung als Entwicklungsbedingung  
 (U. Herrmannstorfer) ..... S. 20

Handlungsrichtungen (C. Strawe) ..... S. 21

**Betrachtungen und Berichte ..... S. 23**

Vielfalt - Gerechtigkeit - Nachhaltigkeit .... S. 23

Die „Singapore Issues“ der WTO- neue  
 drohende Gefahren für Entwicklungsländer  
 und Nachhaltigkeit (M. Khor) ..... S. 25

Nachrufe auf Bertold Hasen-Müller und  
 Michael Baumann ..... S. 29

Auswirkungen des GATS-Abkommens  
 auf Schulen in freier Trägerschaft  
 (C. Strawe) ..... S. 31

GATS/WTO // MTK-IDEE Luxemburg //  
 Zu positiven und negativen Wertbildungen //  
 Europäisches Sozialforum Florenz // Mut  
 zur Wahrhaftigkeit ist gefragt - Ein Brief  
 nach Dornach ..... S. 34ff.

**Literaturhinweis ..... S. 39**

Das Ich und das Ding an sich  
 (Th. Brunner) ..... S. 39

**Aufgabenerfüllung ermöglichen:  
 Aufruf zum Kostenausgleich -  
 Etat 2003 der Initiative Netzwerk ..... S. 40**

**Ankündigungen und Termine ..... S. 42**

Studienhilfe der GTS // GATS-Postkartenaktion //  
 Weltsozialforum Porto Alegre 2003 //

Wege in eine gerechtere Welt - Alternativen  
 zur neoliberalen Weltwirtschaftsordnung //

Fortbildungsseminare „Individualität und soziale  
 Verantwortung“ 2003

## Notiert: Aus dem Zeitgeschehen\*

Bei den Bundestagswahlen ergibt sich eine knappe Mehrheit für eine rot-grüne Koalition. Gerhard Schröder wird wieder zum Kanzler gewählt. Wolfgang Clement wird Chef eines neuen Superministeriums für Arbeit und Wirtschaft

+++ Die Kassenlage des Staates erweist sich als so schwierig, dass entgegen den Ankündigungen vor der Wahl zahlreiche Steuererhöhungen bzw. Streichungen von Steuervergünstigungen ins Auge gefasst werden, um der Haushaltskrise Herr zu werden. Außerdem Erhöhung der Rentenbeiträge. Dies führt zu drastisch sinkenden Sympathiewerten für die Regierung. Ulla Schmidt, Ministerin für Gesundheit und soziale Sicherheit, kündigt ein radikales Sparprogramm im Gesundheitswesen an, das auf massiven Protest stößt

+++ 149 israelische Wissenschaftler richten eine dringende Warnung vor möglichen Massenvertreibungen von Palästinensern durch die israelische Regierung an die internationale Gemeinschaft. In dem in der britischen Zeitschrift „The Guardian“ erschienenen Text zeigen sie sich entsetzt über den „Truppenaufbau der USA zu einem Angriff gegen den Irak und die begeisterte Unterstützung durch die israelische politische Führung“

+++ Regierungskrise in Israel, ausgelöst durch den Rückzug der Arbeitspartei aus der Regierungsverantwortung

+++ Nach dem Abgeordnetenhaus erteilt auch der Senat Präsident Bush die verlangte Kriegsvollmacht

+++ Bei einem Selbstmordanschlag auf ein kenianisches Hotel mit israelischen Gästen werden 16 Menschen getötet und zahlreiche weitere verletzt

+++ Bundeskanzler Schröder verspricht Israel Luftabwehrraketen

+++ Die „Hartz-Gesetze“ zur Arbeitsmarktreform werden vom Bundesrat zunächst gestoppt

+++ Tschetschenische Rebellen stürmen in Moskau ein Theater und nehmen 700 Geiseln; bei der Geiselnbefreiung kommen durch Gaseinsatz auch zahlreiche Geiseln zu Tode

+++ Neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas wird auf einem Parteitag der 59-jährige Hu Jintao. Die KP Chinas will künftig nicht nur die Arbeiter und Bauern vertreten, sondern sich auch vorsichtig der neuen Klasse von Privat-Unternehmern öffnen

+++ Jürgen Möllemann tritt als Landeschef und Fraktionsvorsitzender der NRW-FDP zurück, nachdem er im Zusammenhang mit dem Druck eines umstrittenen Wahlkampfflugblatts des Verstoßes gegen das Parteiengesetz beschuldigt worden war. In der Folge werden weitere Vorwürfe wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten gegen ihn erhoben. Die Parteiführung der FDP distanziert sich endgültig von dem umstrittenen Politiker. Sein Nachfolger als Landesvorsitzender wird schließlich der FDP-Politiker Pinkwart

+++ 60.000 TeilnehmerInnen beim Europäischen Sozialforum in Florenz. Weit über eine halbe Million Menschen demonstrieren für den Frieden

+++ Wahldebakel der Freiheitlichen Partei in Österreich, die FPÖ-Wähler wechseln zum großen Teil zur Österreichischen Volkspartei über

+++ Tod des amerikanischen Philosophen John

Rawls

+++ Tod des Spiegel-Verlegers Rudolf Augstein

+++ Die Republikaner verteidigen bei den Kongresswahlen nicht nur ihre dominierende Stellung im Repräsentantenhaus, sondern gewinnen auch die Mehrheit im Senat

+++ Die Havarie eines Tankers vor der spanischen Atlantikküste führt zu einer katastrophalen Ölpest

+++ Die EU-Staats- und Regierungschefs einigen sich auf die Finanzierung der EU-Osterweiterung. Zehn Staaten - Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Zypern und die Slowakei - sollen nun 2004 in die EU aufgenommen werden. Mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei wird ebenfalls verhandelt, doch gibt es hier noch keine Terminzusage. Zuvor hatten sich Deutschland und Frankreich über eine Begrenzung der Agrarausgaben geeinigt. Danach sollen die Zahlungen bis 2006 eingefroren werden. Ein weiteres Hindernis hatten die Iren beseitigt, indem sie sich bei einer Volksabstimmung mit 63% der Wählerstimmen für die EU-Erweiterung aussprachen. Damit konnte der Vertrag von Nizza, der Grundlage für die Ost-Erweiterung der EU ist, auch von Irland ratifiziert werden. Das Präsidium des Konvents für die Zukunft Europas legte dem Gremium einen Entwurf für einen europäischen Verfassungsvertrag vor, - im Wesentlichen eine Art Gliederung, die die Struktur und die zu behandelnden Inhalte vorgeben soll. Die Bundesregierung hatte im Koalitionsvertrag u.a. die Aufnahme der seinerzeit proklamierten Grundrechte-Charta als Grundrechtsteil in den Verfassungsvertrag gefordert

+++ Der UNO-Sicherheitsrat nimmt eine Resolution an, die den Irak zur Wiederaufnahme der Waffeninspektionen zwingen soll. Eine von den USA geforderte noch schärfere Resolution war zuvor am Widerstand vor allem Frankreichs und Russlands gescheitert. Der Irak akzeptiert schließlich die Resolution und lässt die UNO-Inspektoren wieder ins Land. Auch wird ein umfassender Bericht über Waffenproduktion vorgelegt. Dennoch verstummen die Behauptungen über geheime Produktion von Massenvernichtungswaffen nicht

+++ Führungskrise bei den Grünen. Nachdem auch im zweiten Anlauf die Trennung von Amt und Mandat nicht aufgehoben werden kann, treten die bisherigen Parteivorsitzenden Roth und Kuhn zurück, an ihre Stelle treten Reinhard Büttikofer und Angelika Beer

+++ Über vier Millionen Arbeitslose in Deutschland

+++ Bei der Haushaltsdebatte im deutschen Bundestag liefern sich Regierung und Opposition einen Schlagabtausch

+++ Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst; die öffentlichen Arbeitgeber fordern eine Nullrunde. Proteste der Gewerkschaft ver.di

+++ Sonnenfinsternis auf der Südhalbkugel der Erde

+++ Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks Attac demonstrieren in Berlin gegen die Politik von EU-Handelskommissar Pascal Lamy, besonders gegen seine Rolle bei den GATS-Verhandlungen

+++ Kanzler Schröder fordert Parteidisziplin und droht indirekt mit dem Rücktritt

+++ United Airlines, die zweitgrößte Fluglinie der USA, ist pleite

+++ Das Bundeskabinett beschließt längere Laden-Öffnungszeiten. Samstags dürfen nun die Geschäfte bis 20 Uhr öffnen

+++ In Kopenhagen ebnen die Staats- und Regierungschefs der EU am 13. Dezember endgültig den Weg für die Osterweiterung der Union

\* Bis 14. Dezember 2002

# Vom Ganzen her denken

## Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung

### *Arbeitsmaterialien einer Tagung an der Universität Trier*

Vom 11. bis 13. Oktober 2002 fand an der Universität Trier eine Tagung im Rahmen der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“ und der „Anthroposophischen Hochschulwochen“ statt. Zu der Veranstaltung, auf die auch die TAZ unter der Überschrift „Weltweit gerecht“ aufmerksam gemacht hatte, waren an die hundert TeilnehmerInnen erschienen. Die Zielrichtung wird aus dem Einladungstext deutlich, in dem es heißt:

„Das Wort ‘Globalisierung’ ist heute in aller Munde. Wir benennen damit einen Prozess, der immer tiefer in das Leben aller Menschen eingreift und mit der Ausbildung eines weltweiten Geflechts ökonomischer Abhängigkeiten zu tun hat. Die Form, in der er sich heute vollzieht, ist geprägt von neoliberalistischen Vorstellungen, wie sie auch die Grundlage der Tätigkeit immer mächtiger werdender globaler Institutionen bilden, allen voran der Welthandelsorganisation WTO. Diese schickt sich mit dem GATS- und TRIPS-Abkommen an, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens weltweit kommerziellen Gesichtspunkten zu unterwerfen.

Inzwischen hat sich gegen diese Tendenzen eine zivilgesellschaftliche Bewegung formiert. Sie wird von ihren Gegnern gerne als Anti-Globalisierungsbewegung bezeichnet, wendet sich jedoch im Kern nur gegen die bestimmte Form, in der sich die Globalisierung heute vollzieht. Sie weist dabei insbesondere auch auf die wachsende Schere zwischen Reichtum und Armut auf dem Globus hin. In ihre Forderungen nach sozialer und ökologischer Gestaltung der ökonomischen Globalisierung stimmen inzwischen vereinzelt auch weiterblickende Vertreter der bestehenden Institutionen ein.

In den nächsten beiden Jahren geht es um entscheidende Weichenstellungen. Wird eine neue ‘Liberalisierungsrunde’ der WTO vollendete Tatsachen schaffen oder gelingt es, den Raum für andere Gestaltungsansätze der Globalisierung offen zu halten? Und wie kann die andere, die menschengerechte Form der Globalisierung aussehen, wie können die Probleme praktisch angegangen werden? Diese Frage wurde z.B. im Rahmen des zweiten Weltsozialforums in Porto Alegre/Brasilien Anfang dieses Jahres von über 50.000 Akteuren der Zivilgesellschaft bewegt. Dort hat u.a. das Inter-

nationale Forum zu Globalisierungsfragen (IFG), dem zahlreiche führende Repräsentanten der Zivilgesellschaft aus allen Kontinenten angehören, einen Bericht über Alternativen zur gegenwärtigen Form der Globalisierung vorgelegt, mit dem das IFG einen dreijährigen globalen Diskussionsprozess unter allen weltweit Interessierten einleiten möchte.“ (Zu finden im Internet unter [www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/IFG\\_Bericht.pdf](http://www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/IFG_Bericht.pdf) und im englischen Original unter [www.ifg.org](http://www.ifg.org)).

„Das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart und das Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach beschäftigen sich seit vielen Jahren mit dieser Thematik. Sie haben vor der Entwicklung, die durch die WTO vorangetrieben wird, bereits zu einer Zeit gewarnt, als dieses Thema in der Öffentlichkeit noch völlig unbeachtet war. Sie haben auch zu einzelnen Gestaltungsfragen bereits in der Vergangenheit lösungsorientierte Vorschläge erarbeitet, so z.B. zur Sicherung der Sozialsysteme. Sie begrüßen daher die Initiative des IFG und greifen das Angebot zum zivilgesellschaftlichen Dialog auf.

Mit der Trierer Tagung wollen sie Bausteine für eine menschengerechte Form der Globalisierung erarbeiten helfen und für den weiteren Diskussionsprozess zur Verfügung stellen.“

Die einleitenden Referate zu einzelnen Aspekten wurden von Udo Herrmannstorfer, Dr. Christoph Strawe, Prof. Dr. Harald Spehl und Prof. Dr. Wolfgang Filc gehalten. Die drei erstgenannten bilden den Vorstand des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart e.V., Prof. Dr. Wolfgang Filc lehrt wie H. Spehl Ökonomie an der Universität Trier und gilt als profiliertes Kritiker deregulierter Finanzmärkte. Zur Zeit von Oskar Lafontaine war er Abteilungsleiter im Finanzministerium und kehrte nach Lafontaines Rücktritt an die Universität zurück.

Methodisch wurde an vielen Stellen der Tagung - vor allem von Udo Herrmannstorfer - immer wieder herausgearbeitet, dass Globalisierung die Ausbildung einer neuen Denkart erfordert: eben das Denken vom Ganzen her. Die alte „Nationalökonomie“ und die „Betriebswirtschaft“ denken von einem Punkt aus: die Interessen der eigenen Nation bzw. des eigenen Betriebes stehen im Mittelpunkt. Dies war immer schon problema-

tisch angesichts der sich entwickelnden Arbeitsteilung und des Zusammenwachsens der Menschheit über den Globus hin. Inzwischen haben wir einen Punkt in der Entwicklung erreicht, wo „Umkreisbewusstsein“ lebensnotwendig wird. Dieses Bewusstsein kann man nicht programmatisch verankern, man kann es nur leben, indem man Menschen in Bewegung bringt und Verhältnisse schafft, die immer mehr reale Zusammenarbeit ermöglichen. Der Übergang von der Betrachtung aus dem punktuellen Zentrumsbewusstsein zum „integralen“ Umkreisbewusstsein ist eine Umstülpung und damit mehr als bloße Expansion. Methodisch muss hier der Versuch gemacht werden, bewegliche „Bildbegriffe“ zu schaffen, in denen die Fülle der Erscheinungen verdichtet werden kann und die es dem Bewusstsein erlauben, in den Fluß des sozialen Geschehens einzutauchen.

Die folgenden thesenhaften Zusammenfassungen wurden größtenteils für das Seminar vorher formuliert und hinterher von den Autoren redigiert. Dass sie von unterschiedlicher Dichte bzw. Länge sind, unterstreicht ihren Charakter als Materialsammlung. Wir hoffen, dass diese Beiträge als ein erstes Arbeitsmaterial für eine vertiefte Debatte über Gestaltungsfragen der Globalisierung dienen können, wie sie u.a. im IFG-Report angeregt wurde.

*Christoph Strawe*

---

## DIE GEISTIGE DIMENSION DER GLOBALISIERUNG

---

### Thesen

*Udo Herrmannstorfer*

1. Die Tendenz zur Globalisierung liegt unserer ganzen neuzeitlichen Kulturepoche zu Grunde. Das Aufkommen des Wortes in den 90er Jahren bedeutet nur, dass dieser Prozess sich äußerlich abrundet. Die Entwicklung des letzten Jahrhunderts ergibt sich nicht nur aus einer geschichtlichen Betrachtung, sondern ist als Vorhaben „Für eine neue Weltordnung“ auch politisch bewusst angestrebt worden. Nach der Epoche des politischen Kolonialismus übernahm die Wirtschaft die Rolle des Integrationsfaktors. Mit den großen globalen Verträgen, vor allem mit dem MAI-Abkommen als eine Art Schlussstein, sollte die globalisierungsfördernde Ökonomieordnung des Neoliberalismus sogar über die gesellschaftspolitische Ordnung gestellt werden. Durch die Ereignisse in Seattle wurde diese Entwicklung zunächst gestoppt.

2. Eine Kultur, die wie die europäische ihre regional-ursprünglichen Grenzen verlässt und die ganze Welt erfasst, könnte den Globus nur zu einem dauerhaften imperialen Weltreich formen, wenn sie nicht auch etwas in sich trüge, das in der Lage wäre, andere Kulturen zu verstehen und zu befruchten. Dieses Neue betrifft das Selbstverständnis des Menschen als einer Individualität

und die Möglichkeiten zu ihrer Entwicklung. Nicht der in unserer Kultur herrschende wissenschaftliche Materialismus, der als Folge der Ausbildung des Selbstbewusstseins aufkam, ist die eigentliche Kulturbotschaft, sondern der aufgrund der dadurch verstärkten Bewusstseinskräfte neu erschlossene Zugang zu den geistigen Grundlagen von Mensch und Welt, wie er im Christentum verankert ist und z.B. durch die Anthroposophie bewusst erschlossen wurde. Dadurch wird aus der Globalisierung mehr als nur eine Marktausweitung.

3. In einer globalisierten Welt entsteht die Frage nach der Weltkultur. Dass diese Frage nicht im Sinne von nationalen Interessen beantwortet werden darf ist deutlich. Diese bisherigen kultur- und volksbildenden Kräfte können nicht der Ausgangspunkt sein, da sie tendenziell zu Unvereinbarkeiten führen. Im Gegenteil, werden solche Kräfte geweckt, so rufen sie geradezu Unmenschlichkeiten hervor, sowohl innerhalb von Staaten mit gemischten Bevölkerungen als auch international. Machtpolitik ist keine Antwort auf die Fragestellungen der Globalisierung. Das neue Kulturbild muss im einzelnen Menschen selbst die Kräfte finden und anregen, von denen sich die sozialen Gestaltungen befruchten lassen. Es kann daher weder national, noch international, weder multinational noch supranational, sondern nur allgemein menschlich sein.

4. Es wird wesentlich darauf ankommen, in der Globalisierungsdiskussion nicht nur Völker, Staaten oder Märkte zu sehen, sondern den Blick fest auf den Menschen und seine Entwicklung zu richten, wie sie überall in der Welt stattfindet. Das Wort „allgemein“ darf deshalb nicht mit „abstrakt“ gleichgesetzt werden, sondern das Menschenbild muss den Menschen in seiner realen Individualität erfassen. Dann wird man bemerken, dass der Mensch selbst ein Entwicklungswesen ist. Von da aus wird dann auch jeweils Licht fallen auf die Frage, wie Menschen und Menschengruppen zueinander stehen und was in der jeweiligen Situation geschehen muss, um die Entwicklung zu fördern.

---

## DIE WIRTSCHAFTLICHE DIMENSION DER GLOBALISIERUNG

---

### Thesen

*Prof. Dr. Harald Spehl*

1. *Globalisierung ist kein Naturereignis, sondern das Ergebnis menschlicher Entscheidungen.*

2. *Globalisierung ist mehr als Internationalisierung.* Globalisierung bedeutet eine neue Qualität der menschlichen Beziehungen auf der Erde, sie führt zu neuen Chancen und Risiken der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.

3. *Globalisierung ist mehr als Freihandel.* Es werden nicht nur Güter (Waren und Dienstleistungen) ausgetauscht. Auch natürliche Ressourcen, Umweltmedien, Menschen, Kapital, Wissen und Innovationen werden

weltweit mobil bzw. treten miteinander in Austausch und Konkurrenz. Dies gilt auch für Werthaltungen und Kulturen, ebenso aber auch für Krankheiten und technologische Risiken. Lebensverhältnisse und -chancen treten miteinander in Konkurrenz und beeinflussen sich gegenseitig.

4. *Globalisierung erfordert Gestaltung.* Sie soll ein Mittel zur Verbesserung der Lebensverhältnisse und -chancen der Menschen sein. Diese Forderung gilt im Hinblick auf die heutige Weltbevölkerung, aber auch im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der heutigen und der zukünftigen Bevölkerung der Erde.

5. *Bedingungen:* Eine menschengerechte Globalisierung muss im Wirtschaftsbereich mindestens die folgenden Bedingungen erfüllen:

a) *Menschenrecht auf Existenz sichern und verbessern:* Globalisierung muss im Wirtschaftsbereich dazu beitragen, die materielle Grundlage für das Menschenrecht auf Existenz zu sichern und zu verbessern.

b) *Preise, die die sozialen Lebenslagen der Menschen spiegeln:* Die Preise, die bei der heutigen Form der Globalisierung zustande kommen, können kein Maßstab für die Entscheidungen der Menschen in einer globalisierten Welt sein. Die Preise müssen die Lebenslagen der beteiligten Menschen besser spiegeln oder durch zusätzliche Informationen ergänzt werden.

c) *Wirtschaftstätigkeit innerhalb der Produktions- und Absorptionsfähigkeit der natürlichen Systeme der Welt:* Die Wirtschaftstätigkeit darf die Produktions- und Aufnahmefähigkeit der natürlichen Systeme nicht überschreiten.

d) *Durchschaubarkeit im Wirtschaftsleben verbessern, größere Verantwortlichkeit des Einzelnen ermöglichen:* Die Globalisierung darf nicht zu weiterer Anonymisierung und Unverantwortlichkeit in den weltwirtschaftlichen Verflechtungen führen. Es bedarf der Änderung vorhandener Institutionen bzw. des Aufbaus zusätzlicher Institutionen, um die Durchschaubarkeit im Wirtschaftsleben zu verbessern und Verantwortlichkeit des einzelnen Menschen zu ermöglichen.

6. *Globalisierung erfordert im Wirtschaftsbereich Schritte zu einer kooperativen Koordination:* Globalisierung ohne entsprechenden Rahmen führt zu unverantwortlichem und verantwortungslosem Handeln der Beteiligten. Globalisierung erfordert daher im Wirtschaftsbereich Schritte weg vom anonymen Marktmechanismus hin zu einer kooperativen Koordination.

7. Die vorhandenen Institutionen wie WTO, IWF und Weltbank müssen entsprechend verändert oder durch andere ersetzt werden.

---

## DIE STAATLICH-RECHTLICHE DIMENSION DER GLOBALISIERUNG

---

### Eine Skizze

Christoph Strawe

---

#### I.

*Zeitliche Eingrenzung:* Es gibt eine Vorgeschichte und eine Geschichte der Globalisierung. Die Vorgeschichte mag man in den Handelsstraßen der alten Kulturen und den „multikulturellen“ Gebilden des Alexanderreichs und des Imperium Romanum sehen. Die eigentliche Geschichte der Globalisierung beginnt mit der Neuzeit, in der erstmals die Erde den Menschen als Globus erscheint, in der Theorie des Kopernikus wie in der Praxis der Entdecker und der Akteure der europäischen Expansion. Damals ist allerdings das Globale noch von der Staatlichkeit überlagert, erst Anfang der 90er Jahre beginnt die Phase, in der Wirtschaft endgültig nicht mehr inter-national, sondern global wird.

*Wirtschaftliche und kulturelle Globalisierung:* In der Neuzeit haben wir es zunächst mit zwei Tendenzen zu tun, die aus der regionalen und kulturellen Enge der alten Gemeinschaften hinausführen: der Individualisierung, durch die der Einzelne aus der Gemeinschaft und über sie hinauszuwachsen beginnt, und der wirtschaftlichen Globalisierung, die aus der regionalen Begrenztheit der Selbstversorgung in die arbeitsteilige Fremdversorgungswirtschaft führt.

Diese erst erfüllt den Begriff der Menschheit ganz real mit Leben. „Wer Ich sagt, muss auch Menschheit sagen“. Die aus der Urteilskraft des Ich erwachsenden kulturprägenden Wahlverwandtschaftsgemeinschaften zeigen denn auch die Tendenz zu weltweiter kultureller Vernetzung.

---

#### II.

*Globalisierung und „Mitte“ des sozialen Organismus - Geschichte des Rechts:* Das Recht ist die gesellschaftliche Sphäre der Ordnung der zwischenmenschlichen Beziehungen. In den alten Kulturen werden diese „von oben“ geordnet, d.h. eine selbständige Rechtssphäre existiert noch nicht. „Das Rechte“ ist Bestandteil von Gebot und Sitte. Erst in Griechenland und Rom bildet sich eine selbständige Rechtssphäre, entstehen Vorformen einer Rechtsgestaltung von unten. Diese sind allerdings noch weit entfernt davon, die Gleichheit aller Menschen anzuerkennen.

*Säkularer Staat der Neuzeit:* In der Neuzeit erst entsteht der säkulare Staat mit seiner „Staatssouveränität“ (Jean Bodin), die zunächst im absoluten Fürsten konzentriert ist und die dann mit der Demokratiebewegung zur Volkssouveränität des demokratischen Staates wird.

*Frage nach dem Charakter der Gleichheit:* Mit der Forderung nach demokratischer Gleichheit entsteht so gleich die Frage nach deren Charakter: ist sie die gleiche Freiheit aller oder die Gleichmacherei? Nur die erste Antwort entspricht dem Mündigkeitsanspruch, der der Demokratie immanent ist.

*Veränderungsbedarf:* Die Mitte des sozialen Organismus kann im Zeitalter der Globalisierung und Individualisierung nicht das bleiben, was sie war. Zwar ist der Staat legitimerweise historisch gewachsener Territorialverband. Jedoch muss er vom Obrigkeits- und Einheitsstaat zu einem Staat mutieren, für den der Einzelne im Mittelpunkt steht und der gegenüber der Kultur eine fördernde und schützende, gegenüber der Ökonomie eine begrenzende Aufgabe hat. Die Verstaatlichung der Kultur und der Wirtschaft sind dagegen unzeitgemäß. Der Weg der modernen Staatsentwicklung muss von der Teilung zur Minimierung der Gewalten, vom Einheitsstaat zum dreigliedrigen sozialen Organismus führen. Durchlässigkeit für Initiative und Entinhaltung des Staates sind die Stichworte.

*Weitung durch die Menschenrechte:* Beides resultiert aus den Allgemeinen Menschenrechten. Diese sind das Universelle, über das Territoriale hinausweisende Element des modernen Rechtslebens. Sie nehmen im Hinblick auf die Kultur die Farbe der Freiheitsrechte, gegenüber der Wirtschaft die der Sozialrechte an, im staatlichen Kernbereich sind sie bürgerliche Beteiligungsrechte. Nur hier ist das demokratische Prinzip ein Prinzip der Mehrheitlichkeit, während in der Wirtschaft das Urteil der Sachverständigen und in der Kultur die Urteilskraft des Einzelnen maßgeblich sind.

*Mehr Demokratie:* Im Kernbereich der Staatstätigkeit geht es um die Verstärkung der basisdemokratischen Beteiligung der Bevölkerung auf allen Ebenen einschließlich dem Recht auf Bürgerinitiative, Begehren und Abstimmung. Die Entscheidungen müssen zugleich im Sinne der Subsidiarität auf der am weitesten unten angesiedelten staatlichen Ebene erfolgen. Globalisierung heißt auch hier nicht Uniformität, sondern Vielfalt auf der gemeinsamen Grundlage der Menschenrechte als Freiheits-, BürgerInnen- und Sozialrechte.

*Vertragsrecht:* Den Mündigkeitsimpuls ernst zu nehmen heißt zugleich, dass immer weitere Teile des Rechtslebens einer vertraglichen Gestaltung durch die Beteiligten zugänglich werden, bei der der Territorialverband Staat nur als Garant der Voraussetzungen der Gleichheit und der Einhaltung der Verträge auftritt, die häufig personalverbandliche Regelungen beinhalten.

*Summa - Keine voluminöse Mitte:* Das Recht durchzieht als zwischenmenschliche Ordnungsfrage alles soziale Geschehen, es hat in der Rechtsstaatssphäre nur sein Organzentrum. Dieses Organzentrum hat in der Art der durch es getroffenen Regelungen dafür zu sorgen, dass im Wirtschaftsleben (und der Kultursphäre) Rechtsgestaltung durch die Betroffenen auf dem Niveau des Menschheitlich-Individuellen und Globalen möglich sind.

---

### III.

*„Internationale Wirtschaft und Weltwirtschaft“:* Die ökonomische Erschließung der Welt erfolgt zunächst unter der Fahne der jeweiligen Nation. Die absoluten Fürsten lassen sich die Entwicklung der Gewerbe zur Mehrung des Wohles ihrer Staaten angelegen sein (Merkantilismus). Dass Fahnen mit Logos an Tankstellen und ähnlichen Orten wehen, ist eine „Errungenschaft“ des späten 20. Jahrhunderts.

*Marktfundamentalismus:* Die auf volle Gewerbe- und Konsumfreiheit zielende Bewegung des Bürgertums führt schließlich zur Herausbildung der Paradigmen des Marktfundamentalismus. Dieser schließt aufgrund seines Menschenbildes (des selbstischen homo oeconomicus) eine auf kommunikativem Handeln aller Wirtschaftspartner in Verständigungsorganen aufgebaute sozialverantwortliche Ökonomie aus. Für den Marktfundamentalismus ist das Wettbewerbsrecht die höchste Rechtskategorie, alle anderen vertraglichen Gestaltungen zwischen Wirtschaftspartnern will er unmöglich machen. Es ist in Wahrheit kein „laissez faire“, sondern entgegen der Verständigungstendenz, die der Wirtschaftssphäre innewohnt, soll wettbewerbskonformes Verhalten durch staatliche Gewalt erzwungen werden.

*Sozialistische Arbeiterbewegung und Bismarckscher Sozialstaat:* Gegenüber den durch die Anwendung der Ideologie des Marktfundamentalismus entstandenen Schäden formierte sich eine sozialistische Bewegung, die eine Planwirtschaft erstrebte, deren Lebensunmöglichkeit sich zwar später erweisen sollte, die aber zunächst eine große Faszination entfaltete. Das konservative Kontrastprogramm dazu, mit dem man dem Sozialismus zugleich das Wasser abgraben will, ist die Schaffung eines Systems ausgleichender Gerechtigkeit durch den bürgerlichen Staat, wie Bismarck es mit der Sozialgesetzgebung versuchte.

*Sozialstaatsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg:* Dieser Ansatz führt - insbesondere nach dem zweiten Weltkrieg - zu einer erheblichen Verbesserung der sozialen Lage breiter Bevölkerungsschichten in Ländern des Nordens. Er wird ergänzt durch das von Keynes entwickelte Instrumentarium der antizyklischen Wirtschaftspolitik. Die Entwicklung der Sozial- und Wohlfahrtsstaatlichkeit verdeckte - zumindest in vielen Ländern des Nordens - die Defekte der Wirtschafts- und Rechtsordnung.

---

### IV.

*Heutige Phase der Globalisierung - Defekte der Wirtschaftsordnung werden sichtbar:* Am Anfang der 90er Jahre treten die Defekte der ökonomische Ordnung aus verschiedenen Gründen offen zu Tage: Erstens, weil sich die global operierenden Konzerne dem Inkasso des Staates für soziale und kulturelle Aufgaben durch Verlagerung der Produktionsstandorte entziehen können und verstärkt entziehen. Zweitens, weil die „Systemkonkurrenz“

des Sozialismus wegfällt. Und drittens, weil die Arbeitslosigkeit im wesentlichen nicht mehr als konjunkturelles Phänomen auftritt, sondern als Dauerzustand von „Jobless Growth“, dessen Primärursache die Produktivitätsentwicklung bei gleichzeitiger Sättigung von Märkten ist.

*Aufgelaufener Gestaltungsbedarf:* Mit der heutigen Phase der Globalisierung wird die Erde zum geschlossenen Wirtschaftsgebiet. Damit entwächst die Wirtschaft endgültig dem Staatlichkeitskorsett einer „Volkswirtschaft“. Jetzt wird vollends sichtbar, dass eine weltweit arbeitsteilige Wirtschaft soziale, ökologische, kurz solidarische Gestaltung erfordert. Die Aufgabe des Rechts wäre es gewesen, hierfür die Bedingungen zu schaffen. D.h. nicht in den Wirtschaftsprozess selbst zu intervenieren, sondern ihm Rahmenbedingungen zu schaffen, die seine Entartung ins Antisoziale verhindert hätten. Stattdessen hat man eine Wirtschaftsform zugelassen, in der kein Rechtsboden der Gleichheit vorhanden ist. Für die Ungleichen hat man dann - häufig vormundschaftlich wirkende - Schutzrechte konstituiert.

*Operatives Eigentum, Geldordnung:* Ansätze zu einer solidarischen Gestaltung der Weltwirtschaft - sichtbar etwa im Bretton-Woods Plan von Keynes von 1944 oder den Zielen der International Trade Organization ITO von 1947 - wurden bald vom Marktfundamentalismus mit seiner Losung „Kampf der Protektion“ zurückgedrängt. Nur im Prager Frühling und in der Umbruchbewegung von 89 leuchtete ein neues Rechtsbewusstsein einmal kurz auf, konnte aber letztlich nicht praktisch umgesetzt werden. Besonders die damals erhobene Forderung nach dem sogenannten operativen Eigentum ist für die Zukunft von großer Bedeutung.

*Antiquierte Rechtsformen:* Rechtsformen, die aus einer Welt herrühren, die ganz andere Aufgaben zu lösen hatte als die heutige, sind für die Gestaltung der Globalisierung ungeeignet. Tatsächlich aber stammen unsere arbeits- und eigentumsrechtlichen Formen aus der römischen Antike, beim Arbeitsrecht z.B. aus dem Institut der Sklavenmiete (Institut der Arbeitsbezahlung). Unsere Geldordnung behandelt das Geld, als sei es noch wie in früheren Zeiten eine Ware. Gleichzeitig verhindert das Wettbewerbsrecht, dass Handlungsfähigkeit in bezug auf eine ökonomisch, sozial und ökologisch richtige und gerechte Preisbildung entsteht. An den Preisen hängt jedoch die ökonomische Gesundheit des Ganzen und die Einkommensgerechtigkeit. Nutzungsrechte unterliegen heute in weitestem Umfang nicht rechtlicher Gestaltung, sondern werden verökonomisiert und damit fälschlich dem Marktmechanismus untergeordnet.

## V.

*WTO als Gegenbild:* Man kann die Frage nach der Entstehung der WTO auf verschiedenen Ebenen beantworten. Da eine regionale und globale Selbstverwaltung der Wirtschaft unterbunden wurde, blieb gegenüber der Globalisierung nur die Schaffung einer supranationalen Staatsorganisation. Diese tritt zunehmend in Kon-

kurrenz zu der mehr den Menschenrechten verpflichteten suprastaatlichen Organisation der UNO. Bereits im Rahmen des GATT wurden entscheidende Weichen zur weltweiten Umsetzung des Prinzips des Marktfundamentalismus gestellt („Washington Consensus“). Mit GATS und TRIPS und den „Singapore Issues“ schickt sich die WTO an, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens weltweit kommerziellen Gesichtspunkten zu unterwerfen.

*Unrechtszustand durch WTO:* So entsteht ein Unrechtszustand: Wettbewerbsrecht stülpt sich über Umweltrecht, Sozialrechte und Menschenrecht. Es wird so getan, als gäbe es ein Völkerrecht erster und zweiter Ordnung, als gehörten beispielsweise alle Umweltabkommen auf den Prüfstand des Wettbewerbsrechts. Das kehrt den Rechtszustand um, in dem die Ökonomie am Recht gerade ihre nichthintergehbare Grenze finden muss.

*Verfassungs- und Völkerrechtskonformität der WTO-Verträge zweifelhaft:* Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Maastricht hat den Beitritt zur EU zwar für rechtmäßig erklärt, zugleich aber verdeutlicht, dass die weitere Entwicklung der Gemeinschaft das Grundrechtsniveau in der BRD nicht absenken darf, andernfalls sei eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung möglich. Wenn man diesen Grundsatz auf die Teilnahme der BRD am WTO- und GATS-Prozess anwendet, stellt sich die Frage nach der Legitimität deutlich.

*Mächtigkeit der WTO:* Die WTO verfügt mit ihren Schiedsgerichten und Verfahrensregelungen über ein unerhört mächtiges Instrumentarium zur Erzwingung des Wohlverhaltens der Staaten. In Verbindung mit den Mechanismen der Standortkonkurrenz droht ein Zustand der Welt, in dem „Recht“ ist, was den global players nützt.

*WTO und Demokratie - ein Widerspruch:* Die Regelungen der WTO sind antidemokratisch durch das Defizit an Rechtsförmigkeit in den innerhalb der WTO geltenden Verfahren und vor allem durch die Möglichkeit, jede demokratische Entscheidung einer Rechtsgemeinschaft auf den Prüfstand des Wettbewerbsrechts zu stellen und im Zweifelsfalle ihre Rücknahme zu erzwingen.

Handelshemmnisse können z.B. sein: Rechtliche Gewährleistung eines bestimmten Umweltschutz- und Sozialniveaus // Auflagen an Investoren // Staatliche Finanzierung von Einrichtungen in staatlicher oder freier Trägerschaft // Kooperations- und Vertragsorgane von Wirtschaftspartnern, regional oder in der Branche // Beanspruchung der allgemeinen Handlungs- und Vertragsfreiheit für nicht wettbewerbliche Gestaltungen generell // regionale Wirtschaftsförderung oder Vergabe von Staatsaufträgen an die lokale Wirtschaft ohne weltweite Ausschreibung oder ökologische-soziale Auflagen für solche Ausschreibungen.

*Besondere Betroffenheit der Länder des Südens - Teilberechtigung von staatlichem Protektionismus:* Besonders betroffen von solchen Regelungen sind ärmere Länder. Solange es keine Schutzorgane innerhalb des Wirtschaftslebens selbst gibt, ist die Forderung dieser



Länder nach staatlichen Protektionsmaßnahmen, z.B. gegen Finanzspekulation und Überschwemmung mit die einheimische Wirtschaft zerstörenden Importen berechtigt. Denn sich erst Entwickelndes braucht Schutz. Die staatlichen Schutzmaßnahmen müssen jedoch zielgenau wirken und dürfen nicht etwa auch gesunde und für die Entwicklung fruchtbare wirtschaftliche Betätigung erdrücken.

## VI.

*Die These vom Zusammenprall der Kulturen und der Ruf nach einem neuen Imperialismus:* 1993 stellt S. Huntington die These vom Zusammenprall der Kulturen auf, die seither maßgeblich die amerikanische Politik bestimmt. Nach den terroristischen Anschlägen des 11. September, dem realen Zusammenprall von „Jihad und McWorld“, ertönt der Ruf nach einem neuen Imperialismus der USA. Dieses Programm, das Staatspolitik gegen Menschheits- und wahre Menschenrechtspolitik setzt, ist unzeitgemäß. Bei seiner Rechtfertigung wird oftmals vergessen, dass die Sicherheitsbedrohungen, auf die reagiert wird, erst durch die Logik einer US-Machtpolitik entstanden sind - dies gilt für die Taliban wie für Saddam. Diese Machtpolitik verleiht der WTO, in der die USA eine führende Rolle spielen, eine noch größere und gefährlichere Dynamik.

*Weltregierung, Global Governance und die Frage nach der Dreigliederung:* Eine Weltregierung ist nicht die Antwort auf diese Situation. Würde sie doch - indem sie die Dimensionen der Staatlichkeit vergrößert - nur die Dimension der Probleme vergrößern, die wir heute bereits mit dem Staat haben. Bei der Forderung nach Global Governance im Sinn von Regelung zwar unter Einbeziehung der UNO, aber unterhalb des Niveaus einer Weltregierung, ist zu bedenken, dass zunächst die faktische Governance durch die von der WTO und den USA gestützten Konzern- und Finanzmächte zurückgedrängt werden muss. Globalisierung macht neue vertragliche Gestaltungen auf globaler und regionaler Ebene nötig. Ohne die Zurückdrängung der Konzernmacht werden „soft laws“ jedoch nur gegenüber dem Diktat dieser Macht „weiche“ Rechtsgestaltungen sein.

*Weder Renaissance der Staatlichkeit noch schlichte „Deglobalization“:* Auch wenn hierbei Allianzen von Zivilgesellschaft und Staaten möglich erscheinen, kann die Antwort auf das Globalisierungsproblem nicht in einer Renaissance der Staatlichkeit liegen. Es liegt jedoch auch nicht in einer einseitigen Form von Deglobalization, die mit der Arbeitsteilung auch die Quellen der Produktivität - derer gerade die Entwicklungsregionen bedürfen - zum Versiegen bringen würde. Die Beseitigung von Karikaturen der globalen Arbeitsteilung wie landwirtschaftliche Monokulturen und bestimmte Formen des „long distance trade“ ist im übrigen primär eine Frage des Übergangs von der rein marktwirtschaftlich-betriebswirtschaftlichen zur assoziativ-gesamtwirtschaftlichen Rationalität im Wirtschaftsleben selbst.

*Motor Zivilgesellschaft, Allianzen:* Die Zivilgesellschaft als entscheidender Motor einer gesellschaftlichen Entwicklung, bei der gleichzeitig die verantwortungsbewussten Vertreter der Staaten und der Geschäftswelt mitwirken müssen, ist gut beraten, ihre Bemühungen um eine konzeptionelle Alternative - neben dem Widerstand gegen die WTO - zu verstärken.

## NACH JOHANNESBURG (RIO +10): NACHHALTIGKEIT - LEITBILD ODER TRUGBILD?

### Stichpunkte

Prof. Dr. Harald Spehl

*Ergebnisse des Weltgipfels über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002:*

- The Johannesburg Declaration on Sustainable Development (Deklaration von Johannesburg über nachhaltige Entwicklung)
- Plan of Implementation (Umsetzungsplan)
- Type 2-Outcomes (Typ 2-Partnerschaften, Staatliche Vertreter, Geschäftswelt und Repräsentanz der Zivilgesellschaft an einem Tisch) = über 300 Partnerschaftsinitiativen

Häufig blieben es bloße Absichtserklärungen, wenig Konkretes, insofern insgesamt ein „Gipfel der Enttäuschung“:

- Halbierung des Teils der Menschheit ohne sanitäre Grundversorgung bis 2015
- Deutliche Reduzierung des Rückgangs der biologischen Vielfalt bis 2010
- Minimierung der Schäden für Gesundheit und Umwelt durch Produktion und Gebrauch von Chemikalien bis 2020
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien (das Ziel von 15 % Anteil bis 2010 war aber nicht konsensfähig)

*Weltgipfel über nachhaltige Entwicklung in Rio (1992):*

- Bei der Konferenz von Rio war eine Aufbruchstimmung festzustellen, der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung wurde in die Weltpolitik eingeführt, von der lokalen Ebene (Agenda 21) bis zu Weltkonferenzen reichten die Folgen.

- „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ (Brundtland-Bericht 1987)

- Nachhaltigkeit ist eine regulative Idee, die Such-, Lern- und Erfahrungsprozesse in eine bestimmte Richtung lenkt.

- Nachhaltige Entwicklung ist eine langfristige Zielsetzung.

- Nachhaltige Entwicklung ist eine schwierige Aufgabe; sie kann durch die drei Begriffe Effizienz, Suffizienz und Konsistenz gekennzeichnet werden.

- Globalisierung wird häufig als Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung gesehen und daher abgelehnt. Das ist ein falscher Weg; zu fordern ist dagegen eine menschengerechte Globalisierung, die in der ökologischen, sozialen und ökonomischen Dimension zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen muss.

- Globalisierung ist dann nicht menschengerecht, wenn die ökonomische Dimension den anderen beiden vorangestellt wird, wenn die Forderung erhoben wird, dass sich die soziale Entwicklung und das natürliche System der ökonomischen Entwicklung unterordnen sollen.

### Agrarreformen in Entwicklungsländern

„In Artikel 25 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist das Recht jedes Einzelnen auf ausreichende und gesunde Nahrung festgeschrieben. In der Umsetzung dieses Rechts hat die internationale Staatengemeinschaft große Fortschritte erreicht. Trotzdem leiden etwa 790 Millionen Menschen in Entwicklungsländern, ein großer Teil davon Kinder, chronisch an Hunger. Etwa 75% der Armen lebt auf dem Land. Dürrekatastrophen, kriegsrische Konflikte, Verschlechterung von Böden und Wassermangel sind einige Ursachen für Nahrungsmangel.

Aber: Um diesen Menschen Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen zu sichern, sind in vielen Ländern Agrarreformen notwendig. Denn die Konzentration von Bodeneigentum in den Händen weniger Großgrundbesitzer ist in hauptsächlich landwirtschaftlich strukturierten Entwicklungsländern eine der wichtigsten Ursachen ländlicher Armut. Die rechtliche Absicherung von Landnutzung ist eine notwendige Voraussetzung, um das Recht auf Nahrung zu sichern und umweltzerstörende Nutzung von Böden einzudämmen. Ihnen allen bekannt sind die Beispiele aus Brasilien, bei denen bei der Vertreibungen von indigenen Gruppen aus angestammten Gebieten keine Rücksicht auf Menschenleben genommen wurde. Hinlänglich bekannt sind auch die Beispiele, bei denen Menschen regelrecht Raubbau an der Natur betreiben, weil das Stück Land, das sie heute bewirtschaften, morgen schon nicht mehr ihnen gehört. Agrarreformen - und hier meine ich eine breitenwirksame Reform des rechtlich abgesicherten Zugangs zu Land - bestimmen als ein wesentlicher Erfolgsfaktor den Fortschritt von ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklung in den Agrargesellschaften der Entwicklungsländer.“

Aus einer Rede von Dr. Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, anlässlich der Debatte im Bundestag zum Thema „Agrarreformen in Entwicklungsländern“ am 06. April 2000

Aufgabe der konzeptuellen Bausteine für eine menschengerechte Globalisierung in diesem Kontext:

- Es geht darum, den Anspruch der Wirtschaftsakteure auf Vorrang der ökonomischen Dimension im Globalisierungsprozess kritisch zu prüfen.

- Es handelt sich darum, in den einzelnen Bereichen Konzepte zu entwickeln, die zu einer menschengerechten Globalisierung und damit zu einer nachhaltigen Entwicklung beitragen. Es geht darum, die Globalisierungsprozesse und ihre Folgen besser zu verstehen und deutlich zu machen, dass die Globalisierung ein wichtiger Schritt in der menschheitlichen Entwicklung ist, dass sie kein Selbstzweck ist, sondern ein Instrument zur Steigerung des Wohlstands der Menschen sein kann.

---

## ERSTER BAUSTEIN: WEM GEHÖRT DIE ERDE? DIE FRAGE NACH EINEM MODERNEN BODENNUTZUNGSRECHT

---

### Thesen

*Udo Herrmannstorfer*

1. Die Bodenrechtsordnung ist eine Fundamentalfrage jeder Gesellschaft. Im Bodenrecht drückt sich aber auch eine Gesellschaft in ihrem Selbstverständnis aus. Mit der Entwicklung moderner Staaten und dem Aufbrechen bisheriger Gesellschaftshierarchien, vor allem mit dem Eintritt in eine globalisierte Weltordnung, muss daher auch das Bodenrecht neu betrachtet werden, wenn nicht schwerwiegende Ungerechtigkeiten und Schäden, wie sie ja vielfach bereits da sind, die Folge sein sollen.

2. Der Boden bildet immer die Grundlage ganzer Gesellschaften. Die notwendige Nutzungsverteilung muss daher tendenziell auch allen Individuen einer Gesellschaft zugute kommen. Da der Boden in der Regel nicht hervorgebracht ist, kann er auch keine marktfähige Ware sein und daher auch nicht im eigentlichen Sinne verkauft werden. Denn der Verkauf privatisiert den Teil der Bodenrente, die eigentlich sozialisiert gehört. Die sogenannte Verkäuflichkeit der Produktionsfaktoren (ähnliches gilt aus ganz anderen Gründen auch für die Arbeit und das Kapital) ist ein schwerwiegender Missgriff unserer Wirtschaftsordnung.

3. Der Boden gehört immer allen, kann und muss aber individuell genutzt werden. Bodeneigentum kann daher immer nur individuelles Nutzungseigentum sein. Solange diese Nutzung besteht, ist kaum gesellschaftlicher Handlungsbedarf gegeben. Die Gesellschaft hat nur dafür zu sorgen, dass bei Beendigung der Nutzung ein neuer Nutzungseigentümer in die gleichen Rechte eintreten kann (Übertragung und kein Verkauf). Auf diese Weise wird das Bodeneigentum wieder in den sozialen Strom zurückgegeben. Nicht die Gesellschaft bewirtschaftet den Boden, sondern sie sorgt dafür, dass er indivi-

duell genutzt wird und auch - durch Entfallen eines Kaufpreises - genutzt werden kann.

4. Statt eines Kaufpreises an den individuellen Vorbesitzer kann von der Gesellschaft ein sozialer Nutzungsausgleich festgelegt werden. Dieser ist kein Kapitalzins, da es ja keinen Kaufpreis gibt, sondern richtet sich nach den sozialen Verhältnissen. Die Mittel dieses Sozialausgleichs können zum Ausgleich derjenigen sozialen Verhältnisse dienen, die sich aus der notwendigen individuellen Verteilung durch Nutzungseigentum ergeben.\*

5. Ein solches Bodennutzungsrecht hätte gewaltige Folgen für unsere Verhältnisse, angefangen von den Wohnverhältnissen bis hin zur Landwirtschaft oder Raum- und Städteplanung. Noch gravierendere Auswirkungen einer gesunden Stabilisierung würden sich auf die Preis- und Einkommensverhältnisse ergeben. Der im Bodenwert aufgestaute Kapitalwert würde für diese Zwecke nicht mehr gebraucht usw.

6. Ein großer Teil der Welt ist gezwungen, im Sinne der globalen Neuordnung die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu ordnen. Es wäre nicht nötig, diese Regionen in die gleichen Problemverhältnisse zu stürzen, ja in noch grössere. Denn die Tatsache, dass diesen Regionen keine längere Entwicklungszeit vergönnt ist, führt dazu, dass zu wenig Korrekturkräfte vorhanden sind, die uns die Verhältnisse noch erträglich machen (z.B. staatliche Subventionierungen, Sozialrechte usw.).

Ein neues Bodennutzungsrecht sollte zu den unverzichtbaren Bestandteilen einer Debatte über Globalisierung und nachhaltige Entwicklung gehören.

### Anmerkung

\* Ausführlich werden diese Gesichtspunkte dargestellt in: Udo Herrmannstorfer: Scheinmarktwirtschaft. Arbeit, Boden, Kapital und die Globalisierung der Wirtschaft. Stuttgart, 3. Auflage 1997.

---

## ZWEITER BAUSTEIN: DIE SOZIALBINDUNG DES KAPITALS - GRENZEN DES FREIEN KAPITALVERKEHRS

---

### Zusammenfassung

*Prof. Dr. Wolfgang Filc*

---

### 1. Die inhärente Instabilität des Finanzsystems

---

Seit der letzten Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts zeigt sich die Weltwirtschaft krisenanfällig und instabil. Einer Finanzmarktkrise folgte die nächste. 1997 wurden die Schwellenländer Südostasiens getroffen, ein Jahr später Russland, 1999 Brasilien, danach die Türkei. Gegenwärtig weitet sich die Wirtschafts- und Finanzkrise Argentiniens auf andere Länder des Subkontinents aus. Zudem ächzen Industrieländer unter dem Debakel an den Aktienmärkten, das in der Techno-Hype in den

USA seinen Anfang nahm und in der Enron-Attacke auf die Stabilität des internationalen Finanzsystems ihren (vorläufigen?) Höhepunkt erreicht hat. Diese Deformationen haben Gemeinsamkeiten, die hätte man es wissen wollen, absehbar waren. Aber viele Ökonomen und die für die Währungs- und Finanzpolitik in den führenden Wirtschaftsnationen der Welt Verantwortlichen verschlossen sich der Evidenz.

Marktfundamentalisten hatten bis zur Wirtschaftskrise in Südostasien vehement bestritten, dass Finanzmärkte Risiken für die Weltwirtschaft erzeugen könnten. In ihrer Sicht sind Finanzmärkte verlässliche Seismographen der Wirtschaftspolitik. Richtig oder falsch, Finanzmärkte registrieren das sofort, das Pendel schlägt aus, erzeugt segensreiche Signale zur notwendigen Korrektur der Wirtschaftspolitik. Kommt es einmal zu spekulativen Attacken, so ist das nur folgerichtige Reaktion auf ökonomische Ungleichgewichte oder wirtschaftspolitische Versäumnisse. Der Markt hat recht. Wenn das so wäre, dann müsste man sich um Finanzmärkte, erhebliche Preis- und Kursänderungen, ja Einbrüche nicht sorgen.

Die Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften der Jahre 2001 (George Akerlof, Michael Spence, Joseph Stiglitz) und 2002 (Daniel Kahnemann, Vernon Smith) wurden für Forschungsarbeiten ausgezeichnet, die bereits vor langer Zeit gezeigt haben, dass die früher behauptete Effizienz vollständig deregulierter und deshalb sich selbst überlassener Finanzmärkte höchst fraglich ist. Gelegentlich neigen Teilnehmer an Finanzmärkten zu Exzessen, Manien oder Paniken. Dann verlieren Finanzmärkte die ihnen zugerechnete dienende Funktion für Produktion und Handel. Sie können stattdessen Quelle wirtschaftlicher, sozialer und politischer Deformation werden, schließlich zu einem Systemrisiko, nicht allein für Finanzmärkte, auch für die Offenheit des Welt handels- und Finanzsystems, selbst für offene Gesellschaften.

Vor diesem Abgrund ist die Weltwirtschaft angelangt. Das ist zurückzuführen auf die von Marktfundamentalisten trotz gegenteiliger Erkenntnis hartnäckig behauptete Effizienz von Finanzmärkten. In vorderster Reihe ihrer Apologeten stehen die Global Player der internationalen Finanzszenen, angeführt von Wall Street und London City. Sie instrumentalisieren den Internationalen Währungsfonds und das amerikanische Schatzamt, um Interessen ihrer Klientel durchzusetzen, welche Kosten auch immer damit verbunden sind.

Man meinte, die Entfesselung der Finanzmärkte von staatlichen Eingriffen würde zu einem Wachstumsschub führen, zu größerem Wohlstand überall in der Welt. Mehr noch setzte sich die Auffassung durch, politische und gesellschaftliche Bedingungen müssten neuen ökonomischen Notwendigkeiten angepasst werden, die sich auf der Grundlage des Vertrauens in die Effizienz unreglementierter Finanzmärkte ergeben. Damit erhielt das Prinzip das Laissez-faire des neunzehnten Jahrhunderts erneut Einzug als Doktrin der Wirtschaftspolitik. Danach sind Gesellschaften und Politik gemäß der Notwendigkeiten wirtschaftlicher Marktkräfte zu gestalten.

ten. Im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen scheint das wieder Leitlinie politischen Handelns geworden zu sein. Nun wurde diese Doktrin, damals formuliert für Waren bei Massenproduktion, auf die Finanzbeziehungen bei sprunghaften Innovationen in der Telekommunikation übertragen. Was für die Produktion von Stahl und Kohle früher richtig war, kann für Finanzdienstleistungen rund um die Welt jetzt nicht falsch sein.

Das also stand auf der Rezeptur jener, die im Vertrauen in die Effizienz von Finanzmärkten Liberalisierung, Deregulierung und Globalisierung empfohlen hatten. Auf den Beipackzetteln dieser Rezeptur war aber nicht vermerkt, dass damit Gefahren entstehen können, die sich zu einem Systemrisiko nicht nur der Finanzmärkte, sondern der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ländern, der Weltwohlfahrt und der Stabilität marktwirtschaftlicher Systeme und von Gesellschaften zusammenballen können.

Die Systemrisiken der Finanzmärkte sind vor allem Ergebnis wirtschaftspolitischer Entscheidungen der Vergangenheit. Die Wirtschaftspolitik entließ sich aus ihrer zuvor übernommenen Aufgabe der Begrenzung der Risiken von Wertänderungen des Vermögens privater Anleger, 1973 durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen, später durch weitgehende Deregulierung der Finanzmärkte. Die Aufgabe institutioneller Vorkehrungen zur Begrenzung von Marktprozessen und von Volatilitäten an Vermögensmärkten hat jedoch keine stabilisierend wirkenden Marktkräfte freigesetzt, sondern im Gegenteil Risiken erhöht und zu Entwicklungen an Finanzmärkten beigetragen, die zunehmend Kopfzerbrechen bereiten. Hier wiederholt sich die Geschichte vom Zauberlehrling. Es ist vorteilhaft, wenn sich einige Besen selbst in Schwung halten und die Zimmer kehren. Aber nichts schließt aus, dass sie ein Eigenleben entwickeln und schließlich den Zauberlehrling aus dem Zimmer fegen.

---

## 2. Bedingungen eines stabilen Finanzsystems

---

Ohne leistungsfähige und stabile Finanzmärkte ist es ausgeschlossen, eine befriedigende wirtschaftliche Entwicklung zu erzielen. Denn zusammen mit den Lohnsätzen bestimmen der Außenwert einer Währung und das Zinsniveau Konjunktur und Wirtschaftswachstum, die preisliche internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes, damit seinen Leistungsbilanzsaldo, Richtung und Ausmaß des internationalen Kapitalverkehrs, die Binnenkaufkraft des Geldes und die Einkommensverteilung. Weil von diesen Preisen zwei an Finanzmärkten gebildet werden, nämlich der Wechselkurs und das Zinsniveau, kann die Bedeutung finanzieller Beziehungen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kaum überschätzt werden. Es ist die Aufgabe einer verantwortungsbewussten Geld- und Währungspolitik, Fehlentwicklungen als Folge falscher Zinssätze und Wechselkurse zu vermeiden. Um

Finanzmarktkrisen präventiv zu begegnen, bedarf es dreier Voraussetzungen.

Erstens sind strukturelle Schwächen nationaler Finanzmärkte und der internationalen Finanzbeziehungen aufzudecken und zu beheben. Insbesondere gilt es, das institutionelle Rahmenwerk des Handelns an Finanzmärkten den Bedingungen globalisierter Finanzbeziehungen anzupassen. Das ist der Bereich mikroökonomischer oder struktureller Reformen.

Zweitens muss es darum gehen, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verstetigen, sie berechenbarer werden zu lassen. Damit können Risiken von Finanzgeschäften gesenkt werden, das Finanzsystem wird krisenfester.

Drittens ist es die Aufgabe von Regierungen und internationalen Institutionen, wie Weltbank und IWF, das institutionelle Vakuum zu füllen, das sich aus der Entnationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Zuge der Globalisierung aufgetan hat. Ohne sehr viel stärkere internationale wirtschaftspolitische Kooperation ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

---

## 3. Global Governance

---

In der Ära der wirtschaftlichen Globalisierung werden wirtschaftliche Fehlentwicklungen irgendwo in der Welt zu Ereignissen, die wie Schockwellen eines Erdbebens rund um den Globus laufen und die Wirtschaften anderer Länder erschüttern können. Die Globalisierung der Märkte geht mit zunehmender regionaler wirtschaftlicher Integration einher, ob in Europa (Europäische Union), in Asien (ASEAN), in Amerika (NAFTA und Mercosur). Regionale Kooperation ist der Schlüssel zum Erfolg, wenn es um Handelsbeziehungen geht. Für Finanzbeziehungen im Zeitalter der Globalisierung ist das jedoch unzureichend. Eine stabilere weltweite Finanzarchitektur verlangt interkontinentale Kooperation. Eine Voraussetzung für größere Stabilität des Finanzsystems ist eine stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik in jedem Land. Aber das allein reicht nicht, weil die Dynamik des Marktgeschehens immer wieder Fehlentwicklungen von Wechselkursen auslösen kann. Wie dagegen vorzugehen ist, ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Zentral aber ist, in den Köpfen der für die internationale Wirtschaftspolitik Verantwortlichen zu verankern, dass die marktmäßige Globalisierung der Finanzbeziehungen eine flankierende institutionelle Globalisierung erfordert, eben Global Governance.

Die Wirtschaft, vor allem die Finanzwirtschaft, ist in Regeln einzubetten, die von der Politik vorzugeben und an gesellschaftlichen Vorstellungen zu orientieren sind. Denn nicht alles, was der Automobilindustrie oder großen Finanzinstituten dient, nützt auch allen Menschen. Eine Politik, die sich den Interessen der Finanzindustrie unterordnet, setzt das Überleben der Marktwirtschaft, eines offenen Welthandelssystems und offener Gesellschaften aufs Spiel. Die Marktwirtschaft wird nur dann ihre Glaubwürdigkeit behalten können, wenn sie in ein

passendes soziales und politisches Rahmenwerk eingebettet wird. Außermarktmäßige Institutionen bieten drei Funktionen, ohne welche Märkte und die Marktwirtschaft dauerhaft nicht bestehen können: Sie regulieren, stabilisieren, sie legitimieren Marktergebnisse. Das ist der Grund, warum in allen stabilen Gesellschaften und in jeder stabilen Volkswirtschaft Institutionen bestehen, die unfairen Wettbewerb unterbinden, die Schwindel bestrafen. Monetäre und fiskalische Institutionen glätten konjunkturelle Ausschläge, Sozialsysteme bringen Marktergebnisse in Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Präferenzen. Im internationalen Kontext gibt es funktionsfähige Institutionen dieser Art jedoch noch nicht.

Dieser Kontrast zwischen marktmäßiger Globalisierung und nationaler Parzellierung regulierender Institutionen ist augenfällig. Denn eine Konsequenz der Globalisierung ist der Souveränitätsverlust von Nationalstaaten als Folge der Entgrenzung aller territorial gebundenen sozialen Systeme, also auch der Wirtschaft. Nationale Steuerungskompetenzen sind von der internationalen Vernetzung vor allem der Finanzmärkte ausgehebelt worden. Ohne eine global orientierte Politik wird sich der gestaltende Einfluss außermarktmäßiger Institutionen auf Finanzmärkte und die wirtschaftliche Entwicklung nicht zurückgewinnen lassen. Auch fehlt es an einer supranationalen Institution, die abseits einer nationalen Perspektive, allein der Weltwohlfahrt verpflichtet, die Rolle eines ehrlichen Maklers übernehmen könnte.

Globale Märkte und eine an Staatsgrenzen orientierte Wirtschaftspolitik sowie an Währungsräumen ausgerichtete Aufsichtsorgane des Finanzsektors passen nicht zusammen. Hier ist weitaus umfassendere internationale Kooperation geboten. Zudem bedarf es eines international gültigen Rahmenwerks, das im Zeitalter der Globalisierung Finanzmärkten und internationalen Finanzbeziehungen als Stütze dient. Nur so kann vermieden werden, dass die Globalisierung in eine Falle führt, die, schnappt sie zu, die Weltwirtschaft implodieren lassen kann. Vor allem die Regierungen der großen Industrieländer (G7) dürfen sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Weltwirtschaft nicht entziehen. Fast die Hälfte des Weltsozialprodukts entfällt auf diese sieben Länder, und 80 % der weltweiten Finanztransaktionen werden in Dollar, Euro und Yen abgewickelt. Eine wichtige Bedingung für weltweite wirtschaftliche Stabilität sind deshalb die Fähigkeit und Bereitschaft Europas, der USA und Japans zur Kooperation in der Wirtschaftspolitik, auch in der Währungspolitik. Erst wenn der Kern der Weltwirtschaft stabil ist, sind Voraussetzungen gegeben, größere Stabilität in der Peripherie zu erreichen, also in Schwellen- und Entwicklungsländern.

## DRITTER BAUSTEIN: UMGANG MIT RESSOURCEN IM ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG

### Thesen

*Udo Herrmannstorfer*

1. Lange Zeit schienen die Ressourcen der Welt unerschöpflich. Immer neue Entdeckungen und Erfindungen schienen ernsthafte Sorgen überflüssig zu machen. Diese Euphorie ist verfliegen. Wir sind uns der Endlichkeit bewusst geworden. Sorgfalt und Sparsamkeit sind angesagt. Noch weiter geht der Begriff der Nachhaltigkeit, der von selbsterhaltenden Kreisläufen ausgeht.

2. Die Auswirkungen der Art des Bodenrechtes auf die Ressourcenbewirtschaftung sind größer als angenommen. Es sind nicht nur die Auswirkungen, die unter dem Kapitel Bodenrecht angesprochen wurden. Denn im Grunde sind auch das Recht auf die Nutzung der Bodenschätze, die Art der landwirtschaftlichen Bodennutzung, des Umgangs mit Wasser und Luft direkt oder indirekt mit den Eigentumsregelungen verbunden. Von dort gehen auch die stärksten Widerstände gegen Neuordnungen aus. Die im Rahmen der WTO geforderte Freizügigkeit des Bodenerwerbs verschärft die Fragestellung noch.

3. Eine Besonderheit sind die Bodenschätze unter den Meeren, die ja bisher rechtsfreie Räume waren. Eine erste Chance, sie menschheitlich zu nutzen, wurde mit der Ausweitung der Rechtszonen auf 200 Meilen vertan. Der Kampf um Inseln und Stützpunkte, der politisch oft unsinnig erscheint (z.B. Falkland, Ägäis, Marokko), hat meist Bodenschätzerwägungen im Hintergrund. Die Korrektur dieser Fehlentwicklung wäre ein erster Schritt eines globalen Denkens, der noch keinen Verzicht auf Souveränität sondern nur Verzicht auf Machterweiterung verlangt, trotzdem aber vertrauensbildend wirken würde.

4. In der Landwirtschaft ist die Förderung biologischer Anbauverfahren das wichtigste Ziel. Sie kommt der Nachhaltigkeit am nächsten, zumindest was den Stoffumsatz angeht. Der Anteil ist in unseren Ländern ständig gewachsen, auch wenn er insgesamt meist noch weit unter 10 % liegt. Der Anbau wird sich jedoch nur halten lassen, wenn die Preise diese Anbauform nachhaltig erlauben. Die Verwandlung alter Subventionen in Flächenprämien, meist ohne enge Bindung an ökologisches Verhalten, führt zu der gegenwärtigen Forderung der Entwicklungsländer, diese Subventionen abzuschaffen. Damit zeigt sich noch ein zweites Problem der Landwirtschaft: Dass wir dringend lernen müssen, mit regionalen Gleichgewichten zu arbeiten. Die Landwirtschaft ist eben immer immobil und insofern nur beschränkt marktfähig. Es wäre grotesk, wenn die Globalisierung, in der es um ausgleichende Entwicklung geht, dazu führen würde, die Landwirtschaft in unseren Ländern zu zerstören. Wir brauchen eine neue Ökonomie der Landwirtschaft und nicht nur eine Ökologie.

5. Bei den Rohstoffen sind vor allem Verzicht, Sparsamkeit, Wiederverwendbarkeit und Ersatzstoffe angesagt. Außerdem wurde erkannt, dass die Ressourcen Wasser und Luft eine besondere Rolle spielen, weil gewissermaßen Verbrauchszwang besteht. Die Frage des Rohstoffverbrauchs wirft in der Globalisierung natürlich die Frage nach dem langfristigen Gleichgewicht des Transfers auf, da Abbauort und Verbrauchsort meist nicht zusammenfallen. Die Billigkeit von Rohstoffen und den dafür notwendigen Transportkosten führt zu einer unnötigen Verbrauchsbeschleunigung. Daher ist die künstliche Bepreisung von Rohstoffen (Ökosteuer) ein Mittel, den Rohstoffverbrauch zu senken oder zu ersetzen. Es wäre für die Globalisierungsgestaltung wichtig, wenn zumindest ein Teil dieser „Steuern“ für globale und nicht nur nationale Zwecke verwendet würden, da sonst daraus eine Staatsfinanzierungsquelle wird.

6. Der Ressourcenverbrauch wird nicht zuletzt auch bestimmt von der eingesetzten Zivilisationstechniken. Will man verhindern, dass alle uns nachfolgenden Gesellschaften dieselben Schäden anrichten, die wir angerichtet haben, so müsste man dafür sorgen, dass die Nachfolger dort beginnen können, wo wir heute stehen. Die Frage ist also nicht die eines möglichst großen Wettbewerbsvorteils, sondern umgekehrt, wie wir dafür sorgen können, dass die sparsamsten und schonendsten Techniken zum Einsatz kommen können. Die Ökonomie sollte sich überlegen, wie die dafür notwendigen ökonomischen Vereinbarungen aussehen müssten.

7. Ein besonderes Kapitel ist die „Ressource“ Mensch. Die Frage nach menschenwürdigen, entwicklungsfördernden Arbeitsverhältnissen ist unabweisbar. Sie lässt sich jedoch nur lösen, wenn bei den zu treffenden Regelungen auch flankierende ökonomische Maßnahmen mitbedacht werden, z.B. wenn bei Mindestlohnregelungen die Preise steigen und den Absatz verunmöglichlichen. Der Satz „Die Armut ist unser größter Wettbewerbsvorteil“ ist dafür ein beredtes Beispiel.

8. Weiterzuentwickeln ist der Umgang mit der Ressource Kapital. Es ist deutlich, dass dies abhängig ist von Organen, die eine Wahrnehmung von den realen Vorgängen haben, die zum Kapitalbedarf führen. Solche Organe zu bilden, wäre dringend erforderlich, da sonst entweder Wucherungsprozesse stattfinden oder aber die politischen Herrschaftsschichten das Kapital auf ihre Mühlen leiten.

9. Bei dieser Entwicklung setzt man überwiegend auf ökonomische Anreize. Gerade in letzter Zeit wurde aus neuesten Erhebungen bekannt, dass das Umweltbewusstsein rückläufig ist; der einzige sichere Garant sei das Bewusstsein des Portemonnaies. Dabei müsste doch deutlich werden, dass ohne nachhaltige inhaltliche Bewusstseinsveränderung eben auch die Ressourcenfrage nicht zu lösen ist. Die Frage ist eher, ob die moralischen Sparsamkeitsappelle und technischen Gleichgewichtsrechnungen überhaupt geeignet sind, globale Verantwortung anzuregen.

10. Schließlich muss die gesamte Ressourcen Diskussion erweitert werden durch die Frage, was eigentlich mit dem Verbrauch geschieht. Es kommt eben nicht

allein darauf an, was jemand verbraucht, sondern was er daraus macht. Was erringen wir uns als Menschen, wenn wir gleichzeitig Natur „verbrauchen“?

---

## VIERTER BAUSTEIN: DAS MENSCHENRECHT AUF EXISTENZ - FRAGEN EINES ÖKONOMIE- VERTRÄGLICHEN SOZIALAUSGLEICHS\*

---

### Thesen

Harald Spehl

*Jeder Mensch hat ein Recht auf Existenz.* Dazu sind materielle Grundlagen erforderlich. Das beinhaltet auch eine gesellschaftlich festzulegende *soziale Mindestausstattung*.

- Die materielle Ausgestaltung dieses Menschenrechts auf Existenz ist *in jeder Gesellschaft* abhängig von den materiellen Möglichkeiten, aber auch von den Werthaltungen, und konkretisiert sich in Normen, Gesetzen, Verordnungen usw.

- Wir verbinden das Menschenrecht auf Existenz heute mit der Freiheit der Person, die materielle *Existenzsicherung* sichert geradezu die *Freiheit der Person*. Das war nicht immer so: In Gesellschaften mit Sklaverei war die materielle Existenzsicherung des Sklaven mit seiner Unfreiheit verbunden.

- Der *einzelne Mensch* kann als Individuum die Voraussetzungen für die materielle Existenzsicherung nicht kontinuierlich schaffen. In der Regel kann er dies als gesunder und fähiger Erwachsener - nicht aber als Kind - häufig nicht im Alter und nicht dann, wenn er krank oder behindert ist.

- In unterschiedlichen Gesellschaften wurde das Problem der materiellen Existenzsicherung in sehr unterschiedlicher Weise gelöst. In *Familien, Gemeinschaften, Stämmen, Innungen, Genossenschaften, Städten, Staaten*.

- Auch heute gibt es auf der Welt sehr unterschiedliche Lösungen des Problems der Existenzsicherung, aber eine deutliche *Tendenz zum Aufbau großer Sicherungssysteme*, die in der Regel von *Nationalstaaten* organisiert werden.

- Das *deutsche Sozialversicherungssystem* ist seit dem Ende des 19. Jahrhunderts kontinuierlich auf- und ausgebaut worden und beinhaltet auch eine materielle Existenzsicherung, die sich aus *vielen Teilbereichen* zusammensetzt (Kindergeld, steuerliche Berücksichtigung von Kindern, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Erwerbsunfähigkeitsversicherung, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Renten, Pensionen, Sozialhilfe).

- So wie in Deutschland sind die *Sozialversicherungssysteme* in den Staaten der europäischen Union historisch gewachsen und enthalten *sehr unterschiedliche Finanzierungsgrundlagen* (Einzelbeiträge, Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, Steuern).

- Es stellen sich im *deutschen Sozialversicherungssystem* vielfältige Aufgaben einer inhaltlichen Reform auf der Ausgabenseite. Diese sollen hier nicht Gegenstand der Diskussion sein, sondern im *Mittelpunkt* steht die Frage der *Finanzierung der sozialen Sicherung* unter dem Einfluss der *Globalisierung*.

- Die Globalisierung führt dazu, dass die soziale Sicherung zu einem *Kostenfaktor* und damit zu einem Streitpunkt in der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung wird.

- Die *Wirtschaft* erlebt die Sozialabgaben als *Kostenfaktor* und *Wettbewerbsnachteil* und strebt nach einer Senkung bzw. Verlagerung auf den Einzelnen.

- Der *Einzelne* erlebt ein schwer durchschaubares System sozialer Sicherung und wehrt sich gegen *höhere Beiträge und Leistungskürzungen*.

- Ein zunehmender Teil der Menschen in Deutschland erlebt das abhängige Arbeitsverhältnis als instabil und unsicher und hat daher *Angst um die Existenzsicherung* insbesondere im Alter.

- Die *Veränderung der Altersstruktur* durch den *Rückgang der Geburten* und die längere Lebenserwartung führt zu einer Verschiebung der Relation von Erwerbstätigen und Nichterwerbstätigen und verstärkt die vorgenannten Entwicklungen.

- Mit zunehmender *Globalisierung der Märkte konkurrieren* tatsächlich *Sozialversicherungssysteme* der einzelnen Nationen *über die Güterpreise miteinander*. Die Folge ist, dass die soziale Sicherung in Deutschland und anderen entwickelten Ländern tendenziell abgebaut wird, so dass die Entwicklungsländer solche Systeme nicht aufbauen können, da sie insbesondere in niedrigen Arbeitskosten einen Wettbewerbsvorteil sehen, dass eine Gesellschaft am Ende nicht mehr entscheiden kann, welche soziale Sicherung sie haben will. Es scheint so, als werde den Menschen und Nationen das *Ausmaß der sozialen Sicherung von der globalisierten Wirtschaft diktiert*.

- Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist ein *neugestalteter Sozialausgleich*. Er muss es ermöglichen, den Umfang und die Struktur der sozialen Sicherung unabhängig von den ökonomischen Prozessen in einer sich globalisierenden Weltwirtschaft zu gestalten. Daher muss von den Menschen in einer Gesellschaft das Ausmaß und die Struktur der sozialen Sicherung festgelegt und dann auch von ihnen finanziert werden.

- Technisch entspricht die Ausgestaltung eines solchen ökonomieverträglichen Sozialausgleichs der einer Mehrwertsteuer. Die Käufer von Waren und Dienstleistungen leisten also beim Kauf einen Beitrag zur sozialen Sicherung. Die Erhebung des Sozialausgleichs erfolgt als *Nettoallphasenbelastung* der Wertschöpfung auf den einzelnen Stufen.

- Entscheidend ist, dass die *Finanzbeiträge zum Sozialausgleich* unabhängig von der bestehenden Mehrwertsteuer festgelegt und erhoben werden, dass sie nicht dem Staat, sondern den *Sozialversicherungsträgern* zufließen und auch dort verwaltet werden (dabei soll eine Diskussion über eine bessere Trägerstruktur der sozialen Sicherung hier ausgeklammert werden).

- Die *technischen Einzelheiten* eines solchen Sozialausgleichs müssen naturgemäß sorgfältig diskutiert werden. Aber eine Reihe von Punkten sollen hier kurz genannt werden:

1. *Im Durchschnitt* muss für im Inland hergestellte Güter bei Wegfall der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung und der entsprechenden Erhebung eines Sozialausgleichs *Preisneutralität* herrschen.

2. Die Preise *arbeitsintensiver* Produkte sinken bei einer solchen Umstellung tendenziell, während sich die Preise *kapitalintensiver* Produkte tendenziell erhöhen.

3. Die *Herstellungskosten der Exportgüter* sinken, da sie nicht mehr mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung belastet sind und beim Grenzübertritt eine Entlastung vom Sozialausgleich erfolgt.

Das gibt den *Importländern* die *Möglichkeit*, einen entsprechenden *Sozialausgleich* im eigenen Land zu erheben. Es bestände auch die Möglichkeit, die Exportgüter mit einer Abgabe zu belasten und das Mittelaufkommen für Maßnahmen der Entwicklungshilfe oder zur Importverbilligung zu verwenden.

Die dadurch entstehenden *Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen* zwischen importierten und im Inland hergestellten Gütern können dadurch gemildert werden, dass die Umstellung auf den Sozialausgleich in Schritten erfolgt, z.B. 2 %-Punkte pro Jahr (Importeure und Exporteure sehen sich bei flexiblen Wechselkursen häufig stärkeren Veränderungen der Wettbewerbsposition ausgesetzt).

Denkbar wäre auch ein niedrigerer Sozialausgleich für importierte Produkte (allerdings technisch wenig wünschenswert).

Für einen Übergangszeitraum könnte aus einer Grenzübergangsbelastung der Exporte ein geringerer Prozentsatz für den Sozialausgleich bei den Importen finanziert werden.

5. Der Gesamtwert der Exportentlastung (kein Beitrag zur deutschen Sozialversicherung) und der Importbelastung (neuer Beitrag zur deutschen Sozialversicherung) ist wegen der *Exportüberschüsse* nicht ganz neutral.

6. Die Umstellung der Finanzierung der sozialen Sicherung auf den Sozialausgleich führt *prinzipiell nicht zu höheren Preisen*. Nach den Erfahrungen bei der Umstellung von der D-Mark auf den Euro ist allerdings ein kontrollierter Übergang erforderlich. Das bedeutet, dass die Unternehmen die nicht mehr zu zahlenden Sozialversicherungsbeiträge berücksichtigen, die Gewerkschaften die Umstellung nicht zum Anlass kompensierender Lohnforderungen nehmen und Weiterverarbeiter und Handel die Situation nicht zu Preiserhöhungen nutzen können.

7. Die Umfinanzierung der sozialen Sicherung hin zu einem Sozialausgleich erfordert *kein vollkommen paralleles Vorgehen aller Staaten*. So sind die Mehrwertsteuersätze in den EU-Staaten unterschiedlich, ebenso die Steueranteile der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme. Die sich daraus ergebenden Unter-

schiede in den Wettbewerbsverhältnissen innerhalb der EU sind jedoch gewachsen und werden nicht als solche wahrgenommen.

Die Einführung eines solchen Systems sollte jedoch mit einer möglichst großen Zahl von Ländern, vor allen Dingen aber den wichtigsten Handelspartnern besprochen werden. Es muss sicher auch in den internationalen Wirtschaftsorganisationen deutlich gemacht werden, dass wir es hier nicht mit unerlaubten Wettbewerbsverzerrungen im internationalen Handel zu tun haben, sondern dass diese Ausgestaltung der Finanzierung der sozialen Sicherung allen Staaten die Entscheidungsfreiheit gibt oder zurückgibt, die soziale Sicherung unabhängig von den Wettbewerbsverhältnissen in einer globalisierten Wirtschaft zu gestalten.

### Anmerkung

\* Vgl. hierzu Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe: Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich. Ein Weg zur Zukunftssicherung der Sozialsysteme unter den Bedingungen der Globalisierung. Umfinanzierung der Arbeitslosenversicherung als erster Schritt. In: Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus, Heft 1/1999.

---

## FÜNFTER BAUSTEIN: FREIHEIT UND GEMEINNÜTZIGKEIT - ZUR NEUORDNUNG DER DIENSTLEISTUNGEN

---

### Eine Skizze

Christoph Strawe

---

#### I.

*WTO und GATS:* Durch die Bildung der WTO 1995 wurde das bereits durch das GATT proklamierte Prinzip des freien Warenverkehrs um die Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen (*GATS-Abkommen*) und die Ordnung der kommerziell relevanten Aspekte des geistigen Eigentums (*TRIPS-Abkommen*) ergänzt. GATS ist Bestandteil der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs systematisch vorangetriebenen und mit dem Fall der Mauern 1989 dramatisch beschleunigten Globalisierungsentwicklung, also der weltweiten Vernetzung der Gesellschaften und der vollen Herstellung des Weltmarkts, bei unerhörter Mobilität des Kapitals, was zur weltweiten Konkurrenz der Standorte geführt hat. Die zunehmende Kritik an den Abkommen und Verfahrensweisen der WTO und speziell das Engagement der Zivilgesellschaft gegen das GATS-Abkommen führen dazu, dass Gestaltungsfragen des Dienstleistungsbereichs im Kontext mit der Globalisierung in die Diskussion kommen.

*Dienstleistungsbegriff:* Gewöhnlich werden unter Dienstleistungen *immaterielle Güter* verstanden, die zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dienen. Sie werden von Sachgütern unterschieden. Zum Dienstleistungsbereich werden demgemäß so unterschiedliche Bereiche wie Handel und Verkehr, Banken, Versicherungen, Gastronomie, Wissenschaft, Gesundheitswesen, Verwal-

tung, Bildung, Erziehungswesen, Sozialwesen, Heilpädagogik, öffentlicher Dienst etc. gezählt. Der Dienstleistungssektor wird als tertiärer Sektor vom primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft, Rohstoffgewinnung) und der warenproduzierenden und -verarbeitenden Industrie unterschieden (sekundärer Sektor).

*Tertiärer Sektor:* So wie der Produktivitätsfortschritt in der Landwirtschaft erst die Arbeitskräfte freigesetzt hat, die in der Industrie tätig wurden, so hat die Produktivitätssteigerung in der Industrie zu einer Verlagerung von Arbeitskraft in den Dienstleistungssektor geführt, der in den letzten 150 Jahren vor allem in den Ländern des Nordens ständig gewachsen ist. Dieser *Produktivitätsfortschritt* ist ein Ergebnis der Arbeitsteilung, die wirtschaftlich dem Globalisierungsprozess zugrunde liegt.

*Postindustrielle Gesellschaft:* In der postindustriellen Gesellschaft - so die gängige These - löst das Wachstum der „Software“ der Information, Planung und Organisation immer mehr das der „Hardware“ der materiellen Güterproduktion ab. Der Nachfrage nach dieser „Software“ und ihrem Wachstum scheinen keine prinzipiellen materiellen Grenzen gesetzt zu sein. Vom weiteren Wachstum des Dienstleistungssektors und der Herausbildung einer Dienstleistungsgesellschaft erhoffen sich viele daher auch entscheidende Impulse, um die steigende Arbeitslosigkeit zu bewältigen.

---

#### II.

*Expansion des Dienstleistungssektors, Profiterwartungen an seine marktliche Umformung:* Diese Erwartung kann sich z.B. darauf stützen, dass derzeit rund 63% des Bruttoinlandsprodukts in diesem Sektor erwirtschaftet werden. Seit einigen Jahren wird über den sogenannten *sechsten Kondratieff-(Konjunktur)Zyklus* gesprochen, in dem die neuen Megatrends durch wachsenden Bedarf im Bereich Gesundheit, Umwelt und Bildung gesetzt werden. Wenn es gelingt, diese Wachstumsfelder in eine marktfundamentalistisch geordnete Shareholder-Value-Ökonomie zu integrieren, entstehen hier gewaltige Areale für privates Bereicherungsstreben. Es winken große Konzernprofite in der Medizin- und Biotechnologiebranche, im Gesundheitswesen, der Aus- und Weiterbildung, in der Energiewirtschaft, der Abfallentsorgung usw. Allein den Wert des weltweiten Wasserversorgungsmarktes schätzt die Weltbank auf 800 Milliarden Dollar.

*Steigerung des globalen Handels mit Dienstleistungen als Ziel:* Diesen Profiterwartungen steht bisher entgegen, dass der Handel mit Dienstleistungen gegenwärtig nur ca. 25% des weltweiten Exportvolumens ausmacht. Daher sieht man in der bisherigen Betrachtung wichtiger Dienstleistungen als Bestandteil eines gemeinwohlorientierten Non-Profit-Bereichs eine Bremse der Kapitalverwertung. Mit GATS wird der Versuch gemacht, alle Dienste kommerziell verwertbar zu machen und damit diese Bremse zu lösen.

*Einschneidende Wirkungen von GATS:* Die langfristigen Wirkungen von GATS sind äußerst einschneidend. Warnungen aus der Zivilgesellschaft, dass eine völlige



Erosion des gemeinnützigen Sektors drohe, sind keineswegs übertrieben, wobei der Durchsetzungsmechanismus von GATS, der zu einer schrittweise immer weitergehenden Liberalisierung führt, die Gefahren eher verschleiern und die Illusion erzeugt, dieser Prozess könne in jedem Land nach dem Willen der Rechtsgemeinschaft angehalten werden, wo man dies für nötig findet. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: tendenziell werden die Schiedsorgane der WTO immer mehr zur letzten Instanz, die Entscheidungen der Rechtsgemeinschaften außer Kraft setzen kann.

Die Kommerzialisierung aller bisher öffentlichen Dienste würde zur *finanziellen Austrocknung des gemeinnützigen Sektors* führen, da kommerziell tätige Anbieter mit Erfolg zur Verhinderung von „Wettbewerbsverzerrung“ die gleichen Zuwendungen fordern können wie gemeinnützige (frei oder staatlich). Dieser Effekt wird dadurch verstärkt, dass gleichzeitig die kommerziellen Anbieter ihre Leistungen - anders als die gemeinwesenorientierten - selektiv auf profitträchtige Bereiche konzentrieren können. Die bereits im Gang befindliche Transformation des bisherigen Non-Profit-Bereichs durch artifizielle Schaffung marktähnlicher Verhältnisse (z.B. Diagnosis Related Groups, DRG, im Gesundheitswesen) begünstigt diese Tendenz, die das Ende des europäischen Sozialstaatsmodells einzuläuten droht.

---

### III.

*Kultursphäre, Staat und Ökonomie*: Der These von der linearen Fortsetzung des Wachstums durch die Expansion und neoliberale globale Neuordnung des Dienstleistungssektors liegt letztlich ein *ökonomischer Reduktionismus* zugrunde, der zwischen Dienstleistungen in der Kultursphäre, öffentlichen Dienstleistungen im hoheitlichen Bereich des Staates und Dienstleistungen in der ökonomischen Sphäre nicht qualitativ unterscheidet. Damit wird zugleich auch eine realitätsgemäße Ökonomie des Dienstleistungssektors verhindert. Mit der Umformung des bisherigen „Non-Profit“-Sektors in einen globalen Dienstleistungsmarkt wird dieser heute schon bedrohliche Reduktionismus jetzt auf die Spitze getrieben.

*Wechselbeziehungen der Sphären*: Die Kultur pflegt („kultiviert“) die Quellkräfte des gesellschaftlichen Lebens, das Fähigkeitspotential der einzelnen Individuen; - die Rechtsordnung gewährleistet eine bestimmte gesellschaftliche Infrastruktur und den sozialen Frieden. Beides ist auch für die Wirtschaft lebenswichtig. Umgekehrt leben die ersten beiden Sektoren von dem Anteil der gesellschaftlichen Wertschöpfung, der aus deren Überschüssen heraus möglich wird („Wo nichts ist, hat der Kaiser/Staat sein Recht verloren“). Eine Ökonomie des Dienstleistungssektors muss diese Wechselbeziehungen zur Kenntnis nehmen.

*Durchdringung und Unterschied der Sphären*: Die drei Gebiete durchdringen sich, und insofern gibt es tatsächlich keine vollkommen außerökonomische Sphäre. Alle Tätigkeiten im Gefüge der Arbeitsteilung, für

welche der Tätige ein tragendes Einkommen braucht, um sie auszuführen, haben eine ökonomische Seite. Die Einkommen der Tätigen müssen aus der aktuell zur Verfügung stehenden Wertschöpfung generiert werden, d.h. aber auch durch Bepreisung - wie verdeckt diese auch immer sein mag - nach außen in eine Vergleichbarkeit zu allen anderen Tätigkeiten im System der Arbeitsteilung treten. Jedoch steht nur bei den Tätigkeiten in der ökonomischen Sphäre die Ökonomie selbst als Aufgabe im Mittelpunkt, während sie in den anderen Bereichen kulturelle oder staatlich-rechtliche Aufgabenstellungen stützt. Die Abstraktion von dieser unterschiedlichen Aufgabenstellung muss die Qualität der Tätigkeit selbst gefährden, d.h. der Reduktionismus der Theorie führt zu einem Reduktionismus der Wirklichkeit.

---

### IV.

*„Production“ und „Performance“*: Eine gewisse Differenzierung des Dienstleistungsbegriffs findet derzeit auch in der allgemeinen Diskussion statt. So heißt es in einem Papier von kompetenter Seite: „Sachgüter sind produziert, das Ziel der Produktion ist Uniformität. Der Verbraucher ist nicht in die Produktion involviert. Interne Qualitätskontrolle vergleicht den Output mit den Anforderungen. Bei fehlerhafter Produktion kann das Produkt zurückgerufen werden. Moral und Qualifikation des Produzenten sind wichtig. - *Dienstleistungen* werden erbracht (performed). Das Ziel der Erbringung ist Einzigartigkeit (uniqueness). Der Verbraucher ist oft in die Erbringung einbezogen. Der Verbraucher übt die Qualitätskontrolle durch den Vergleich von Erwartungen und Erfahrungen aus. Moral und Qualifikation des Dienstleistungserbringers sind entscheidend.“

*Die beiden Pole: Produkt- und beziehungsorientierte Dienstleistungen*: Auch bei solchen Betrachtungen wird der Reduktionismus letztlich nicht überwunden: Es ist ein Unterschied zu machen einerseits zwischen Dienstleistungen, die den materiellen Produktionsprozess vollenden, indem sie z.B. wie im klassischen Fall des Spediteurs das Produkt von A nach B bringen oder indem sie die Kommunikation im Produktionsprozess ermöglichen, und andererseits Dienstleistungen, die man als „Beziehungsdienstleistungen“ bezeichnen kann. Natürlich gibt es zwischen diesen Polen ein ganzes Spektrum. Die Unterschiede erhellen schon aus einer oberflächlichen Betrachtung: Sowenig wie Umsatzsteigerung im Gesundheitswesen ein Ziel sein kann, ist es die Steigerung der Zahl der von Staatsdienern hervorgebrachten Verwaltungsakte.

*Marktfähigkeit und Rationalisierbarkeit*: Die erste Art von Dienstleistungen ist in der Regel direkt marktfähig, d.h. verkäuflich und käuflich, die zweite nicht. Die erste ist in hohem Maße rationalisierbar, die zweite nicht (weder die sprechende Medizin noch der Unterricht unterliegen dem Gesetz der „Temposteigerung“, im Gegenteil). Es ist ein absurder Widerspruch, dass die „Deregulierung“ in diesen Bereichen darin besteht, durch Intervention des Staates Dienste künstlich marktfähig zu

machen, die ohne solche Intervention von „Schenkungs-geld“ aus dem Überschuss der Wertschöpfung finanziert werden müssten (wobei vor allem an gesellschaftliche Schenkung gedacht ist, die auch über Steuern erfolgen kann).

*Beziehungsdienstleistungen:* Im Gegensatz zu produktorientierten Dienstleistungen geht es bei den beziehungsorientierten noch um mehr als schlicht „Perfomance“. Prozess und Resultat sind nicht nur einfach verwoben, sondern die Individualisierbarkeit ihrer Gestaltung im Hinblick auf den Leistungsempfänger (Schüler, Patient, Betreuer usw.) ist eine *conditio sine qua non* ihrer Qualität. Es geht hier um subtile zwischenmenschliche Prozesse, die kreative Phantasie verlangen. Der ökonomische Reduktionismus beschädigt tendenziell die Qualität der beziehungsorientierten Dienstleistungen, die nicht in standardisierbare Einzel-elemente auseinandergelöst oder im Sinne eines Soll-Ist-Schemas „optimiert“ werden können. Sektoren wie Bildung und Gesundheit dürfen daher auf keinen Fall denselben Regeln unterstehen wie der Handel mit Gütern.

*Arbeit und Einkommen:* Die gegenwärtige Diskussion fasst nicht nur den Dienstleistungsbegriff nicht in seiner Differenziertheit, sie verwirrt auch die Begriffe *Dienstleistung, Arbeit, Leistung und Einkommen*. Alle Arbeit in der Fremdversorgungswirtschaft „dient“ letztlich anderen. Durch derartige „dienende“ Arbeit entstehen dingliche Güter („Produkte“) oder eine Dienstleistung wird durch sie erbracht (die mehr produktorientiert oder mehr beziehungsorientiert sein kann). Die Arbeit selbst ist - unabhängig davon, was durch sie entsteht, keine Ware; „Ware“ kann nur das durch sie Entstandene und Erbrachte sein. Der Sache nach ist jedes Einkommen ein Ertragsteil, der zur Kreditierung des Arbeitenden dient, nicht der „Preis“ seiner Arbeit oder Arbeitskraft. Die im Grunde bizarre Arbeitsbezahlungsform erwächst nicht aus den sachlichen Bedingungen der modernen Arbeitsteilung, sondern aus Eigentumsformen, die dazu führen, dass Erträge immer bereits vom Kapital vereinnahmt sind, wodurch der Lohn als Ertragsminderung und reiner Kostenfaktor erscheint.

*Vergleichbarkeit:* Der Übergang von der Fiktion der Arbeitsbezahlung zur Kategorie des Ermöglichs-einkommens macht die verschiedenen Tätigkeiten überhaupt erst realistisch vergleichbar. Die Vergleichbarkeit liegt darin, dass die Tätigkeit des Bauarbeiters zu ihrer Ermöglichung genauso die Anweisung auf einen Teil der Wertschöpfung als Einkommen erfordert wie die des Pfarrers. Nicht liegt sie in der Vergleichbarkeit des aktuellen Wertschöpfungsbeitrages selbst, so interessant dieser Gesichtspunkt für eine theoretische Betrachtung auch sein mag. Der wirklich relevante Wertschöpfungsbeitrag der Kultursphäre liegt in der Zukunft, der der Ökonomie in der Gegenwart, gestützt auf das in der Vergangenheit akkumulierte technisch-kulturelle Potential.

*Anthropologische Prämissen der Kommerzialisierung des Dienstleistungssektors:* Im Kern bedeutet die Ideologie des Marktfundamentalismus, dass dem Menschen unterstellt wird, prinzipiell nur aus selbstischen Motiven

für andere tätig zu werden. Diese Negation der Möglichkeit, dass Menschen aus Einsicht und aus situationsbezogener Wertorientierung handeln, indem sie Bedürfnisse des anderen zum Motiv der eigenen Tätigkeit machen, stellt generell den Begriff der Menschenwürde, also den Kern der Rechtsordnung in Frage. In bezug auf die beziehungsorientierten Dienstleistungen wirkt er doppelt verheerend: Beziehungsdienstleistungen erfordern Freiräume für Kreativität, nicht Regelwerke, die vom Misstrauen in den autonomen Menschen diktiert sind.

---

## V.

*Verteidigung und gleichzeitiger Strukturwandel eines gemeinnützig-öffentlichen Sektors:* Die bisherige Organisationsform des gemeinnützigen Sektors hat sich überlebt. Eine hoheitliche Einheitsregulierung in diesem Bereich ist vormundschaftlich und ineffizient zugleich. Das ist die halbe und zugleich verbogene Wahrheit an der „Liberalisierungsforderung“. Das Zeitalter der Globalisierung ist zugleich dasjenige der Individualisierung. Aber im Gefolge der Individualisierung entstehen auf allen Feldern weltweite Verbindungen („Communities“) Gleichgesinnter, quer zu allen territorialen Begrenzungen, - von Internet-Communities bis zu weltweiten aufgabenorientierten pädagogischen, medizinischen usw. Bewegungen. Dieses Potential der Freiheit als soziales Verantwortungspotential zu nutzen ist gerade für die beziehungsorientierten Dienstleistungen von größter Bedeutung.

*Falsche Alternativen überwinden - Freiheit und Gemeinnützigkeit kein Gegensatz:* Für die Strukturentwicklung des öffentlichen Sektors geht es vorrangig darum, die schablonenhafte Gleichsetzung „öffentlich = staatlich“ zu überwinden, die für die heutige Zeit längst nicht mehr zwingend, ja sogar missleitend ist. Es gibt zahlreiche Organisationen mit „zivilgesellschaftlichem“ Profil, die selbstverwaltet und selbstbestimmt arbeiten - man spricht hier von „freier Trägerschaft“ - , die aber zugleich öffentliche Aufgaben wahrnehmen und daher auch zu Recht ganz oder teilweise öffentlich finanziert werden. Solche Organisationen sind bereits heute für das Funktionieren des öffentlichen Sektors in vielen Bereichen ganz und gar unentbehrlich. Das gilt für Bereiche der Altenbetreuung, der Krankenpflege und Therapie, der Sozialarbeit und Heilpädagogik, der Suchttherapie u.a., teilweise auch für das Schulwesen, in dem nicht-kommerzielle freie Schulen bei der Verwirklichung der öffentlichen Aufgabe, das Menschenrecht auf Bildung zu realisieren, eine wichtige Rolle spielen.

*Zukunftsfähig durch aufgabenorientierte Selbstverwaltung in freier Trägerschaft:* *Initiativlösungen*, bei denen autonome Einrichtungen öffentliche Aufgaben in freier Trägerschaft verbindlich übernehmen und mit den staatlichen Partnern Vertragsverhältnisse auf gleicher Augenhöhe eingehen, ist der Vorrang vor *Staatslösungen* zu geben. Denn sie gewährleisten am besten die inne-

ren und äußeren Bedingungen der Entwicklung der Qualität gemeinnütziger Dienste. Dieser Weg führt nicht zur „Deregulierung“, sondern zur unbürokratischen Regelung von Problemen durch vielfältige Aufgabengemeinschaften und Selbstverwaltungs-Netzwerke. Der Staat hat im Rahmen der *Subsidiarität* für Ersatzrichtungen zu sorgen, wo die Initiative und Selbstverwaltung noch nicht gelingt oder gewollt wird. Im übrigen gilt: Nur die Betätigungsmöglichkeit für Verantwortlichkeit hilft verantwortliches Verhalten zu entwickeln.

*Finanzierung*: Beziehungsdienstleistungen bedürfen einer *Form der Finanzierung*, welche die für sie nötigen Freiräume schafft. Dabei ist der Gesichtspunkt der Solidarität mit dem der Lenkung der Geldströme durch mündige Menschen zu verbinden (Nachfragefinanzierung statt Angebotsfinanzierung). Zwischen der Scheinalternative „staatlich“ oder „privat“ gibt es ein Drittes: freie Initiative für die Gemeinschaft, solidarisch finanziert. Dieser dritte Weg ist ein Weg der Balance zwischen Freiheit und Solidarität.

„*Teilautonomie*“? Leistungsaufträge eines Staates an weisungsabhängige und zusätzlich noch in einen künstlichen ruinösen Wettbewerb gezwungene Kultureinrichtungen sind keine Lösung des Problems der Dienste im Zeitalter der Globalisierung. „*Teilautonomie*“, bei der der Staat den Output definiert, die „Umsetzung“ dieses Leistungsauftrags an die Einrichtungen an der Basis delegiert und zusätzlich diese Umsetzung durch Quality Management-Systeme zu „sichern“ versucht, die der Kultursphäre unangemessen sind, ist keine Antwort auf der Problem der geforderten Balance von Freiheit und Solidarität.

„*Demokratisierung*“?: Die Forderung nach *Demokratisierung* des Gesundheitswesens, Bildungswesens usw. greift zu kurz, wenn sie die inhaltliche Gestaltung dieser Bereiche in die Sphäre der Mehrheitsentscheidungen zurückholen möchte. Die Demokratie an dieser Stelle besteht in der gleichen Freiheit jedes Menschen zur Wahl von Arztpraxis, Schule, Altenheim, Kindergarten usw. und in der Gründungsfreiheit der Leistungserbringer. Der Mehrheitsmechanismus an dieser Stelle führt zur Privilegierung von Mainstream-Auffassungen, Vormundschaft und damit gesellschaftlichem Stillstand.

Etwas anderes ist dagegen die Frage des allgemeinen Rechtsrahmens, innerhalb dessen ein freies und zugleich solidarisch finanziertes Gesundheitswesen, Bildungswesen usw. sich entfaltet. Hierbei kommt dem demokratischen Mehrheitswillen - im Rahmen der vorgängigen Menschenrechtsordnung - das entscheidende Wort zu. Die Entinhaltlichung der Staatstätigkeit an dieser Stelle bedeute im übrigen keine Schwächung, sondern eine Stärkung der staatlichen Gewährleistung.

---

## VI.

*Mehr Demokratie*: Im Kernbereich der Staatstätigkeit ist der Königsweg zu einer Verbesserung der entsprechenden Dienstleistungen eine Verstärkung der basis-

demokratischen Teilhabe der Bevölkerung auf allen Ebenen einschließlich dem Recht auf Bürgerinitiative, Begehren und Abstimmung. Die Entscheidungen müssen zugleich im Sinne der *Subsidiarität* auf der am weitesten unten angesiedelten staatlichen Ebene erfolgen. Globalisierung heißt auch hier nicht Uniformität, sondern Vielfalt auf der gemeinsamen Grundlage der Menschenrechte.

*Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Rechtsgemeinschaften*: Ein funktionsfähiger Sektor gemeinnütziger Dienste lebt von der Möglichkeit der Solidarfinanzierung durch die Allgemeinheit. Diese ist generell bedroht durch die bekannte Situation der „Globalisierungsfalle“. Darum sind Vorschläge zu einem ökonomieverträglichen Sozialausgleich, die Gegenstand eines eigenen Bausteins sind, für die Entwicklung des Dienstleistungssektors von essentieller Bedeutung. Ohne die Wiedergewinnung der finanziellen Handlungsfähigkeit ist eine staatliche Gewährleistung sozialer Rechte letztlich unmöglich. Den Ländern des Südens würde ein solche Entwicklung Chancen zur Entwicklung ihrer bisher oft schwachen gemeinnützigen Sektoren eröffnen.

---

## VII.

*Neuen Formen der Gemeinwirtschaft eine Chance geben*: Es hat immer wieder Versuche gegeben, der marktfundamentalistisch organisierten Ökonomie eine Wirtschaftsform entgegenzusetzen, die gemeinwesenorientiert ist, ohne planwirtschaftlich zu sein. Die Weiterentwicklung dieses Ansatzes kann zu einer der Globalisierung angemessenen Verfassung des öffentlichen Sektors beitragen. Denn es gibt in der Tat nicht nur in der Kultursphäre weite Bereiche des „Gemeinnützigen“, die nicht Gegenstand staatlicher Verwaltung und Direktion sein sollten. Ihnen gegenüber hat der Staat nur die Rolle der rechtlichen Gewährleistung der Daseinsfürsorge. Die Durchführung kann er im Rahmen von Leistungsverträgen an gemeinwesenorientierte, d.h. nicht privaten Eigentümern verpflichtete, gleichwohl aber unternehmerisch geführte Wirtschaftseinrichtungen übertragen. Das gilt für die Wasserversorgung und andere Bereiche.

*Partnerschaftsorgane*: Für solche Unternehmen sind Rentabilität und Gewinn kein Selbstzweck, sondern Mittel zur Erfüllung sozialer und ökologischer Aufgaben. Die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Bildung solcher Unternehmen sind weltweit zu verbessern. Letztlich können diese Unternehmen mit allen anderen zusammen Organe eines regionalen und weltweiten partnerschaftlichen Interessenausgleichs bilden.

*Zurückdrängung statt Universalisierung des Verkäuflichkeitsprinzips*: Statt das Prinzip der Verkäuflichkeit auf den gesamten Non-Profit-Bereich auszudehnen, wäre es vielmehr zu hinterfragen - auch in der klassischen ökonomischen Sphäre hinsichtlich der Verkäuflichkeit der Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital! Denn es handelt sich hier um Nutzungsrechte,

deren Übertragung aus rechtlichen Gesichtspunkten erfolgen müsste. Dass dies nicht in jedem Fall die Unentgeltlichkeit der Nutzung bedeutet, sei der Klarheit halber hinzugefügt (vg. hierzu auch den Baustein zum Bodenrecht).

## VIII.

*Differenzierte Gestaltungsformen:* Ein Abkommen wie GATS ist für die Ordnung der Dienstleistungssphäre letztlich selbst in abgeschwächter Form überflüssig. Denn für die kulturellen Dienstleistungen sind Regelungen innerhalb einer global vernetzten Selbstverwaltung des Kulturleben bzw. zwischen Kultur- und Staatsorganen auf den verschiedensten Ebenen zu treffen. Regelungen in bezug auf die staatlichen Dienstleistungen sind Sache der Rechtsgemeinschaft bzw. zwischenstaatlicher Vereinbarung, bis hin zur UNO-Ebene. Bedarfsprüfung und Preisbildung sollten sowohl für ökonomische, wie für kulturelle und staatliche Dienstleistungen assoziativen Organen überlassen werden. Insoweit - aber nur insoweit! - nehmen die kulturellen und staatlichen Sektoren als Wirtschaftspartner am Wirtschaftsgeschehen unmittelbar teil.

Im übrigen gibt es Koordinationsfragen zwischen den drei Bereichen, die von Organen trisektoraler Partnerschaft gelöst werden sollten. Der Einstieg in eine solche Regelungsform wird dadurch erleichtert, dass es eine große Zahl zivilgesellschaftlicher Organisationen gibt, die selber kulturelle Dienstleistungen erbringen.

*Dreifache Ordnung der grenzüberschreitenden Erbringung von Dienstleistungen:* Die grenzüberschreitende Erbringung von Dienstleistungen ist im Zeitalter der Globalisierung durchaus sinnvoll, muss aber anders gehandhabt werden als durch Kommerzialisierung des gesamten Dienstleistungssektors. Diese Kommerzialisierung ist vor allem durch die Eigentumsformen und die mit ihnen verbundenen Kapitalinteressen bedingt. In Zukunft wird es 4 Grundrichtungen der Ordnung der globalen Dienstleistungen geben:

1. Ordnung durch regionale und globale Vernetzung einer kooperativen und gemeinwesenorientierten Wirtschaftsform. Diese relativiert zugleich die bisherigen staatlichen Grenzsetzungen, respektiert aber rechtliche Rahmensetzungen durch territoriale Rechtsgemeinschaften. Der Überschwemmung einer Region des Südens mit Dienstleistungsangeboten, die die regionalen Dienstleister bedrohen, würde so schon durch die regionale Wirtschaftszusammenarbeit ein Riegel vorge-schoben werden können.

2. Ordnung durch die globalen Verbindungen, die sich zwischen autonomen Institutionen der Kultursphäre bilden.

3. Ordnung durch die Zusammenarbeit der Staaten bei der Umsetzung der Menschenrechte und bei der Entwicklung des Völkerrechts, die tendenziell Abschottungen durch Staatsgrenzen abbaut.

4. Aus diesen drei Richtungen ergibt sich zugleich als vierter Faktor die Bedeutung trisektoraler Partnerschaften als Form der Koordination der drei Sphären bei Beachtung ihrer relativen Selbständigkeit. Typ II-Partnerschafter dieser Art wären dann keine Lückenbüßer für mangelnde rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Gestaltungsorgane mehr, und auch keine Instrumente zur Integration der Zivilgesellschaft ins Bestehende. In ihnen könnte die Zivilgesellschaft als soziale Kulturbewegung ihre „Kulturkraft“ (Nicanor Perlas) betätigen.

### Anmerkung

\* Extrakt von James Alexander: „Transitioning from Today's Business-as-Usual to Tomorrow's s-Business.“ In *S-Business: Defining the Services Industry*, Working Paper, © October, 2001, by AFSM International.

## SECHSTER BAUSTEIN: SCHENKUNG ALS ENTWICKLUNGSBEDINGUNG: DER UMGANG MIT DEM GEISTIGEN EIGENTUM

### Thesen

Udo Herrmannstorfer

1. Mit der Grenzöffnung zur globalen Weltordnung, vor allem Weltwirtschaftsordnung, fallen die alten Grenzen mehr und mehr dahin. Grenzen sind aber nicht zuletzt Schutzzäune, hinter denen in einem geschützten Raum Lebensvorgänge sich entwickeln und abwickeln können. Mit dem Bretton-Woods-Ruf „Nieder mit der Protektion“ wurden diese Schutzräume zunehmend aufgehoben oder zerstört. Damit stellt sich die Frage neu, nach der Verantwortung für die Entwicklung all der Regionen, die zum Zeitpunkt des Aufhebens der Grenzen noch nicht weit genug waren. Der Neoliberalismus glaubt, dass dies allein durch die Märkte geschehen müsste. Märkte allein sind jedoch kein soziales Entwicklungsmodell.

2. Das Leben beginnt mit einer gewaltigen Schenkung. In unseren Ländern sind junge Menschen oft bis Mitte 20 im sozialen Schutzraum, in dem für sie gesorgt wird, bis sie ausgebildet ins Leben eintreten können. Schenkung heißt aber auch, dass wir dafür nichts zurückhaben wollen. Die Erziehungskosten sind à fonds perdu. Wir leisten sie um der Kinder willen, wir vertrauen darauf, dass dies auf dem Umwege über das allgemeine gesellschaftliche Leben wieder zurückfließt. Die heute geleisteten Entwicklungsbeiträge sind äußerst gering. Die Industriestaaten quälen sich seit Jahrzehnten mit der Frage, ob 0,5 % Entwicklungshilfeschenkungen für unsere nationalen Wirtschaften zumutbar ist oder nicht. Ein großer Teil der Schenkungen, die bei den meisten Ländern selbst diesen Satz nicht erreichen, erfolgt dazu noch rückwirkend aufgrund von Nichtrückzahlbarkeiten, also von Abschreibungen.

3. An der Grenze der Weltökonomie kann man nicht ohne weiteres weiterwachsen, denn das Wachstum schlägt

dann mangels Erweiterungsmöglichkeiten nach innen zurück. Zusätzliches Wachstum an Produktivität z.B. wird nach innen zur Arbeitslosigkeit statt zur Mehrbeschäftigung. Die freiwerdenden Kräfte der Ökonomie müssen also anders eingesetzt werden als zur Expansion, wenn nicht soziale Krankheit entstehen soll. Die Börsenentwicklung zeigt das Problem ganz gut, da die Börse wegen der lebensleeren Abstraktheit der Aktienkurse scheinbar nach Belieben wachsen kann, weil sie ja auf die Wirklichkeit keine Rücksicht zu nehmen braucht. Ob das gegenwärtige Nachdenken aufgrund der krisenhaften Erscheinungen länger als bis zum nächsten Kursgewinn reicht, wird sich zeigen.

4. Das TRIPS-Abkommen soll gerade in dem Moment die geistigen Eigentumsrechte weltumfassend schützen, wo aus Entwicklungsgründen im größten Umfang Know-How-Transfer gefragt ist. Dahinter steht das Problem, dass bei uns die Forschung immer mehr in die betriebswirtschaftlichen Interessenslagen hineingezogen worden ist. Damit werden Know-How-Fragen reine Wettbewerbsfragen. Der Wettbewerb fragt aber nicht nach der Entwicklung des Anderen, sondern ausschließlich nach dem eigenen Wohlergehen. Deshalb müsste bei wichtigen Forschungsergebnissen eine Trennung von Forschung und Lizenzvergabe einerseits und Produktion und Verteilung andererseits erfolgen. Daraus würde sich eine völlig andere Verteilung der Nutzungsrechte ergeben. Die Wirkung würde in die Breite gehen und daher die Entwicklungsunterschiede aufheben, statt sie zu betonen.

5. Die Entwicklung zur Globalität verlangt geradezu, das bisherige Wirtschaftsverständnis durch den Begriff der Schenkung zu erweitern. Ohne Schenkung keine Entwicklung.

---

## SIEBTER BAUSTEIN: WAS TUN? - STRATEGIEN UND HANDLUNGSRICHTUNGEN

---

### Eine Skizze

Christoph Strawe

---

#### I.

*Handlungsbedarf und Leitlinien des Handelns:* Dass Handlungsbedarf besteht, das ist für viele Menschen - freilich immer noch zu wenige - deutlich erkennbar. Andererseits bedarf es, um wirklichkeitsgemäß eingreifen zu können, eines vertieften Verständnisses der Probleme und der Grundfragen sozialer Gestaltung in einem Zeitalter der Freiheit und - zugleich - des Zusammenwachsens der Menschheit. Nicht inhaltliche Lösungen von oben - im alten Stil -, sondern Strukturen der Offenheit, die die Gestaltbarkeit des sozialen Lebens für Menschen und Menschengemeinschaften herstellen, sind notwendig.

*Bedingungen der Gestaltbarkeit verteidigen:* An dieser Stelle verbindet sich der Widerstand gegen die

neoliberale Globalisierung organisch mit dem Anliegen, konzeptuelle Bausteine für eine solche offene Gestaltung zu entwickeln. Denn die Verwirklichung der neoliberalen Vorstellungen würde gerade nicht zur Freiheit, sondern zur Schaffung eines integralen Systems führen, das für menschliche Entwicklung und Gestaltung undurchlässig wäre.

---

#### II.

*Frage nach dem Subjekt der Veränderung:* „Ein einzelner hilft wenig, sondern wer sich mit anderen zur rechten Stunde vereint“ (Goethe: Das Märchen). Diese Vereinigung bildet nicht „Masse“, sondern ist eine „Allianz unabhängiger Geister“. Die Zeit der Klassensubjekte (das Bürgertum, die Arbeiterklasse) ist vorbei.

*Zivilgesellschaft:* Die Koalition von Seattle war das In-Erscheinung-Treten der neuen Kraft der Veränderung. Die Zivilgesellschaft hat sich zwar zunächst nur negativ, aus der Nichtidentität mit Staat und Markt definiert. Sie hat aber das Potential, sich aus dem Pro zu definieren, Leitbilder für eine neue Welt zu entwickeln, für die sie sich konstruktiv einsetzt.

*„Massenbewegung“?:* Will die Zivilgesellschaft ihrem ureigensten Anliegen nicht untreu werden, darf sie keine Massenbewegung im alten Stil sein wollen, sondern muss sich als durch Diversität und Verständnis für Individualität gekennzeichnete soziale Kulturbewegung verstehen, die sich in diesem Sinne ihrer „cultural power“ bewusst ist.

*Nicht nur den Inhalt von Normen, sondern die Normierung als solche als Problem erkennen:* Die zivilgesellschaftliche Bewegung darf keinesfalls zu einer Normenbewegung entarten, die von außen gesellschaftliche Regeln implementieren möchte, genauso wenig, wie sie sich in die konventionellen Machtstrukturen einbinden lassen darf. Soweit sie politisch tätig wird, hat sie einen neuen Politikbegriff zu entwickeln: Politik als Gestaltung der Rahmenbedingungen der Gestaltbarkeit, immer weniger als inhaltliche Gestaltung. Konsequente Ausrichtung an den umfassend verstandenen Menschenrechten, horizontale Subsidiarität und Durchlässigkeit für Selbstverwaltung sind die Stichworte.

*Bedeutung des Porto-Alegre-Prozesses:* Der Porto-Alegre-Prozess und seine Regionalisierung (EFS etc.) ist von großer Bedeutung für die Selbstfindung der Zivilgesellschaft als einer Pro-Bewegung und zur Einübung in die Verhaltensweisen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

---

#### III.

*Trisektoralität - aber wie?* Nur gestärkt durch diese Übung kann die Zivilgesellschaft in trisektoralen Partnerschaften zur wirklichen Erneuerung beitragen. Nur so kann sie zusammen mit den „kulturell-kreativen“ Menschen, die im staatlichen Sektor oder der „konven-

tionellen“ Ökonomie tätig sind, das Subjekt der Veränderung werden.

*Praktische Antizipation der anderen Welt:* Von großer Bedeutung für die Kraft der Bewegung ist es, dass sie in sich selbst die andere Welt in der Art des Miteinander antizipiert und dass sie auf gelebte Antizipationen einer anderen Welt in funktionierenden Institutionen im Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsleben verweisen kann.

*Strategiefragen des Widerstands:* Von großer Bedeutung ist eine richtige, auf den Zeitplan der Gegenseite abgestimmte Widerstandsstrategie, die die Hauptkettenglieder der weiteren Entwicklung erfasst. Das in der MAI-Kampagne bewährte Dracula-Prinzip (der Vampir stirbt beim Licht der Öffentlichkeit) ist hierfür weiterhin wichtig, ebenso wie die Fähigkeit, das Skandalöse der Entwicklung an wirksamen Beispielen bildhaft zu machen (z.B. Problem der Kommerzialisierung der Wasserversorgung oder des Gesundheitswesens). Die konventionelle Politik hängt ihren Mantel bekanntlich gerne nach dem Winde der öffentlichen Meinung.

*Schlüsselrolle der Cancun-Konferenz:* Die WTO-Konferenz von Cancun ist ein zentrales Ereignis für die weitere Entwicklung. Wenn es gelingt, dort ein Moratorium zu erreichen, ist schon viel gewonnen. Dieses Moratorium wird erreicht werden, wenn es gelingt, in Europa die Bewegung so stark zu entfalten, dass einzelne europäische Regierungen ihre Haltung korrigieren. Deutschland kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

---

#### IV.

*Kein Zentralismus der Zivilgesellschaft:* Die Zivilgesellschaft muss der Verführung zur „Bündelung der Kräfte“ durch konventionelle Organisationsformen widerstehen und sich weiterhin als ein Ensemble entwickeln, das neuen Organisationsformen zwischen Netzwerken, NGOs und Bewegung Raum gibt. Zusätzlich muss sie sich mit allen Selbstverwaltungsgruppierungen vernetzen.

*Diskurs, Gegenöffentlichkeit, aktive Toleranz:* Für die Entwicklung der Kraft der Alternative ist die Pflege eines kontinuierlichen Diskurses im Sinne einer Gegenöffentlichkeit lebenswichtig. Wir brauchen einen wirklichen Dialog, der nicht nur menschengerechte Sozialformen zum Thema macht, sondern auch in seiner eigenen Form aktive Toleranz, Wärme und Interesse für den anderen kultiviert. Wichtig ist die Wahrnehmung des von den Partner denkerisch und praktisch Geleisteten und Eingebrachten.

*Netzwerk politischer Freundesbeziehungen:* Innerhalb der Zivilgesellschaft können wir ein die politisch-soziale Arbeit tragendes Netzwerk von freundschaftlichen Beziehen knüpfen. Es gibt bereits praktische Beispiele für die Wirksamkeit solcher Verbindungen, z.B. in den Stuttgarter Beiträgen zur weltweiten Anti-GATS-Kampagne.

---

#### V.

*Spiritualität und Sozialität:* Es ist wichtig für die Zukunft der Bewegungen, bestehende Gegensätze oder Vorurteile zu überwinden. Soziale Bewegung und spirituelle Bemühungen dürften heute nicht mehr als Gegensatz angesehen werden. Besonders in der europäischen Zivilgesellschaft ist dieser Gesichtspunkt relativ neu. Die Anthroposophische Bewegung könnte hier wichtige Beiträge leisten, wenn sie sich stärker als Teil der Zivilgesellschaft verstünde.

*Neues Denken, kein Potpourri:* Diversität heißt nicht, ein Potpourri von Wünschbarkeiten zu kreieren, sondern in seriöser Weise an der Entwicklung eines neuen Denkens in bezug auf das Soziale zu arbeiten. Der Marxismus wollte aus der Kritik der alten Welt die neue finden, die Zivilgesellschaft muss über die Kritik hinaus der sozialkünstlerischen Phantasie Raum schaffen.

---

#### VI.

*Kritische Würdigung des IFG-Papiers:* Das IFG ist ein Ort freien Geisteslebens und ein wichtiges Forum der Globalisierungskritik. Seine Mitglieder bringen die Lebenszeugnis kraft ihres Engagements in ihre Darstellung mit ein. Der vom IFG vorgelegte Report „Eine bessere Welt ist möglich“ ist ein Schritt in die richtige Richtung, insbesondere durch den Ansatz, den Ausgangspunkt einer weltweiten zivilgesellschaftlichen Debatte zu bilden.

*Notwendige Differenzierungen und Ergänzungen:* Allerdings sind einige in diesem Text verwandte Begriffe genauer zu bestimmen, kritisch zu hinterfragen oder zu differenzieren. Dies gilt für die Kategorie: „The Commons“, die Kategorie der „Localization“, den Komplex Kontrolle bzw. Zerschlagung der Konzerne, die Frage nach Abschaffung oder Reform der Institutionen der „Trinity“ (IWS, Weltbank, WTO) und die Geldordnung (Stichwort: Kapitalverkehrskontrollen). Für diese Debatte können die bei dieser Tagung vorgelegten „Bausteine“ hilfreich sein.

*Typ-II-Partnerschaften und Dialog - Zivilgesellschaft am Scheideweg:* Ein wichtiger Punkt der kommenden Debatten sind die trisektoralen Partnerschaften und der Dialog mit den Etablierten. Nach Johannesburg droht eine mögliche Spaltung der Bewegung, die in der Trennung der Zivilgesellschaftsvertreter (offizielle Konferenz hier, Zivilgesellschaftsforum da) bereits wie in einem Bild aufschien. Das Schlechteste wäre, wenn eine Strömung sich dem Dialog gänzlich entziehen würde, während eine andere ins Boot des ökonomisch-staatlichen Komplexes stiege. Weder wird die andere Welt als quasi automatische Hervorbringung der „befreiten Freiheit“ (Jean Ziegler) noch als Deal zwischen Zivilgesellschaften, Staaten und Geschäftswelt zustande kommen. Die neue Welt wird von den Menschen geschaffen werden, die sie bewusst wollen.

*„System“ oder menschliche Entwicklung?:* Letztlich geht es bei den Zukunftsfragen der Globalisierung um die Alternative „die Menschen ausschaltende Systemlösungen“ oder „menschliche Entwicklung ermöglichende und fördernde Lösungen“. Nur letzteres ist zukunftsfähig.

# Betrachtungen und Berichte

---

## VIelfALT - GERECHTIGKEIT - NACHHALTIGKEIT

---

**Seminar, Teach-In und Kundgebung mit Maude Barlow, Vandana Shiva und Maria Mies, Stuttgart, 28.-30. November 2002**

Christoph Strawe

160 Menschen hatten sich im Theatersaal des Stuttgarter Forum 3 zu dem oben genannten Seminar eingefunden. Über seine Vorgeschichte wurde im Rundbrief bereits in dem Artikel über das Weltsozialforum in der Märzausgabe dieses Jahre berichtet. Nun also war es soweit: Maude Barlow, Vorsitzende des Council of Canadians - einer Organisation mit mehr als 120.000 Mitgliedern - saß auf der Bühne. Vandana Shiva - die berühmte Aktivistin der Zivilgesellschaft aus Indien - war noch unterwegs vom Flughafen, als Ulrich Morgenthaler das Seminar eröffnete. Maria Mies, emeritierte Soziologieprofessorin aus Köln, sprach als erste über ihren Weg in die Bewegung gegen die heutige Form der Globalisierung. Es folgten Maude Barlow und die inzwischen eingetroffene Vandana Shiva. Lori Wallach war durch widrige Umstände verhindert, weil durch Ausfälle anderer Autoren ein Sammelband über die WTO von ihr alleine fertiggestellt werden musste. Sie wurde von dem mit Carol Bergin zusammen souverän moderierenden Ulrich Morgenthaler als Mitwirkende aus der Ferne begrüßt - durch eine Botschaft und ein Video war sie dann tatsächlich an den Ereignissen beteiligt.

### Lebhafte Gespräche

Während sich die TeilnehmerInnen in kleinen Gruppen austauschten und einander dabei kennenlernten, fand parallel eine Pressekonferenz statt. Einige Medien - darunter die Stuttgarter Zeitung und das Dritte Programm des SWR - berichteten jetzt immerhin über das Ereignis, während man das Seminar mit Martin Khor Ende September - trotz der Mitwirkung von Ernst-Ulrich von Weizsäcker an der Pressekonferenz - noch totgeschwiegen hatte. Auch Martin Kessler war erschienen, um Videoaufnahmen zu machen. Er hatte den mehrfach im Fernsehen ausgestrahlten Film über die Bewegung „David gegen Goliath“ gedreht.

In drei Arbeitsgruppen wurden die Themen GATS und Schutz des Wassers (mit Maude Barlow), Subsistenzperspektive und Aufbau von Alternativen (mit Maria Mies) sowie Bio-Diversität und Gentechnologie behandelt. An der Moderation beteiligten sich u.a. auch

Danuta Sacher von „Brot für die Welt“, Katrin Zöfel, Johannes Lauterbach und Thomas Authenried. Am nächsten Tag, dem Freitag, widmeten sich dann alle drei Arbeitsgruppen dem Thema „Zusammenarbeit in der Zivilgesellschaft“. Zum Gelingen des Ganzen trug auch das Engagement der MitarbeiterInnen des Forum 3 bei, die die TeilnehmerInnen liebevoll bekochten und umsorgten.

### Wille zur Zusammenarbeit

Kontroversen waren nicht tabu - so wurde etwa in einer Gruppe über die Rolle des Nationalstaats debattiert. - Sie standen aber nicht im Vordergrund. Verbindendes Band war der Wille zur Gemeinsamkeit in Verschiedenheit. In einer Arbeitsgruppe erzählte Maude Barlow über ihre Debatten mit einem Nachbarn in ihrer Wohngegend, einem politisch Verantwortlichen und WTO-Befürworter, um dann zu sagen: Aber eigentlich seid *ihr* meine Nachbarn.

Ich war zweimal in der Arbeitsgruppe von Maude, auch um von ihren reichen Erfahrungen in der Kampagnenarbeit in Kanada profitieren zu können. Um nur ein Detail zu berichten: TeilnehmerInnen, die von Schwierigkeiten und Ohnmachtsgefühlen angesichts der Übermacht der herrschenden Tendenzen sprachen, machte sie Mut, indem sie erzählte, das sei doch ganz normal. Sie selbst habe sich mächtig durchringen müssen, etwas zu tun. Ihre Lebensplanung sei eigentlich damals schon darauf eingestellt gewesen, vor allem ihre Rolle als Oma zu genießen. Das überzeugte sicherlich mehr, als flammende Appelle es vermocht hätten!

Im Plenum wurde anschließend, wie zuvor schon über die Kleingruppen, über Ergebnisse Arbeitsgruppen berichtet. An vielen Stellen des Seminars ging es auch um konkrete Vernetzungen innerhalb der Bewegung sowohl in Deutschland als auch weltweit. Entstandene Kontakte können auf diese Weise durchaus eine Langzeitwirkung entfalten.

### Beispiel „Cross Border Leasing“

Ein Thema dabei war das sogenannte Cross Border Leasing. Bei Leasingverträgen dieser Art verkaufen deutsche Städte Gemeineigentum wie zum Beispiel ihr Kanalnetz an einen US-Investor, um es von diesem sofort wieder zurückzumieten. Ein Steuertrick, der dem Investor in USA hohe Steuervorteile bringt, von denen die Städte einen Teil abbekommen. Solche Barwertvorteile sind angesichts leerer Kassen zwar verlockend, nützen aber letztlich nur großen Konzernen. Auch Klär- und

Heizkraftwerke, Straßenbahnen etc. werden so verhökert und zurückgeleast.

Ca. 150 deutsche Städte haben bisher bereits solche Cross Border Leasing Verträge abgeschlossen. Sie verpflichten die Kommunen oftmals über lange Zeit, oft mehr als drei Jahrzehnte, die entsprechenden Anlagen im heutigen Umfang zu erhalten. Das kann teuer werden und den erhofften finanziellen Vorteil mehr als zunichte machen. Dazu kommt häufig, dass die über Verkäufe realisierten Gelder in sinnlose Prestigeprojekte gesteckt werden. Es besteht hier dringender Bedarf an entsprechenden Infos und Austausch zwischen den Gruppen in betroffenen Städten, aber auch zwischen den Aktivisten in Deutschland und Amerika, wo diese rechtlich dubiosen Praktiken von der Öffentlichkeit bisher kaum bemerkt wurden, wie auch Maude Barlow bestätigte.

### **Diktatur der WTO oder lebendige Demokratie?**

Das öffentliche Teach-In fand in der Johanneskirche am Feuersee statt und wurde ein Erfolg: Rund 600 Menschen waren zusammengeströmt, um Vandana Shiva, Maude Barlow und Maria Mies zu erleben. Carol Bergin führte in einer alle Herzen erwärmenden Art durch die Veranstaltung. Maria Mies wies unter anderem auf das Verschwinden öffentlicher Räume durch die Privatisierungswelle hin und rief dazu auf, solche Räume wieder zu erkämpfen. Dabei fand sie Worte des Dankes für die Kirche, die sich für die Veranstaltung geöffnet hatte. Maude Barlow in ihrer sympathischen ruhigen Art fand mit ihren Worten eine ebenso dankbare Resonanz wie Vandana Shiva, die ihre ganze feurige Ausstrahlung entfaltete. Sie prägte Bilder, die sich tief ins Bewusstsein der Anwesenden eingruben, - so, als sie die Ökonomie des Lebens der Ökonomie des Todes gegenüberstellte, wie sie von der WTO und den großen Konzernen ausgehe. Den Abend hatte die brasilianische Volkssängerin Cida Nowotny eröffnet, die mit ihren Liedern große Begeisterung auslöste. Teach-In und Seminar wurden simultan übersetzt, eine gewaltige Leistung der Übersetzerinnen und eine logistische Leistung der OrganisatorInnen - stellvertretend für alle anderen sei Gaby Morgenthaler genannt -, die mit vergleichsweise geringen Mitteln auskommen mussten.

### **Eine Demonstration der Phantasie**

Am Samstag morgen hatten sich noch einmal 180 Menschen eingefunden, um Maude Barlow und Maria Mies zuzuhören und anschließend eine Demonstration in die Stuttgarter Innenstadt durchzuführen. Vanda Shiva hatte bereits im Morgengrauen zum nächsten Meeting nach Mailand aufbrechen müssen. Maria Mies sprach sehr beeindruckend über den Zusammenhang von Krieg und neoliberaler Globalisierung. Maude Barlow schilderte u.a. die Situation in Seattle 1999: die großen Demonstrationen; den Zeitpunkt, als Bill Clinton seine Handelsministerin telefonisch anwies: „Stop this circus“. Wie ein elektrischer Schlag sei es durch das Gebäude gegangen, in dem die Verhandlungen stattfanden. Sie schilderte wie sie herausgegangen sei, wie sie zu den Menschen gesprochen habe, die draußen ein Sit-in durchführten. Es wa-

ren so viele, dass sie nur für die vorderen Reihen hörbar war, und sie hatte kein Megaphon. So wurde ihre Rede von Reihe zu Reihe durchgesagt: eine Art Welle entstand, ein vielfaches Echo. Die Rede endete mit dem Satz „We have won“, „Wir haben gewonnen“. Sie schilderte, in welcher Weise beim folgenden WTO-Gipfel in Doha besonders durch die USA auf die Delegierten der Länder des Südens Druck ausgeübt worden ist. Und sie rief dazu auf, für den bevorstehenden WTO-Gipfel in Cancun/Mexiko im September nächsten Jahres zu mobilisieren, um die Maschine der Welthandelsorganisation erneut zu stoppen.

Die anschließende Demonstration beeindruckte weniger durch die Zahl der TeilnehmerInnen - obwohl bei der Abschlusskundgebung noch zahlreiche Menschen dazustießen. Beeindruckend war vor allem die bunte und phantasievolle Gestaltung des ganzen „Drumherum“. Umhängeschilder und Transparente enthielten intelligente und gleichzeitig prägnante Losungen. Weiße Regenschirme waren vielfältig mit Anti-GATS-Losungen bemalt. Zuvor eingeübte Lieder zum Thema wurden gesungen. Flugblätter „Kein Ausverkauf unserer Städte - Stoppt GATS“ klärten die Passanten über das Thema auf. Ich habe in meinem langjährigen sozialen Engagement viele Demonstrationen und Kundgebungen erlebt. Was sich hier abspielte, gehört zweifelsohne zu den Höhepunkten. Die Kundgebung enthielt vielfältige künstlerische Beiträge, pantomimischer und kabarettistischer Art - dargeboten u.a. von Sabine Vogt, Winfried Zimmermann und Jens Loewe, der eine „Versteigerung“ von Flüssen, öffentlichen Parks und Schulen durchführte. Cida Nowotny erfreute die Menge mit weiteren Liedern. Maude Barlow rief die Stuttgarter zum Widerstand gegen die WTO auf, Maria Mies plädierte für die Verstärkung der Zusammenarbeit der Bewegung in Deutschland. Außerdem sprachen Christine Pfisterer für Attac Stuttgart, Adolf Riekenberg für die Friedensbewegung und Cuno Hägele für die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Ich selbst konnte für die Initiative Netzwerk Dreigliederung das Wort ergreifen. Der Abschied von Maude Barlow zeigte noch einmal die entstandene herzliche Verbundenheit im gemeinsamen Eintreten für eine gerechte Form der Globalisierung.

### **Aktionskonferenz**

Für den Nachmittag hatten die Organisatoren zu einer Aktionskonferenz eingeladen, zu der noch einige Menschen zusätzlich erschienen waren. Es sollte um Strategiefragen unter engagierten Menschen gehen. Das Wagnis, noch eine Veranstaltung „draufzusetzen“, erwies sich als gerechtfertigt. Der Theatersaal des Forum war wieder voll, als die Arbeitsgruppen vorgestellt wurden. Sie beschäftigten sich - unter Mitwirkung weiterer Stuttgarter Freunde - besonders mit den sogenannten „New Issues“ durch die das berüchtigte, 1998 abgewendete multilaterale Investitionsschutzabkommen MAI durch die Hintertür nun doch verwirklicht werden soll (vergleiche dazu den Beitrag von Martin Khor in diesem Heft). Auch Fragen der Vernetzung spielten eine Rolle. Ich selbst habe für Einsteiger eine Einführung in das Thema gegeben, an der knapp 30 Menschen teilnahmen.



### Mit dabei: Omnibus für direkte Demokratie

Man hätte meinen können, nach diesen anstrengenden Tagen sei nun die Luft draußen gewesen, aber weit gefehlt: bei der abendlichen Veranstaltung des Omnibusses für direkte Demokratie mit Brigitte Krenkers, Thomas Mayer und Busfahrer Werner Küppers, assistiert von Jens Loewe, war der Theatersaal des Forum noch einmal gut gefüllt. Es wurde deutlich, wie wichtig es ist, gegen den Ausverkauf des Gemeinwesens, wo immer dies möglich ist, kommunale Bürgerentscheide in Gang zu bringen. So konnte z.B. in Kulmbach erstmals ein „Cross Border Leasing“-Vertrag gekippt werden: das Bürgerbegehren „Nix mit Abwassertricks“ am 10. November errang gegen die Ratsmehrheit einen grandiosen Sieg. Für das Begehren votierten 6532 Bürger, für den Vorschlag der Ratsmehrheit nur 1043. So standen am Ende der ereignisreichen Tage auch noch einmal Beispiele, die Mut machen können zum Engagement.

### Anmerkung

Fotos von dem Wochenende findet man im Internet unter [www.globalfatal.de](http://www.globalfatal.de)

---

## „SINGAPORE ISSUES“ DER WELT-HANDELSORGANISATION WTO - NEUE DROHENDE GEFAHREN FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER UND NACHHALTIGKEIT

---

*Martin Khor, Direktor des Third World Network, Penang, Malaysia*

*Vorbemerkung: Bei der letzten Ministerkonferenz der WTO in Doha wurde eine drastische Erweiterung des bestehenden Welthandels-Regimes der WTO auf den Weg gebracht. Davon sind die Entwicklungsländer besonders betroffen. Gegenwärtig wird im Rahmen des Doha-Zeitplans das Dienstleistungsabkommen GATS weiter verhandelt. Daneben soll es beim WTO-Gipfel in Cancun im nächsten September in Mexiko Verhandlungen über die sogenannten „Singapore Issues“ geben (benannt nach der ersten Ministerkonferenz der WTO in Singapore, issues = Themen, Problemkreise). Hierbei geht es um die Regelung von Investitionen, Wettbewerb und öffentlichem Beschaffungswesen. Mit diesen neuen Abkommen würde eine Dimension der Herrschaft von Profitinteressen über Mensch und Natur erreicht, wie sie zuletzt mit dem 1998 gescheiterten MAI-Abkommen versucht worden war, so Martin Khor vom Third World Network/Malaysia in den Veranstaltungen, die am 28.-30. September 2002 in Stuttgart stattfanden. Khor, einer der profiliertesten Vertreter der Länder des Südens, machte dabei zugleich deutlich, dass die EU mit ihrem zuständigen Handelskommissar Pascal Lamy bei diesem Vorhaben eine treibende Kraft ist. Wer dem entgegenzutreten will, muss sich mit den Inhalten dieser „New Issues“ vertraut machen. Wir veröffentlichen deshalb Auszüge aus einem Text von Mar-*

*tin Khor zu diesem Thema, der von Ulrich Morgenthaler und Wilfried Hüfler übersetzt und hier noch einmal geringfügig redigiert wurde, damit er als Arbeitsmaterial zur Verfügung steht. Der vollständige Text (Deutsch-Englisch) ist per E-Mail erhältlich bei Ulrich. Morgenthaler@t-online.de. Weitere Infos zu den Singapore Issues gibt es unter [www.unsere-welt-ist-keine-ware.de/shiva](http://www.unsere-welt-ist-keine-ware.de/shiva), englische Texte von Martin Khor zum Thema findet man unter [www.twinside.org.sg](http://www.twinside.org.sg).*

### Die „Singapore-Themen“: Allgemeines

In der abschließenden Ministererklärung von Doha haben die Minister bei allen vier Bereichen (Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen, Handelserleichterungen) vereinbart, dass nach der für 2003 geplanten Fünften Ministerkonferenz Verhandlungen auf der Grundlage einer Entscheidung aufgenommen würden, die bei dieser Ministerkonferenz nur bei ausdrücklichem Konsens über die Verhandlungsmodalitäten getroffen werden könne. Dieses impliziert, dass im Prinzip eine Entscheidung, Verhandlungen über neue Abkommen zu beginnen, bereits getroffen wurde und dass lediglich den Modalitäten der Verhandlungen noch zugestimmt werden muss. Einige Entwicklungsländer haben dem widersprochen.

Als Kompromiss verlas der Vorsitzende der Konferenz eine Erklärung „Verständnis des Vorsitzenden“, die besagte, dass in Bezug auf die vier fraglichen Bereiche in der Tat während der Fünften Ministerkonferenz eine Entscheidung mit ausdrücklichem Konsens gefällt werden müsse, bevor über die vier Bereiche Verhandlungen stattfinden könnten. Er stellte auch klar, dass dies jedem Mitgliedsland das Recht geben würde, in Bezug auf die Modalitäten eine Position einzunehmen, die eine Fortsetzung der Verhandlungen verhindern würde, bis dieses Mitglied bereit ist, einem ausdrücklichen Konsens zuzustimmen. Dieses Statement gab den Entwicklungsländern, die sich nicht zu Verhandlungen verpflichten wollten, größere Sicherheit.

Gemeinsames Motiv der ersten drei Bereiche ist ein Versuch, die Rechte ausländischer Unternehmen auf Marktzugang in Entwicklungsländern für ihre Produkte und Investitionen zu maximieren, während die Rechte der gastgebenden Regierung, die Tätigkeit ausländischer Firmen zu regulieren, auf ein Minimum reduziert werden sollen. Regierungsmaßnahmen, die einheimische Unternehmen stützen oder fördern, sollen verboten werden. Sollten diese Abkommen den Weg in die WTO finden, so werden Entwicklungsländer es zunehmend schwer haben, eine eigene Entwicklungs- und Unterstützungspolitik zum Aufbau der Wettbewerbsfähigkeit ihrer einheimischen Unternehmen zu gestalten. Dieser Versuch wird gemacht, indem man Entwicklungsländer überredet, zu akzeptieren, dass diese Themenbereiche als „Verhandlungssache“ in die WTO eingebracht werden. Dort wird dann argumentiert werden, dass das WTO-Prinzip der „Inländerbehandlung“ (Gleichbehandlung ausländischer mit inländischen Anbietern) auf diese Produkte angewendet werden sollte. Die entwickelten Länder werden dann mit aller Macht versuchen, weitere in ihrem

Interesse liegende Verhandlungen durchzusetzen. Diese könnten dann zu einem Haupthindernis für die Entwicklung, die Überlebensfähigkeit und die Rentabilität einheimischer Firmen werden.

Die „Singapore Issues“ gehören nicht in die WTO, weil sie keine direkten Handelsanliegen sind. Die Anwendung des Prinzips der Inländerbehandlung ist hier unangemessen, da sie Regierungen davon abhalten oder hindern würde, nötige politische Maßnahmen für Entwicklung und andere Ziele, wie nationale Integration („nation-building“) und Ausgleich zwischen ethnischen Gemeinschaften, zu ergreifen. Entwicklungsländer sollten in strategischer Hinsicht deutliche nationale Positionen vertreten, um zu verhindern, dass die „Singapore Issues“ zu Verhandlungsthemen gemacht werden, und um so der Einrichtung neuer Abkommen über diese Bereiche vorzubeugen. Innerhalb der WTO beinhaltet der Ausdruck „Negotiations“ (Verhandlungen) in seiner speziellen Anwendung auf die „New Issues“, dass eine Verpflichtung zur Einrichtung neuer Regeln und Abkommen bereits eingegangen worden ist. Die historischen Protokolle zeigen, dass während der Verhandlungen die entwickelten Länder enorm im Vorteil sind, wenn es um die Gestaltung der Tagesordnung, der Prinzipien und der Inhalte zu den jeweiligen Punkten geht. So gestalten sie das Abkommen de facto einseitig, und das Ergebnis muss durchaus nicht im Interesse der Entwicklungsländer sein. Es ist demnach wichtig, zu verhindern, dass Themenbereiche, über die nicht entschieden werden sollte, auf solche Weise auf die Agenda kommen.

Im Folgenden wird für jedes der „Singapore Issues“ (Investitionen, Wettbewerb, Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen, Handelserleichterungen) eine Beschreibung gegeben, und es werden die Auswirkungen für Entwicklungsländer aufgezeigt, falls Abkommen der Art, wie sie sich ihre Befürworter vorstellen, zustande kommen sollten.

### Handel und Investitionen

Die Hauptbefürworter eines Investitionsabkommens hätten gern international bindende Regelungen, die ausländischen Investoren die Freiheit und das Recht geben, ohne Bedingungen und ohne Regulierung in Länder hineinzugehen, dort ohne die meisten der gegenwärtigen Be-

schränkungen zu operieren, und dabei die Inländerbehandlung und den Status der Meistbegünstigung zu gebilligt zu bekommen. Investitionsauflagen (z.B. Einschränkungen der Kapitalbeteiligung, Verpflichtungen zum Technologietransfer, Exportorientierung, geografische Lokalisierung, usw.) und Beschränkungen für Kapitalbewegungen wären verboten. Investitionsanreize könnten auch gehandelt werden. Es gäbe auch strenge Standards zum Schutz von Investorenrechten, z.B. in Bezug auf Enteignung. (Enteignung könnte sehr weit gefasst definiert werden, die Erfahrungen im Bereich der nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA sind beachtenswert: Wo Enteignung staatliche Vorgehensweisen wie Gesundheits- und Umweltmaßnahmen einschließt, die die zukünftigen Einkünfte und Profite eines Investors beeinflussen, wird volle Entschädigung des Investors verlangt.)

Ein derartiges internationales Abkommen über Investitionsregelungen zielt letzten Endes darauf ab, die Rechte ausländischer Investoren zu maximieren bei gleichzeitiger Minimierung der Befugnisse, der Rechte und des politischen Spielraums von Regierungen und Entwicklungsländern. Dies hat ernste Konsequenzen im Hinblick auf die politische Gestaltung in den Bereichen der Wirtschaft, des Sozialen und der Politik, die sich vielfältig auswirken: auf die Planungsfähigkeit in Bezug auf einheimische Mitbeteiligung und einheimisches Eigentum; auf den Ausgleich zwischen Ausländern und Einheimischen und zwischen einheimischen Gemeinschaften; auf die Möglich-

keit, den Kapazitätsausbau einheimischer Firmen und Unternehmen zu fördern, und letztlich auf den Schutz der Zahlungsbilanz und die Höhe der Devisenreserven. Auch würde die Verhandlungsposition von Regierungen gegenüber ausländischen Investoren (einschließlich Portfolio-Investoren) und Gläubigern erheblich geschwächt werden. [...]

### Handel und Wettbewerbsbestimmungen

Gegenwärtig gibt es fast kein gemeinsames Verständnis - geschweige denn ein Abkommen zwischen Ländern - darüber, was der Konkurrenzbegriff im Zusammenhang der WTO bedeutet und welchen Bereich er umfasst, dies besonders in Bezug auf seine Wechselwirkung mit dem Handel und seine Beziehung zur Entwicklung. Die gan-

## WTO - WORLD TRADE ORGANIZATION

### WTO- Ministerdeklarationen

Ministerdeklaration (Ministerial Declarations) = Haupt-Ergebnisdokumente der Ministerkonferenzen

- 1 1996 Singapur
- 2 1998 Genf
- 3 1999 Seattle keine Ministerdeklaration
- 4 2001 Doha

### Konferenzen der WTO

1. 1996 Singapur [09.- 13. 12.]
2. 1998 Genf [18. u. 20.05.]
3. 1999 Seattle [30. 11.- 03. 12.]
4. 2001 Doha [09.- 14. 11.]
5. 2003 Cancun [10.- 14. 09.]

### „Singapore Issues“ (Verhandlungspunkte, benannt nach der WTO-Konferenz von Singapore)

- Investitionen [investment]
- Wettbewerb [competition]
- Öffentliches Beschaffungswesen [government procurement]
- Handelserleichterungen [trade facilitation]

### Generaldirektor der WTO

Seit 1.9. 2002 Supachai Panitchpakdi (Thailand). Seine Vorgänger waren Michael Moore und Renato Ruggiero.

ze Themenreihe Konkurrenz, Wettbewerbsrecht und Wettbewerbspolitik und deren Beziehung zum Handel und zur Entwicklung ist extrem komplex. Der Vorschlag der Befürworter eines WTO-Abkommens zielt darauf ab, multilaterale Regelungen zu schaffen, welche die Mitglieder dazu zwingen, die „Kernprinzipien der WTO“ in ihr nationales Wettbewerbsrecht und ihre nationalen Wettbewerbsbestimmungen einzubauen. Diese sind definiert als Transparenz und Nicht-Diskriminierung (Meistbegünstigung und Inländerbehandlung).

Wettbewerbsrecht und -politik sind - in angemessener Weise - segensreich, auch für die Entwicklungsländer. Jedoch muss jedes Land über völlige Flexibilität verfügen, ein geeignetes Modell zu wählen, das sich auch im Laufe der Zeit verändern kann, um sich veränderten Bedingungen anzupassen. Über ein angemessenes Modell zu verfügen ist besonders im Zusammenhang der Globalisierung und der Liberalisierung wichtig, wo einheimische Firmen schon jetzt intensiver ausländischer Konkurrenz ausgesetzt sind. Insbesondere müssen die Entwicklungsländer die Flexibilität haben, jenen Typ von Wettbewerb und Wettbewerbspolitik bzw. Wettbewerbsrecht zu wählen, der für ihren Entwicklungsstand und ihre Entwicklungsinteressen geeignet erscheint.

Der Vorschlag der EU, dass Wettbewerbsbestimmungen für ausländische Firmen auf einheimischen Märkten „effektive Chancen zum Wettbewerb“ bieten sollen und dass sie so die „Kernprinzipien der WTO“ auf Wettbewerbsrecht bzw. -bestimmungen anwenden sollen, würde den nötigen Spielraum des Landes beeinträchtigen, seine ihm angemessenen Modelle von Wettbewerbsrecht bzw. -bestimmungen zu entwickeln.

Konkurrenz kann unter verschiedenen Perspektiven betrachtet werden. Aus der Sicht der Entwicklungsländer ist es wichtig, die stattfindenden Mega-Fusionen und -Übernahmen einzuschränken, die die Wettbewerbsposition einheimischer Firmen in den Entwicklungsländern bedrohen. Der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten aus den Entwicklungsländern wirken auch missbräuchliche Anti-Dumping-Aktionen in den entwickelten Ländern entgegen. Die restriktiven Geschäftspraktiken großer Firmen behindern den Wettbewerb ebenfalls. Es sieht jedoch nicht so aus, als fänden diese Probleme das Gehör der entwickelten Länder, besonders nicht der USA, die Anti-Dumping-Aktionen weiterhin als Schutzmittel einsetzen will. Falls die Verhandlungen beginnen, könnte sich das Wettbewerbsverständnis der EU, d.h. das Bedürfnis ausländischer Firmen, im Gastland die Inländerbehandlung und ein freies Wettbewerbsumfeld zu haben, ganz durchsetzen, und dies besonders angesichts der ungleichen Verhandlungskraft, die die Entwicklungsländer benachteiligt. Das wahrscheinliche Ergebnis wird sein, dass die Entwicklungsländer nationale Wettbewerbsgesetze und -bestimmungen erlassen müssten, die für ihre Umstände ungeeignet sind. Dies würde das Recht von Regierungen, einheimischen Firmen Vorteile zu bieten, einschränken. Praktiken, die zum Vorteil einheimischer Unternehmen sind, könnten untersagt werden.

Benötigt wird ein Paradigma, das den Wettbewerb aus der Perspektive der Entwicklung betrachtet. Wettbe-

werbsrecht bzw. -bestimmungen sollten andere staatliche Ziele und Programme (wie eine Industriepolitik) ergänzen und dem Bedürfnis einheimischer Firmen und Sektoren, erfolgreich konkurrieren zu können, entgegenkommen - und das auch im Kontext einer gesteigerten Liberalisierung. Aus dieser Perspektive betrachtet, sind Rahmenbedingungen erforderlich, die einheimischen Industrie- und Dienstleistungsfirmen sowie Bauernhöfen erlauben müssen, ihre Konkurrenzfähigkeit zunächst auf dem einheimischen Markt und dann, wenn möglich, auch international immer mehr zu steigern. Dies erfordert einen Langzeitrahmen und kann nicht in kurzer Zeit erreicht werden. Er erfordert auch eine entscheidende Rolle für den Staat, der die Aufgabe zu übernehmen hat, einheimische Firmen zu hegen und zu pflegen, sie zu subventionieren, ihre Entwicklung zu fördern. Für die Zeit, die er in Anspruch nimmt, erfordert der Aufbau einheimischer Kapazitäten, die darauf abzielen, wettbewerbsfähig zu bleiben und wettbewerbsfähiger zu werden, auch Schutz vor der „freien“ und vollen Kraft des Weltmarktes. Dies bedeutet, dass eine Entwicklungsstrategie im Mittelpunkt zu stehen hat und dass Wettbewerb und Wettbewerbspolitik so angegangen werden müssen, dass sie den zentralen Entwicklungsbedürfnissen und -strategien gerecht werden.

Aus diesem Grund dürften einige konventionelle Wettbewerbsmodelle den Entwicklungsländern nicht angemessen sein. Die Einführung besser geeigneter Modelle könnte durch ein WTO-Abkommen über den Wettbewerb, das auf den „Kernprinzipien der WTO“ basiert, behindert oder verboten werden.

### **Transparenz im öffentlichen Beschaffungswesen**

Die WTO Konferenz in Singapur (1996) gab ihre Zustimmung zur „Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Durchführung einer Studie über die Transparenz der Praktiken im öffentlichen Beschaffungswesen unter Berücksichtigung nationaler Bestimmungen und - auf der Grundlage dieser Studie - zur Entwicklung von Elementen für die Einbeziehung in ein dazugehöriges geeignetes Abkommen“. Diese Entschliebung bestimmt nicht ausdrücklich, dass daraus ein Abkommen resultieren muss, sie verpflichtet die Mitglieder nur dazu, eine Arbeitsgruppe zur Untersuchung des Transparenzthemas einzurichten und - auf der Grundlage dieser Untersuchung - zur Entwicklung der Elemente für die Einbeziehung in ein entsprechendes Abkommen. Es ist daher wichtig, darüber zu diskutieren, wie ein geeignetes Abkommen aussehen sollte und wie es, wenn überhaupt, der Interessenlage von Entwicklungsländern und auch ihrem Bedürfnis nach politischer Flexibilität entgegenkommen könnte.

Die Untersuchung innerhalb der Arbeitsgruppe - wie auch das Abkommen - hat nur den Auftrag, die Transparenz (und nicht die Praktiken selbst) zu behandeln, und dieser begrenzte Aufgabenbereich ist durch die Doha-Erklärung bestätigt worden. Die führenden Länder jedoch, die diese Angelegenheit befürworteten, hat-

ten ihr eigentliches Ziel deutlich gemacht, nämlich dass sie den großen, weltweiten Markt des öffentlichen Beschaffungswesens in die WTO-Regulierungen und das WTO-System voll integrieren wollen. Gegenwärtig dürfen die Mitglieder der WTO das öffentliche Beschaffungswesen von den Marktzugangsregulierungen der WTO ausnehmen. Die Ausnahme stellen jene WTO-Mitglieder dar, die dem plurilateralen (mehreseitigen) Abkommen der WTO zum öffentlichen Beschaffungswesen beigetreten sind. Fast kein Entwicklungsland ist Mitglied dieses plurilateralen Abkommens. Da es Entwicklungsländer inakzeptabel finden, das öffentliche Beschaffungswesen und dessen Marktzugangsaspekt in die WTO zu integrieren, entwarfen die großen Entwicklungsländer die Taktik eines zweistufigen Prozesses: erstens, für ein Abkommen über Transparenz alle Mitglieder zu gewinnen, und zweitens, den Geltungsbereich von Transparenz danach auf andere Bereiche (zum Beispiel Rechtsstaatlichkeit) und letztendlich auf die Bereiche des Marktzugangs, der Meistbegünstigung und der Inländerbehandlung für ausländische Firmen auszuweiten. Dies geht deutlich aus verschiedenen der WTO vorgelegten Papieren hervor.

Wenn die Integration des Beschaffungswesens in die WTO letzten Endes stattfindet (was deutlich das Ziel der großen entwickelten Länder ist), dann wird es Regierungen in Zukunft nicht mehr erlaubt sein, einheimischen Unternehmen bei der Versorgung mit Waren und Dienstleistungen und dafür, dass sie die Durchführung von Projekten gewährleisten oder Konzessionen dafür geben, Vergünstigungen zu gewähren. Für Entwicklungsländer hätte dies schwerwiegende Auswirkungen.

Das öffentliche Beschaffungswesen und die dafür jetzt geltenden Bestimmungen haben sehr wichtige wirtschaftliche, soziale und sogar politische Funktionen:

- Die Höhe der Ausgaben und der Versuch, die Ausgaben in Richtung einheimisch produzierter Materialien zu lenken, ist - besonders in Rezessionen - ein bedeutendes makroökonomisches Instrument gegen wirtschaftlichen Abschwung.

- Es gibt nationale Bestimmungen zur Bevorzugung von einheimischen Firmen, Lieferanten und Anbietern, um die Inlandswirtschaft anzukurbeln und die Teilhabe Einheimischer an der ökonomischen Entwicklung und Leistung zu fördern.

- Es gibt Ausführungsbestimmungen, dass bestimmten Gruppen oder Gemeinschaften, besonders jenen, die in der ökonomischen Teilhabe unterrepräsentiert sind, der Vorzug zu geben ist.

- Bei Anschaffungen oder Konzessionen, bei denen ausländische Firmen als Mitbieter eingeladen sind, können Firmen aus bestimmten Ländern (beispielsweise aus anderen Entwicklungsländern oder bestimmten entwickelten Ländern, zu denen eine besondere kommerzielle oder politische Beziehung besteht) begünstigt werden.

Sollte das öffentliche Beschaffungswesen durch die Prinzipien der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung geöffnet werden, wären der Geltungsbereich und der Handlungsspielraum, innerhalb derer Regierungen das Beschaffungswesen als Entwicklungsinstrument nutzen können, streng beschränkt. Zum Beispiel:

- Wenn der ausländische Anteil zunimmt, dann gäbe es in Zeiten eines Abschwungs ein „Leck“ bei den Versuchen der Regierung, die Wirtschaft durch erhöhte Ausgaben anzukurbeln.
- Die Fähigkeit, einheimischen Unternehmen und besonderen sozioökonomischen Gruppierungen und ethnischen Gemeinschaften behilflich zu sein, wäre bedenklich eingeschränkt.
- In ähnlicher Weise wäre die Fähigkeit eingeschränkt, bestimmte ausländische Länder zu bevorzugen.

Angesichts der großen Bedeutung der Politik des öffentlichen Beschaffungswesens als eines wichtigen Instruments für die ökonomische und soziale Entwicklung und der nationalen Integration, ist es zwingend erforderlich, dass Entwicklungsländer sich das Recht zur vollen Autonomie und Flexibilität bei ihrer Politik des Beschaffungswesens vorbehalten. Die Versuche, diesen Themenbereich in die WTO hineinzuziehen, sind somit Gegenstand ernster Besorgnis.

Angesichts der Ambitionen der führenden Länder ist es realistisch, damit zu rechnen, dass nach der Einrichtung eines Abkommens über Transparenz starker Druck entsteht, dessen Geltungsbereich auch auf den Marktzugang auszudehnen oder auf die Rechte ausländischer Firmen, auf Basis der Inländerbehandlung im Bereich des Beschaffungswesens zu konkurrieren. Deshalb sollten die Diskussionen über „Transparenz“ und über ein „Transparenz-Abkommen“ im Lichte der strategischen Zielvorstellung der Großen gesehen werden, die Entwicklungsländer in das eigentliche Ziel des Marktzugangs und der vollen Integration der Praktiken des Beschaffungswesens hineinzuziehen. Sollte es daher ein Abkommen über Transparenz geben, wäre dies sehr wahrscheinlich der Anfang einer Rutschbahn, die in den kommenden Jahren bei einem vollen Marktzugangs-Abkommen endet.

### Handelserleichterung

Wie bei anderen „Singapore Issues“ wird auf der Fünften Ministerkonferenz auch eine Entscheidung zu diesem Thema getroffen werden. Es ist also auch noch nicht absehbar, ob es dort Verhandlungen in Richtung eines WTO-Abkommens über Handelserleichterungen geben wird. Die Doha-Erklärung (§ 27) besagt, dass bis zur Fünften Ministerkonferenz der Rat für den Handel mit Gütern relevante Aspekte des Artikels V, VIII und X des GATT 1994 erneut prüfen und jeweils klarstellen und verbessern soll. Bedürfnisse in Bezug auf Handelserleichterungen sowie die Prioritäten von Mitgliedern sollen identifiziert werden, besonders die von Entwicklungsländern und jene der am wenigsten entwickelten Länder. [Artikel V befasst sich mit der Transitfreiheit, Artikel VIII befasst sich mit Gebühren und Formalitäten im Zusammenhang mit Import und Export, und Artikel X befasst sich mit Veröffentlichung und Verwaltung von Handelsregularien.]

Obwohl der Ausdruck „Handelserleichterung“ harmlos klingen mag, kann die Einrichtung von multilateralen Regelungen in diesem Bereich für Entwicklungsländer nachteilig sein, da sie es vielleicht schwierig finden, sich an die hier ins Auge gefassten Maßstäbe und

Verfahrensnormen zu halten. Absehbare Abkommen in diesem Bereich bergen besorgniserregende Gefahren, falls die Vorschläge der Befürworter darin als verbindliche Verpflichtungen Eingang finden. Das Hauptziel der Befürworter ist, dass Regelungen und Verfahren, die ihren eigenen ähnlich sind, von den Entwicklungsländern angenommen werden. Das ignoriert den großen Unterschied bei den administrativen, finanziellen und menschlichen Ressourcen zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern. Auch gibt es der großen Verschiedenheit des sozialen Umfelds und der Arbeitsumgebung kein Gewicht. Es könnte beispielsweise vorgeschlagen werden, dass die Untersuchung von Waren durch die Zollbehörden nur an wenigen Stichproben durchgeführt werden soll, um den Fluss der Waren durch die Zollgrenzen zu beschleunigen. Aber dies erhöht das Risiko, dass die Entrichtung adäquater Zollgebühren umgangen wird. Solch eine Praxis mag für die großen entwickelten Länder, bei denen die Verlustwahrscheinlichkeit vernachlässigbar ist, angemessen sein, aber sie ist nicht angemessen für Entwicklungsländer, bei denen die Verluste höher sind.

---

## BERTOLD HASEN-MÜLLER (1932 - 2002)

---

Wilfried Heidt

*Vorbemerkung (C.S.): Die Nachricht vom Tod Bertold Hasen-Müllers machte viele Menschen aus der Dreigliederungsbewegung sehr betroffen. Ich selbst erinnere mich an eine Reihe von Begegnungen, die ich den letzten Jahren in Achberg mit Bertold haben durfte, und die - obwohl wir dabei manchmal durchaus mit Leidenschaft kontrovers diskutiert haben - zu einer menschlichen Nähe und Wärme geführt haben, für die ich herzliche Dankbarkeit empfinde. Die folgende Würdigung des Lebens unseres Freundes hat Wilfried Heidt für die Mitarbeiterschaft des Internationalen Kulturzentrums Achberg verfasst:*

Geboren in der Übergangszeit vom Winter zum Frühling, wie der Philosoph Friedrich von Schlegel und der Dichter Joseph von Eichendorff am 10. März, hat Bertold Hasen-Müller in der Übergangszeit vom Herbst zum Winter, am 17. November, dem Todestag des großen Humanisten Pico della Mirandola (1494) und des bedeutendsten deutschen Mystikers der Neuzeit, Jakob Böhme (1624), die Schwelle des Todes überschritten.

Indem wir dessen gedenken, ist schon auf Wesentliches, das für Bertolds Persönlichkeit charakteristisch war, hingewiesen. Er lebte in Übergängen, alles Abrupte, Bruchhafte war ihm fremd, ja zuwider. Das Evolutionäre, die Metamorphose war sein Metier. Im Grunde eine poetische Natur, zog es ihn, den in altphilologisch orientierten katholischen Schulen während der Naziherrschaft und ersten Nachkriegszeit Erzogenen und heranwachsenden Jugendlichen, in der Frühzeit der Bundesrepublik zunächst studiumshalber zum Romanistischen und Historischen und zur Politologie. Doch schon bald

wandte er sich in den Jahren seiner Berufstätigkeit als Gymnasiallehrer mehr und mehr der Philosophie zu, ohne dabei die mystischen Wurzeln im Mutterboden der religiösen Herkunft abzuschneiden.

Diese verschiedenen Ströme verbanden sich zu einem originären, zeitgemäßen Humanismus durch Bertolds Begegnung mit der Anthroposophie Rudolf Steiners. Nach dem misslungenen Versuch, aus dieser sehr individuellen Konfiguration in den siebziger Jahren als Lehrer an der Oberstufe einer Waldorfschule Fuß zu fassen, trat das Achberger Projekt in das Leben Bertolds - und wurde fortan, nach anfänglich durchaus beiderseits nicht einfachen Annäherungsbemühungen, ab Ende der siebziger Jahre, nachdem er mit einer Frühpensionierung den Schuldienst verlassen konnte, immer mehr auch zu seiner „Werkstatt“; zu dem Ort, an dem sich diejenigen Menschen versammelten, die interessiert waren an dem, was er im „Tornister“ hatte, wie er seinerseits deren „Mission“ erkannte und sich damit verband. Obwohl in unseren Mentalitäten sehr verschieden, schlossen wir eine *unverbrüchliche Freundschaft*, bekundeten und lebten gerade in und wegen der Verschiedenheit den Willen zur Zusammenarbeit. Dieser Vertrag gilt auch weiterhin.

Das geistige Profil des Internationalen Kulturzentrums Achberg wurde insbesondere in den Jahren zwischen 1980 und 1990 entscheidend von dieser Zusammenarbeit geprägt und insbesondere in diesem Jahrzehnt tragen unsere Projekte wesentlich mit den Stempel der Beiträge von Bertold Hasen-Müller, ja sie wären ohne ihn gar nicht in die Welt getreten. Dass es heute in Europa eine Bewegung für direkte Demokratie nach dem Verständnis der neuen Idee von der „dreistufigen Volksgesetzgebung“ gibt - und schon wichtige Schritte in der Realisierung dieses wesentlichen Elementes einer emanzipatorischen Gesellschaftsentwicklung erfolgen konnten -, ist von der geistig-denkerischen Seite aus betrachtet Bertolds Verdienst mehr als das eines jeden anderen. Wenn die Menschheit einmal nicht mehr so sehr in Vordergründigkeiten und Oberflächlichkeiten der Lautstärke des Tages verstrickt sein wird, wird diese Wahrheit ans Tageslicht treten und anerkannt sein. Dann werden auch jene sich anerkennend vor dieser Leistung verneigen, die heute von dieser Wahrheit noch nichts wissen wollen.

Obwohl Bertold bis hinein in unsere letzten Gespräche trotz zunehmender Schwierigkeiten mit seiner Sehkraft, wegen der er sich noch vor wenigen Wochen einer Operation unterzogen hatte, nie müde wurde zu betonen, wie jung er sich noch fühle, zeigen im Rückblick die neunziger Jahre, dass sie doch schon wie ein langsamer, schrittweiser Erdenabschied verfließen waren.

Zwar war Bertold auch jetzt noch mit ganzem Herzen an allen unseren Projekten zur *Förderung der Dreigliederungsentwicklung in der Welt* beteiligt, denn das war ja der Dreh- und Angelpunkt unserer Verbindung, aber - von wenigen wichtigen Ausnahmen abgesehen; ich nenne nur seine Mitwirkung an der Erarbeitung unseres Alternativentwurfes für eine Charta der Grundrechte der EU - war doch schon die Zeit seines leisen Rückzuges aus diesen Aktivitäten angebrochen. Er war mehr

und mehr nicht mehr im eigentlichen Sinn *initiativ* tätig; folgte zwar immer mit Freude den Bitten zur Beteiligung an nächsten und neuen Vorhaben, ergriff aber selbst von sich aus keine Aufgaben mehr.

Andererseits war es ihm gerade in den letzten zwei Jahren ein Anliegen geworden, auch zwischen den Zeiten von Veranstaltungen immer wieder einige Tage und dann und wann auch länger in Achberg zu sein und an dem Leben und der Arbeit vor Ort - z. B. auch unseres Saint Germain-Zweiges - teilzunehmen. Die bei diesen Gelegenheiten geführten, oft langen Gespräche - z. B. in den letzten Monaten über das Werk *Valentin Tombergs* und die Probleme der Rezeption desselben, aber auch über aktuelle Beiträge zur Dreigliederungsforschung wie über tagespolitische Vorgänge im Lichte der geistigen Implikationen - werden wir sehr vermissen.

Bertold Hasen-Müller hinterlässt in unserem Schicksalskreis eine nicht zu schließende Lücke. Wir danken ihm für alles, was er uns und der Menschheit geschenkt hat und bitten ihn, diesen Strom nicht abbrechen zu lassen. Wir werden ihm die Treue halten und werden, so gut wir es vermögen, auch im weiteren Tun beachten, was er objektiv repräsentiert hat.

Mit unserem Freund und Mitarbeiter hat ein wahrer, bedeutender Zeitgenosse sein aktuelles Erdenleben beschlossen. Es war, wie es sich fügte, der 17. November. Ob es vor Jahresfrist oder vielleicht schon etwas eher war: Bertold hörte - wenn er in Achberg war oft im Autoradio - regelmäßig die SF-Sendung „Forum“, die in bunter Folge Essays u. a. über herausragende Gestalten der europäischen Geistesgeschichte bringt. So informierte er uns eines Tages über eine für den Abend angekündigte Sendung über *Pico della Mirandola*.

Wir hörten uns diese Sendung mit wachsender Spannung an und erfuhren so von dem Leben und Wirken dieses großen italienischen Humanisten mehr, als jeder von uns zuvor wusste. Und erkannten in ihm und seiner Arbeitsweise einen Geistesbruder, der sich schon vor einem halben Jahrtausend, wie übrigens *Dante* schon zweihundert Jahre vor Pico und noch als Mensch und in den gesellschaftlich-politischen Konstellationen des späten Mittelalters, an demselben Projekt betätigte, für das auch wir - nun aus der anthroposophischen Bewegung heraus - tätig sind und weiter tätig sein wollen. Wie gut, dass Bertold uns diesen Kontakt vermittelt hat ...

---

## MICHAEL BAUMANN (1946 - 2002)

---

*Christoph Strawe*

Ich lernte Michael Baumann im März letzten Jahres bei einem Seminar kennen, das ich mit Nicanor Perlas und ihm zusammen im Forum 3 in Stuttgart über Fragen der Globalisierung abgehalten habe. Michael war für seinen Freund Ernst-Ulrich von Weizsäcker eingesprungen. Es ist gewiss keine Selbstverständlichkeit, dass in so kurzer Zeit ein so herzliches und freundschaftliches Verhältnis mit einem bisher Unbekannten entsteht. Mit

Michael war es die einfachste Sache der Welt. Er war von überströmender Herzlichkeit, auch fühlte er sich sichtlich wohl unter den TeilnehmerInnen. Durch seine Mitwirkung entwickelten sich später eine Reihe höchst wichtiger Initiativen. So brachte er beim Gespräch über mein Referat das Thema GATS ein, - mit der Folge, dass es einige TeilnehmerInnen nicht mehr losgelassen hat bis heute. Auf diese Weise kam es so schließlich zur Übersetzung des Artikels von Maude Barlow und daraufhin zu meinem Aufsatz „Wem dient GATS“ im Rundbrief. Michael war es auch, der Carol Bergin, Helga Mühl und Johannes Lauterbach durch einen Tip den Weg zur WTO-Konferenz in Katar öffnete. Ohne dies wäre es wohl nie zu der nahen Bekanntschaft mit Vandana Shiva, Maude Barlow und anderen gekommen, die in diesem Herbst dann mit Maria Mies nach Stuttgart kamen. Michael war ein humorvoller Mensch. So stammte z.B. der Witz über den Rio + 10-Gipfel im letzten Rundbrief aus seinem E-Mail-Verteiler. Er war aber auch ein spirituell strebender Mensch. Beim gemeinsamen Gedenken an Michael während des Stuttgarter Seminars Ende November erzählte Helga Mühl von Gesprächen mit ihm über dieses Thema. Im Januar sollte er mit David Korten, Udo Herrmannstorfer und Nicanor an einem weiteren Seminar der Reihe „Unsere Welt ist keine Ware“ mitwirken.

Wir bleiben mit ihm verbunden. - Die folgende Lebensbeschreibung entnehmen wir dem Nachruf der Organisation „Germanwatch“, für die sein Tod ein besonders großer Verlust ist.

„Am 30. Oktober verstarb Michael Baumann gänzlich überraschend während eines Auslandsaufenthaltes. Er hatte gerade eine Menschenrechtsreise durch Birma abgeschlossen und besuchte noch Freunde in Bangkok. Auf belebter Strasse ereilte ihn ein Infarkt.

Für seine Frau und seine Familie, aber auch für die Eine-Welt-Politik in Deutschland reißt sein Tod eine nicht zu schließende Lücke.

Michael Baumann wurde 1946 in Schwerin geboren. Er promovierte als Volkswirtschaftler in Heidelberg und war lange Jahre in Bonn und Brüssel für die Bundesregierung (davon zehn Jahre im Wirtschaftsministerium) tätig. Unter anderem war er Anfang der 90er Jahre an den Verhandlungen zum Einigungsvertrag beteiligt. Von 1994 bis 1998 war Michael Baumann Staatssekretär im Sozialministerium von Mecklenburg-Vorpommern unter der Leitung Hinrich Kuessners (SPD), für den er zuvor schon im Treuhandausschuss des Bundestages gearbeitet hatte.

Seine großen Erfahrungen in Politik und Wirtschaft hatte er seit 1999 in den Dienst der Nord-Süd-Initiative Germanwatch gestellt. Zunächst war er ihr Berlin-Beauftragter und wurde im September 2001 zu deren stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden gewählt. Michael Baumann war viel mehr als nur ein repräsentierendes Vorstandsmitglied. Er hat auf ehrenamtlicher Basis vor allem in Berlin in täglicher Kleinarbeit Germanwatch bekannt gemacht, das Berlin-Büro der Organisation aufgebaut und entscheidende Initiativen insbesondere im Bereich Handels- und Investitionspolitik vorangetrieben. An vorderster Stelle seien hier genannt der Aufbau von OECD-Watch in Deutschland und die gesetzliche

Verankerung der Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Riester-Rente. Er war involviert bei den WTO-Debatten in Seattle und in Doha und zuletzt als Germanwatch-Repräsentant beim Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg.

Als er bereits die Aufgaben bei Germanwatch übernommen hatte, wurde Michael Baumann als Sachverständiger in die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“ berufen und wurde Mitglied im Eine Welt Forum beim Parteivorstand der SPD.

Die Entwicklungsproblematik hat ihn parallel zu diesen beruflichen Aktivitäten immer beschäftigt. Ein besonderes Engagement entwickelte er für die Demokratisierung und den Einsatz für Menschenrechte in Birma.

Mit Germanwatch sah er die Möglichkeit, angesichts so vielfältiger globaler Herausforderungen die zivilgesellschaftlichen Potenziale noch stärker mit zu gestalten und innovative Lösungsvorschläge für Politik und Wirtschaft zu entwickeln.

Der Blick über den Tellerrand war ihm genauso zu eigen wie ein scharfer Blick für Ungerechtigkeiten im Nahbereich. Unverzichtbar waren für den Volkswirtschaftler das Querdenken, interdisziplinäre Analyse und eine dem Gedanken von Kohärenz und Nachhaltigkeit verpflichtete Politik.

Seine große Lebendigkeit, seine Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft, seine Verlässlichkeit und sein Überblick, seine Großzügigkeit und sein Ideenreichtum werden fehlen.“

---

## AUSWIRKUNGEN DES GATS- ABKOMMENS AUF SCHULEN IN FREIER TRÄGERSCHAFT<sup>1</sup>

---

C. Strawe

*Die folgende von mir im Namen der Initiative Netzwerk Dreigliederung Ende Oktober verfasste Ausarbeitung versucht mehr Klarheit in die Auswirkungen zu bringen, die das GATS-Abkommen speziell auf freie Schulen haben würde. In den letzten Monaten hat sich eine nicht unerhebliche Bewegung unter SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern an Waldorfschulen und anderen Schulen gegen GATS entwickelt. Das ruft andererseits auch Stimmen Einzelner hervor, die verneinen, von diesem Abkommen gar für Freiheit und Vielfalt im Schulwesen profitieren zu können. So schrieb mir der Justitiar des Bundes der Freien Waldorfschulen einen Brief, dem eine das GATS-Abkommen verharmlosende Stellungnahme zu den Beschlüssen der regionalen europäischen Kulturminister in Brixen (siehe Kasten S. 32) beilag - denen er ihre GATS-kritischen Forderungen verübelte. Hieß es in dem Brief, er habe diese Stellungnahme offiziell in Brixen verbreitet, so wollte Bader wenige Tage später davon nichts mehr wissen. Auf dringende Nachfragen der Initiative Netzwerk Dreigliederung teilte mir Thomas Krauch, Mitglied der Geschäftsführung des Bundes der Waldorf-*

*schulen mit: „Die Stellungnahme, die Ihnen Herr Bader mit Schreiben vom 23. 10. 02 zukommen ließ, war weder mit dem Vorstand noch mit der Geschäftsführung abgestimmt und gibt auch nicht die Auffassung des Vorstandes wieder.“ Der Meinungsbildungsprozess zu GATS sei im Vorstand derzeit noch nicht abgeschlossen. Inzwischen hat es - allerdings nicht ohne einige Irritationen - weitere Gelegenheiten zur Aufklärung über GATS in den Waldorfgremien gegeben. Auch wurde die Stellungnahme der Initiative Netzwerk Dreigliederung zusammen mit der Erklärung von Brixen vom Pressereferat über den PR-Mailverteiler des Bundes in der Schulbewegung verbreitet. Bei einer Delegiertenversammlung des Bundes der Freien Waldorfschulen in Hannover wird C. Strawe am 1. Februar 2003 nun zu einem größeren repräsentativen Kreise zu diesem Thema sprechen. Wer die Gegenposition vertreten wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht noch offiziell fest.*

---

### 1.

Zum Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) hat jetzt endlich eine öffentliche Debatte begonnen. Kommunale Landesverbände äußern sich besorgt. Die Tagung der Kulturminister der europäischen Regionen in Brixen Oktober 2002 hat die Forderung an die EU-Kommission gestellt, darauf hinzuwirken, dass die Bereiche Kultur und Bildung aus dem Abkommen herausgenommen werden.

Diese Forderung ist sachgemäß, da Kultur und Bildung nicht dem Kommerz geöffnet werden dürfen. Eine solche Öffnung führt nämlich nicht zu mehr Freiheit, sondern ersetzt staatliche Fremdbestimmung durch diejenige der Profitinteressen oder kombiniert staatliche und ökonomische Vorherrschaft im Rahmen eines „New Public Management“.

Das GATS-Abkommen differenziert nicht zwischen allgemeinen Dienstleistungen und zwischenmenschlichen Beziehungsdienstleistungen, es unterscheidet nicht zwischen gemeinwesenorientierten und rein kommerziell ausgerichteten Anbietern. Vielmehr hat es in seiner neoliberalen Logik unterschiedslos alles im Visier, was sich zur kommerziellen Übernahme eignet. Dass große Konzerne auf den kommerziell noch nicht ausgeschöpften Markt der Erziehungsdienstleistungen und andere bisherige Non-Profit-Sektoren drängen, ist einer der wichtigsten Gründe, warum sie auf den Abschluss und die Fortschreibung des GATS-Abkommens gedrängt haben.

Die WTO und ihre Abkommen sind keineswegs freiheitlich: sie reduzieren die allgemeine Handlungsfreiheit der Person und die daraus resultierende Vertragsfreiheit auf Vereinbarungen, die keine „Handelshemmnisse“ im Sinne der WTO-Definition darstellen. Dabei ist gleichgültig, ob es sich um individuelle oder juristische Personen handelt wie z.B. Schulvereine. Freiheit reduziert sich hier auf Recht und Pflicht zur ökonomischen Konkurrenz.

Mit dem Freiheitsbegriff des freien Geisteslebens hat diese Freiheit nichts zu tun. Dieser meint gesellschaftlich und nicht nur privat relevantes Handeln aus Erkenntnis, meint Selbstverwaltung in freier Trägerschaft. Er zielt darauf hin, dass autonome Verantwortungsgemeinschaften vermehrt für öffentlich-gesellschaftliche Aufgaben der Kultur, der Bildung, des Gesundheitswesens usw. tätig werden können.

## 2.

In der Kritik des GATS-Abkommens wird bisher vor allem hervorgehoben, dass es zur Erosion und schließlich zum Ende eines gemeinnützigen Sektors der Gesellschaft führen werde, was die Qualität von Basisdienstleistungen wie Bildung und Gesundheitsversorgung usw. schwer beschädigen würde. Diese richtige Diagnose bedeutet aber keineswegs, dass von GATS nur staatliche Träger betroffen wären.

Die frei-gemeinnützigen Träger haben genau so mit negativen Auswirkungen zu rechnen. Freie Schulen etwa nehmen öffentliche Aufgaben wahr, nämlich die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung. Deshalb wird zu Recht gefordert, sie gleichberechtigt in die solidarische Finanzierung des Schulwesens einzu beziehen. Freie Schulen nehmen ihre öffentliche Aufgabe in Selbstgestaltung und Selbstverwaltung wahr - getragen von der „Binnenanerkennung“ der Eltern, die für ein bestimmtes Schulprofil optieren.

## 3.

Gerade die freien Schulen werden von der in Gang gesetzten Kommerzialisierungswelle überrollt werden, wenn GATS in seiner ganzen Trag-

weite zur Wirkung gelangen sollte. Gleiches gilt für den Sektor von Bildung und Kultur insgesamt, aber auch

im gesamten Gesundheits- und Sozialbereich. Denn GATS zielt darauf ab, staatliche Unterstützungsmaßnahmen (Förderungen, Steuerergünstigungen, Subventionen, Genehmigungen etc.) für öffentliche Dienste, ob in staatlicher oder freier Trägerschaft, in gleichem Maße in- und ausländischen kommerziellen Privat Anbietern zu gewähren. Für solche Anbieter ist Bildung ein lohnender „Umsatzträger“ und kein inneres Anliegen. Aufsichtsräte von Bildungskonzernen mit Firmensitz auf den Kaiman-Inseln könnten nicht nur Bildungsinhalte festlegen, sondern nach dem Prinzip der Inländerbehandlung gleiche Subventionen verlangen wie die Schulen in staatlicher und frei-gemeinnütziger Trägerschaft.

Der Effekt würde sein, dass die öffentlichen Mittel, die für gemeinwohlorientierte Leistungen verfügbar sind, weiter sinken werden. Gemeinwesenorientierte „Anbieter“ vor kommerziellen zu bevorzugen, würde als Wettbewerbsverzerrung vor der WTO klagbar und könnte dann durch Sanktionen unterbunden werden. Jeder kann sich ausrechnen, was unter solchen Bedingungen eine richterliche Entscheidung wie das Finanzhilfeturteil des Bundesverfassungsgerichts von 1987, das freien Schulen eine Bestandsgarantie gibt, noch wert wäre.

Anlass zu solchen Szenarien geben besonders die im GATS-Abkommen analog dem Handel mit Gütern gefassten Prinzipien der Meistbegünstigung<sup>2</sup> und der Inländerbehandlung. Wer glaubt, dass diese Prinzipien zu mehr Freiheit im Schulwesen und einer gleichberechtigten Stellung aller

Bildungsträger führen würden, verkennt ihre Wirkungsmechanismen grundlegend.

### AUS DER ZUSAMMENFASSUNG DER BRIXEN/BRESSANONE ERKLÄRUNG ZUR KULTURELLEN VIELFALT UND GATS

(von den Europäischen Regionalministern für Kultur und Bildung einstimmig\* verabschiedet Brixen/Bressanone, den 18. Oktober 2002)

Wir, die Minister und politisch Verantwortlichen für Bildung, Kultur und Medien der europäischen Regionen, als die Vertreter der Meinungen und Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger,

- sind überzeugt, dass das GATS von großem Belang für die öffentlichen Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien ist,

- sind der Meinung, dass das GATS dazu tendiert, vereinbarte Qualität kommerziellen Gesichtspunkten unterzuordnen,

- sind - als gegenüber demokratischen Gemeinwesen verantwortliche Anbieter öffentlicher Dienste für Bildung, Kultur und Medien - über die Auswirkungen des GATS besorgt,

- machen geltend, dass diese Dienstleistungen, gemäß den Prinzipien der sozialen Gleichheit, Universalität und hohen Standards, allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen sollten,

- fordern, dass wir, als die demokratisch legitimierte Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip in alle zukünftigen GATS-Verhandlungen zu Bildung, Kultur und Medien einbezogen werden,

- sprechen uns aus für ein internationales Abkommen zum Schutz der Vielfalt von Bildung, Kultur und Medien, das der regionalen Dimension trägt,

- fordern, dass die von demokratischen Gemeinwesen unterhaltenen Dienste in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien zukünftig von der Behandlung im GATS ausgenommen werden,

- appellieren an alle Mitglieder der VRE und führenden Vertreter der übrigen europäischen Regionen, sich bei ihren Parlamenten, ihren Regierungen und der Europäischen Union für die Ziele der Brixen/Bressanone-Erklärung zur kulturellen Vielfalt und GATS einzusetzen.

Versammlung der Regionen Europas, Immeuble Europe, 20 place des Halles, F-67054 Strasbourg Cedex (France), Tel.: (+33) 3 88 22 07 07 - Fax (+33) 3 88 75 67 19, E-Mail: secretariat@a-e-r.org - infopresse@a-e-r.org (Original in Englisch)

\* bei zwei Enthaltungen zum Absatz 24.



---

**4.**

Bisher arbeiten Waldorfschulen mit ihrer spezifischen pädagogischen Menschenkunde und ihren spezifischen Dienstleistungen praktisch konkurrenzlos. Gleiches gilt für andere Schulbewegungen mit ausgeprägtem pädagogischem Profil, wie z.B. die Montessori-Schulbewegung. Das GATS-Abkommen in Verbindung mit anderen von der WTO geplanten Regelungen z.B. zur weltweiten Ausschreibungspflicht öffentlicher Aufträge könnte diese Situation grundlegend ändern: Das Angebot bzw. die Übernahme von Erziehungsdienstleistungen durch Waldorfschulen bedürfte unter Umständen zunächst der weltweiten Ausschreibung für alle Anbieter ähnlicher Dienstleistungen (wie z.B. weltweit agierende Dienstleistungskonzerne), die bestimmte normierte Qualitätsstandards- und -merkmale erfüllen - ohne deren Einhaltung auch die waldorfpädagogischen Träger gar nicht zugelassen würden.

---

**5.**

Der Grundsatz der deutschen Verfassung, dass im Schulwesen eine Sonderung der Kinder nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht statthaft ist, wird gefährdet, wenn kommerzielle Anbieter den Bereich der Bildung als neuen Markt erobern. Es besteht kein Anlass, mit Hinblick auf die grundrechtliche Situation GATS zu verharmslosen. Vielmehr sind alle Anstrengungen notwendig, GATS wegen seiner Nichtkonformität mit dem Grundgesetz zu bekämpfen, ehe es zu spät ist und die normative Kraft des Faktischen die faktische Kraft der Grundrechtsnormen geschwächt hat.

Sich für zivilgesellschaftliche Alternativen zu GATS und zur neoliberalen Globalisierung einzusetzen liegt nicht nur im eigenen Interesse der Waldorfschulen. Es ist zugleich ein Beitrag zur umfassenden Gestaltung der Globalisierung im Sinne kultureller Freiheit, menschenrechtlich-demokratischer Gleichheit und einer sozial gerechten und solidarischen Weltwirtschaft. Die Waldorfschulen würden damit an die Impulse der sozialen Erneuerung anknüpfen, denen sie zum großen Teil ihr eigenes Entstehen verdanken. Sie sollten sich in diesem Ringen mit den anderen Verbänden der Schulen in freier Trägerschaft und der weltweiten Zivilgesellschaft verbinden.

---

**6.**

Fragen der weltweiten Vernetzung des Schulwesens gehören nicht in ein Handelsabkommen. Daher muss der Komplex Bildung ganz aus GATS herausgenommen werden. Die Gleichberechtigung von öffentlichen Schulen in freier und staatlicher Trägerschaft sollte auf globaler Ebene Gegenstand von Abkommen z.B. im Rahmen der UNESCO sein. Für Europa ist zu fordern, diese Gleichberechtigung in dem europäischen Verfassungsvertrag zu verankern, über den derzeit verhandelt wird.

---

**Anmerkungen**

1. Unter Verwendung folgender Texte: Wilhelm Neurohr: Bedroht GATS auch die gemeinnützigen Dienstleistungseinrichtungen? - Am Beispiel der anthroposophischen Einrichtungen, veröffentlicht unter [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de). Christoph Strawe: Globalisierung betrifft uns alle. Die Welthandelsorganisation WTO und ihre Abkommen GATS und TRIPS. Bad Liebenzell 2002. Bezug über den Verein für ein anthroposophisches Heilwesen, D-75375 Bad Liebenzell, Postfach 11 10. Fax 07052 / 93 01-10, E-Mail: [verein@heilwesen.de](mailto:verein@heilwesen.de)

2. Die Meistbegünstigung - aus dem GATT-Abkommen von 1947 in die anderen WTO-Abkommen übernommen - wird im GATS-Abkommen im Teil II, Allgemeine Pflichten und Disziplinen, Art. II behandelt und dort wie folgt definiert:

„1. Jedes Mitglied gewährt hinsichtlich aller Maßnahmen, die unter dieses Abkommen fallen, den Dienstleistungen und Dienstleistungserbringern eines anderen Mitglieds unverzüglich und bedingungslos eine Behandlung, die nicht weniger günstig ist als die, die es den gleichen Dienstleistungen oder Dienstleistungserbringern eines anderen Landes gewährt.“

2. Ein Mitglied kann eine Maßnahme, die mit Absatz 1 nicht vereinbar ist, unter der Voraussetzung aufrechterhalten, dass diese Maßnahme im Anhang zu Befreiungen zu Artikel II aufgeführt ist und die Bedingungen jenes Anhangs erfüllt.

3. Dieses Abkommen ist nicht dahingehend auszulegen, dass einem Mitglied das Recht verwehrt wird, angrenzenden Ländern Vorteile zu gewähren oder einzuräumen, um, beschränkt auf unmittelbare Grenzgebiete, den Austausch von örtlich erbrachten und in Anspruch genommenen Dienstleistungen zu erleichtern.“ Ergänzend kommt das Prinzip der Inländerbehandlung hinzu, nach dem ein ausländischer Anbieter nicht schlechter gestellt sein darf als ein inländischer.

---

**GATS-VERHANDLUNGEN:  
USA DRÄNGEN AUF  
KOMMERZIALISIERUNG DER BILDUNG**

---

(Attac) Bei den derzeit laufenden WTO-Verhandlungen über das allgemeine Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) wollen die USA den Bildungssektor weltweit liberalisieren und für private Anbieter öffnen. Das geht aus dem geheimen Forderungskatalog der USA hervor, den das globalisierungskritische Netzwerk Attac jetzt von seinen amerikanischen Bündnispartnern zugespielt bekommen hat. Wenn sich die USA mit ihren Forderungen durchsetzen, hätten alle Anbieter von Bildung - egal ob öffentlich oder privat - den gleichen Anspruch auf staatliche Subventionen.

„Diese Forderung bedroht das öffentliche Bildungswesen in Europa“, erklärt Oliver Moldenhauer, Mitglied im Attac-Koordinationskreis. „Bildung, die bisher ein öffentliches Gut und ein Recht für alle Menschen ist, soll zur Ware werden.“ Zudem drängen die USA darauf, auch standardisierte Tests in die Verhandlungen mit aufzunehmen. In diesem Sektor ist das US-Unternehmen „Educational Testing Service“ Marktführer und strebt nach weltweiter Expansion. „Eine Liberalisierung dieses Bereiches wirft die Frage auf, inwieweit sich die inhaltlichen Standards solcher Unternehmen international durchsetzen“, so Moldenhauer. Damit werde die Hochschulautonomie und das Recht auf Bildung weiter ausgehöhlt.

Die Europäische Union hat sich in den bisherigen Verhandlungen zwar ausdrücklich das Recht vorbehalten, nur öffentliche Bildungseinrichtungen mit öffentlichen Geldern zu subventionieren. Attac befürchtet jedoch, dass die EU-Position im Verlauf der GATS-Verhandlungen zugunsten einer Förderung kommerzieller Bildungsanbieter aufgeweicht wird. Weil diese Verhandlungen alle Dienstleistungsbereiche umfassen, könnte die EU Zugeständnisse im Bildungsbereich machen, um ihrerseits verbesserten Zugang zu den Märkten für Strom, Trinkwasser oder Finanzdienstleistungen zu erhalten. Weil die EU ihre Verhandlungspositionen geheim hält, ist eine öffentliche Kontrolle des Verhandlungsprozesses nicht möglich. „Dass nur hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, ist absolut undemokratisch - vor allem, wenn man bedenkt, dass einmal gemachte Zugeständnisse praktisch nicht mehr zurückgenommen werden können“, kritisiert Oliver Moldenhauer. Den öffentlich angekündigten „Konsultationsprozess“ der EU hält Attac für eine Farce, solange die Verhandlungspapiere nicht öffentlich zugänglich sind. Gefordert wird ein sofortiges Moratorium für die GATS-Verhandlungen.

Nachfragen: Oliver Moldenhauer, Tel: 01 63 / 307 1523. Den Forderungskatalog der USA findet man im Internet unter <http://www.attac-netzwerk.de/gats/usrequestseducation.php>. Weitere Informationen zur Anti-GATS-Kampagne unter [www.gats-kritik.de](http://www.gats-kritik.de) und unter [www.sozialimpulse.de/Links.htm#GATS](http://www.sozialimpulse.de/Links.htm#GATS)

---

## ATTAC FORDERT STOPP DER GEHEIMEN GATS-VERHANDLUNGEN

---

### **Protest gegen weitere Kommerzialisierung von Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung**

Berlin, 10. Dezember 2002: Mitglieder des Attac-Netzwerks haben in Berlin gegen die Politik von EU-Handelskommissar Pascal Lamy protestiert. Auf einer Veranstaltung zur Rolle Europas bei den WTO-Verhandlungen zeigten die Attac-Aktivisten dem Handelskommissar die „Rote Karte“ und überreichten ihm ein Trikot mit den Logos großer Firmen. „Lamy setzt sich nicht für die Interessen der Menschen in Europa ein, sondern steht für ein Europa der Konzerne“, sagte David Hachfeld, Mitglied der WTO-AG von Attac zur Begründung.

Im Mittelpunkt der Kritik steht Lamys Rolle bei den derzeit laufenden WTO-Verhandlungen über das internationale Dienstleistungsabkommen GATS. Stellvertretend für alle Mitgliedsländer der EU verhandelt Lamy über die weitere Liberalisierung von Dienstleistungen; auch Bereiche wie Bildung, Gesundheit und Trinkwasserversorgung, die bisher größtenteils in öffentlicher Verantwortung liegen, sollen dabei privatisiert werden. „Andererseits als von Lamy behauptet, wird die Privatisierung nicht zu einer besseren, sondern zu einer schlechteren Versorgung der Menschen führen“, sagte Hachfeld. „Das zeigt

sich in den USA und Großbritannien, wo sich weite Teile der Bevölkerung beispielsweise eine gute Gesundheitsversorgung nicht mehr leisten können.“

Die Verhandlungen laufen weitgehend geheim ab. Obwohl fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens betroffen sind, können weder das Parlament noch die Bürgerinnen und Bürger Einfluss nehmen. Attac fordert, die GATS-Verhandlungen sofort zu stoppen. In den kommenden Monaten wird Attac in vielen europäischen Ländern gemeinsam für dieses Ziel streiten, unter anderem bei einem europaweiten Aktionstag am 13. März 2003.

---

## GLOBALISIERUNG GERECHT GESTALTEN

---

### **Gemeinsame Erklärung von Attac, DGB und VENRO**

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Attac und der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) haben eine gemeinsame Erklärung zur gerechten Gestaltung der Globalisierung abgegeben, die am 5. Dezember in Berlin vorgestellt wurde.

Peter Wahl vom Attac-Koordinierungskreis betonte bei der Vorstellung, die gemeinsame Erklärung beweise das Zusammenrücken der Zivilgesellschaft angesichts der zunehmenden Krisenerscheinungen der Globalisierung. „Wir halten dies für einen wichtigen Schritt auf unserem Weg, der neoliberalen Globalisierung eine Alternative entgegenzusetzen - eine Alternative, die von einer breiten Unterstützung aus der Gesellschaft getragen ist.“ Dies könne keine einzelne Organisation allein leisten.

Unter anderem fordern die beteiligten Gruppen eine verstärkte Armutsbekämpfung, eine soziale und umweltfreundliche Gestaltung des Welthandels, eine Reform der internationalen Finanzmärkte und verbindliche Regeln für transnationale Unternehmen. Eine unbeschränkte Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte lehnen sie ab.

Die gemeinsame Erklärung ist online verfügbar unter <http://www.attac-netzwerk.de/archiv/gemerkl.php>

---

## DREIGLIEDERUNGsimpulse von MTK-IDEE ZUM EU-KONVENT-FORUM UND IM SOZIAL-FORUM LUXEMBURG

---

*Alfred Groff*

MTK-IDEE (Initiative für direkte Demokratie, eine freie kulturell-kreative Entfaltung und eine solidarisch-ökologische wirtschaftliche Entwicklung)<sup>1</sup> hat in Zusammenarbeit mit „EAPN Lëtzebuerg“, Initiative von betroffenen und solidarischen Bürgern gegen Armut und für Integration<sup>2</sup> und dem Institut für integrale Praxis, direkte Demokratie

und soziale Dreigliederung Luxemburg<sup>3</sup> den ersten luxemburgischen Beitrag im Internetforum des europäischen Konventes eingebracht. Der Beitrag wurde aufbauend auf zwei Dokumenten erarbeitet, nämlich<sup>4</sup>:

- Innere und äußere Entwicklungen - Geld, direkte Demokratie und der MTK-Prozess : Meditation, innere Transformation und soziale Kunst.

- „Bürgergeld“, „Direkte Demokratie“ und „Neutrales Geld“ als Handlungsimpulse zur Gestaltung einer dreigliedrigen europäischen Gesellschaftsentwicklung im 21. Jahrhundert.

Der Beitrag trägt den Titel „Der Mensch, die Gesellschaft und das Geld“ und hat folgenden Wortlaut<sup>5</sup>:

Der Mensch ist ein Ganzes als Individuum und gleichzeitig ein Teil der vernetzten und arbeitsteiligen Gesellschaft. Daher ist es für ihn notwendig und von Nutzen, sowohl für die Entfaltung seines individuellen kreativen Potentials, als auch zum Wohle des sozialen Ganzen, d.h. für die seelisch-körperlichen Bedürfnisse aller anderen Menschen zu arbeiten. Liebe deinen Nächsten wie dich selbst ! Indem du für ihn sorgst und er für dich, bedeutet es gerechtes Geben und Nehmen. Bewusstsein für die eigenen Fähigkeiten, deren Erweiterung und Nutzung, sowie für das soziale Ganze und dessen Interdependenz ist erforderlich.

In der heutigen arbeitsteiligen Gesellschaft, in der es nicht mehr klar feststellbar ist, wer welchen Teil eines Produktes erarbeitet hat, an dem direkt oder indirekt unzählige Menschen mitgearbeitet haben, darf es keinen direkten Zusammenhang zwischen Einkommen und Arbeit mehr geben. Daraus ergibt sich eine dringend erforderliche Änderung des bestehenden Geldsystems. Menschliche Fähigkeiten sind keine verkäufliche Ware.

Wie im menschlichen Körper verschiedene Systeme (Atmung und Blutkreislauf, Nervensystem ...) autonom und doch zusammen als Ganzes funktionieren, so können auch in der Gesellschaft autonome Bereiche mit ihren jeweiligen „Organen“ sich gleichberechtigt und komplementär entfalten. Das Geld muss in dieser Gesellschaftsordnung eine absolut dienende statt eine vom Profit gesteuerte Funktion haben.

Durch folgende anzustrebende Entwicklungen können mehr Demokratie, Transparenz und Leistungsfähigkeit (Ziele der EU-Erklärung von Laeken) erreicht werden<sup>6</sup>:

### **Bereich Kultur und Bildung**

*Gesellschaftliche Ebene:* Freiheit in Form selbstverwalteter Initiativen der Zivilgesellschaft im Kultur- und Bildungsbereich (Religion, Erziehung, Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kunst, ...)

*Individuelle Ebene:* Sinnvolle Entfaltung des kreativen Potentials zur Verantwortungsübernahme für das soziale Ganze (statt für Partikularinteressen: Parteien, Nationen, Familienclans, Konzerne ...)

*Finanzielle Ebene:* Bedingungsloses Grundeinkommen für jeden Einzelnen zur Absicherung der Grundbedürfnisse (dazu Bildungsgutscheine für Alle)

### **Bereich Staat und Recht**

*Gesellschaftliche Ebene:* Gleichheit durch direkte Demokratie als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie im staatlich-rechtlichen Bereich der Gesetze und deren Sicherung: (a) Volksinitiative, (b) Volksbegehren, (c) Volksentscheid

*Individuelle Ebene:* (a) den Vorschlag innerlich auf seine Stimmigkeit prüfen, (b) gleichberechtigter Argumentenaustausch durch Information und Kommunikation, (c) die persönliche Entscheidung

*Finanzielle Ebene:* Klärung des Geldbegriffes und Regelung der Geldfunktionen (z.B. Spekulations-, Zins- und Steuerproblematik)

### **Bereich Wirtschaft**

*Gesellschaftliche Ebene:* Brüderlichkeit, Solidarität, Gemeinnützigkeit und Assoziationen (statt privatem Profit und gegenseitiger Bekämpfung) im Bereich der seelisch-körperlichen Bedürfnisbefriedigung

*Individuelle Ebene:* Am Gemeinwohl orientierte Arbeit jedes Einzelnen für erforderliche Waren und Dienstleistungen

*Finanzielle Ebene:* Geldverteilung in Form von Grund- und Zusatzeinkommen (auf Grund der auf der rechtlichen Ebene festzusetzenden Richtlinien, z.B. Bedürftigkeits- oder Leistungskriterien) sowie Investitionen und Festsetzung angemessener Preise

MTK-IDEE und EAPN Luxemburg waren ab Juni 2002 Mitbegründer einer Bewegung für ein Luxemburger-Sozial-Forum<sup>7</sup> und werden im November am Europäischen Sozialforum teilnehmen. Auf dem Weg zu einer dreigliedrigen Gesellschaft wurden als aktuelle Arbeitsschwerpunkte ausgewählt:

- direkte Demokratie durch den dreistufigen Volksentscheid<sup>8</sup>

- Geld und Geldreform<sup>9</sup>

Das Thema Geld war bereits einer der Hauptthemenschwerpunkte der Aktionsvorschläge von EAPN Luxemburg für die Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung im Jahre 2001<sup>10</sup>.

### **Amerkungen**

1 MTK-IDEE: [www.mtk.lu/idee](http://www.mtk.lu/idee)

2 EAPN Luxemburg: [www.mtk.lu/eapnlux](http://www.mtk.lu/eapnlux)

3 INSTITUT IDD: [www.mtk.lu/ideeinstitut](http://www.mtk.lu/ideeinstitut)

4 Texte nachlesbar unter: [www.mtk.lu/innere\\_schritte\\_sociale\\_kunst](http://www.mtk.lu/innere_schritte_sociale_kunst) und [www.mtk.lu/konventvorschlag](http://www.mtk.lu/konventvorschlag)

5 Übersetzungen in 10 Sprachen unter: [http://europa.eu.int/futurum/forum\\_convention/doc\\_bis\\_de.htm#o](http://europa.eu.int/futurum/forum_convention/doc_bis_de.htm#o)

6 Links: [www.mtk.lu/idd](http://www.mtk.lu/idd)

7 LSF: <http://homepage.internet.lu/forumsociallux>; Kontakte zu dem von Jens Loewe ([www.nwvp.org](http://www.nwvp.org)) initiierten Sozialforum der Region Saarlorlux mit Sitz in Saarbrücken bestehen

8 MTK-IDEE nimmt am Arbeitskreis „Geld“ des Omnibusses für Direkte Demokratie ([www.omnibus.org](http://www.omnibus.org)) und an einer europäischen Referendums-Kampagne teil ([www.europeanreferendum.org](http://www.europeanreferendum.org))

9 Link: [www.tauschkrees.lu](http://www.tauschkrees.lu)

10 Siehe Rundbrief 1, März 2002 oder [www.mtk.lu/rundbrief.html](http://www.mtk.lu/rundbrief.html)

## ZU POSITIVEN UND NEGATIVEN WERTBILDUNGEN\*

Michael Rist

Da sich unsere heutigen Gesellschaftsstrukturen nicht mehr instinktiv sinnvoll entfalten, sind wir alle aufgerufen, deren Gestaltung eigenaktiv in die Hand zu nehmen. Bei der Dominanz der heutigen Wirtschaft gibt diese dafür ein großes Übungsfeld ab, um durch eigenes Tun und Lassen die wirtschaftlichen, aber auch die geistigen und rechtlichen Gesichtspunkte miteinander in Einklang zu bringen.

Schon bei der wirtschaftlichen Tätigkeit entsteht die Frage: Gibt es neben der *positiven* Wertbildung auch eine *negative*, die man dann als „Unwertbildung“ bezeichnen müsste? - Sieht man sich mit etwas Umweltbewusstsein in der heutigen Wirtschaft um, so wird bald deutlich, dass alle Gesundheitsschädigungen (z.B. Asbeststaub) und alle Umweltbelastungen (z.B. Treibhausgase), aber auch alle unreellen Börsenspekulationen (wie der Börsencrash in Raten zeigt) solche „Unwertbildungen“ darstellen, die tunlichst zu vermeiden sind. Einerseits wird aber dadurch auch das Geistesleben herausgefordert, Produktionsverfahren zu entwickeln, die weder gesundheitsschädigend noch umweltbelastend und auch nicht investitionsschädigend sind. Andererseits wird auch das Rechtsleben gefordert, zunächst sinnvolle Grenzwerte zu vereinbaren und festzulegen (Kyoto-Abkommen), um diese dann schrittweise gegen Null zu senken, oder die Börsenspekulation in vernünftigen und rechtlichen Grenzen zu halten. Daraus ist gut zu ersehen, wie die drei Glieder des sozialen Organismus wohl selbständig sein müssen, also nicht von einem anderen Lebensgebiet dominiert werden dürfen, aber doch sich ergänzend erst den anzustrebenden sozialen Organismus bilden.

Der mündige Unternehmer wird dies schon aus eigener Einsicht tun, bevor ihm entsprechende Vorschriften gemacht werden. Um eine solche positive Unternehmereinstellung zu fördern, hat Nicolas Hayek - der Retter der Schweizer Uhrenindustrie und Mitinaugurator des Smart (durchschnittlich 4,7 l Benzin bzw. 3,4 l Diesel/100 km) - vorgeschlagen, einen neuen Nobelpreis für besonders fach- und sozialkompetente Unternehmer - nicht geldgierige Manager - einzuführen (Tages-Anzeiger Magazin Nr. 29/2002, S. 6).

Was können nun die mündigen Konsumenten dazu beitragen? Sie werden vielleicht angesichts der vielfältigen Fragen, die zum richtigen Konsumentenverhalten zu lösen sind, verzagen. Aber sie können auch nach einer generellen Antwort suchen, indem sie fragen, was denn im Gegensatz zur „Unwertbildung“ *positive Wertbildung* sei. Nach einigem Nachdenken wird man auch von der Seite der Wertbildung zur Antwort kommen: Alle Tätigkeiten, die die Bedingungen verbessern, auf dass die Menschen immer geistreicher und sozialer werden können, beinhalten eine positive Wertbildung. Hat man sich zu dieser Einsicht durchgerungen, so wird man sich

bei seinem Kaufverhalten immer fragen: Was trage ich damit zur positiven Wertbildung bei? Dann wird man neben den biologischen und biologisch-dynamischen Lebensmitteln und den Bemühungen um Fair Trade noch andere Gebiete entdecken, wo kaum Unwertbildung, aber umso mehr positive Wertbildung betrieben wird, wie z.B. bei der alternativen Energieproduktion (Sonnen-, Wind-, Bioenergie), bei den alternativen Banken, alternativen Rechtsinstitutionen (Ombudsstellen) und alternativen Schulen (Waldorfschulen).

Die mündigen Konsumentinnen und Konsumenten werden dann dort ihre Ersparnisse bei niedrigem Zins investieren, damit diese sinnvollen Produkte und Dienstleistungen nicht zu teuer werden, und/oder vor allem dort einkaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen, damit die gesundheitsfördernden sowie sozial- und ökovertäglichen Wirtschaftsgüter in immer größerem Ausmaß gewünscht und damit auch immer preiswerter auf den Markt gebracht werden können. Wirklich preiswerte Produkte und Dienstleistungen ergeben sich also nicht dadurch, dass man immer das Billigste kauft, sondern dadurch, dass man das „Richtige“, das „Sinn-Volle“, das mit der *positiven Wertbildung* Verbundene in immer umfassenderem Ausmaß erwirbt. Im Gegenzug werden dadurch auch die Unwertbildungen minimiert.

### Anmerkung

\* Der Artikel ist zuerst erschienen in den Informationsblättern des Schweizerischen Verbands der Konsumentenvereine zur Förderung der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise und assoziativer Wirtschaftsordnung. Kontakt über Bettina Kalambokis, Meindradstrasse 1, CH - 8006 Zürich.

## SEATTLE, GENUA ... UND JETZT FLORENZ

### Aus einer Bilanz des ersten Europäischen Sozialforums in Florenz von Peter Wahl\*

Die Dynamik der globalisierungskritischen Bewegung ist ungebrochen. Das erste Europäische Sozialforum (ESF) vom 6. bis 9. November in Florenz hat dies überaus eindrucksvoll bestätigt. Mit der Demonstration von mehr als einer halben Million Menschen - die größte in der Geschichte der Globalisierungskritik - wird Florenz zukünftig in einem Zuge mit Seattle und Genua genannt werden müssen. Etwa zwei Drittel der Teilnehmer gehören jüngeren Jahrgängen an.

Beim Forum selbst, ein dreitägiger Veranstaltungsmarathon mit ca. 200 Podien, Seminaren und Workshops, war mit 20.000 Teilnehmern gerechnet worden. Am zweiten Tag waren es bereits doppelt soviel und am Schluss sogar 60.000. Allerdings gingen die damit verbundenen organisatorischen Probleme zu Lasten der Qualität mancher Veranstaltungen.

Es ist aber nicht der quantitative Aspekt allein, der das ESF zu einem herausragenden Ereignis macht. Die besondere Qualität von Florenz liegt darin, dass die Bewegung aus dem Schatten der Gewalt getreten ist, der Brücken-

schlag zum Thema Krieg und Frieden gelungen ist, die politische Pluralität und Breite weiter zugenommen hat. Gleichzeitig hat das ESF einige Probleme und Defizite der globalisierungskritischen Bewegung sichtbar gemacht.

### Aus dem Schatten der Gewalt getreten

Die neue Bewegung ist aus dem Schatten der Gewalt, der seit Genua über ihr lag, herausgetreten. Florenz zeigt einmal mehr, dass dann, wenn tatsächlich große Menschenmengen mobilisiert werden, weder staatliche Provokationen noch die Orientierung auf Militanz durch kleine Gruppen eine Chance haben.

Die Berlusconi-Regierung hatte alles getan, um im Vorfeld des ESF ein Klima von Hysterie und Angst zu erzeugen. Ein zweites Genua wäre ihr gerade recht gekommen, um von innenpolitischen Problemen abzulenken. Berlusconi hatte die Zerstörung von Kunstwerken der Renaissancestadt durch talibanisierte Horden an die Wand gemalt und vom Verbot des ESF gesprochen. Die in der Regierung vertretenen Neofaschisten der „Forza Italia“ hatten wochenlang Stimmung im Stil des „Stürmer“ gemacht, z. B. mit Karikaturen von Demonstranten mit Hakennase, in der einen Hand eine Flasche Wodka in der anderen Hammer und Sichel. Der „Corriere della Sera“ brachte zum Auftakt des Forums einen von Hass tiefender Beitrag der gewendeten Linken Oriana Fallaci. Unter diesem Eindruck vernagelten viele Geschäfte in der historischen Altstadt ihre Schaufenster.

[...] Schließlich wird mit Florenz auch das Argument hinfällig, dass nur durch Gewaltszenen Medienöffentlichkeit herzustellen sei. Nach den Konfrontationen von Prag, Göteborg und vor allem Genua ist mit Florenz der Gegenseite die Möglichkeit genommen, die globalisierungskritische Bewegung mit dem Gewaltthema zu isolieren oder zumindest zu splaten.

### Nein zum Krieg

Das beherrschende, wenn auch nicht das einzige Thema des ESF war der Krieg. Die Ablehnung der Militarisierung der Außenpolitik im Allgemeinen und eines Kriegs gegen den Irak im Besonderen war einhellig.

So wichtig und richtig diese Orientierung ist, so birgt sie auch einige Risiken. So besteht z. B. die Gefahr, dass im Windschatten der Auseinandersetzung um den Krieg der neoliberale Kurs relativ ungestört fortgesetzt und das Potential der kritischen Kräfte davon völlig absorbiert wird. Es ist gerade einer der gesellschaftspolitischen Effekte der Militarisierung, durch den Aufbau von Feindbildern und äußeren Bedrohungsszenarien die Aufmerksamkeit von inneren Problemen abzulenken. Am deutlichsten wird dies in den USA, wo der patriotische Konformitätsdruck so groß ist, dass vom Geist von Seattle nicht mehr viel zu spüren ist.

Dabei hat sich die Akzeptanzkrise der neoliberalen Globalisierung, die wir in Seattle konstatierten, inzwischen zu einer veritablen Funktionskrise ausgewachsen. Der Crash an den Börsen, das unrühmliche Ende der „New Economy“, die sogenannten Bilanzskandale großer Konzerne, die Passivität des IWF in der Argentinienkrise und die deflationäre Entwicklung in vielen Volkswirtschaften

sind nur die Spitze des Eisberges. Es kommt daher darauf an, Globalisierungskritik und Friedensbewegung nicht gegeneinander zu setzen, sondern die Zusammenhänge zwischen beiden Themen deutlich zu machen.

### Wachsende Pluralität und Breite

Das quantitative Wachstum der Bewegung geht einher mit einer wachsenden politischen Pluralität. Vertreten waren lokale Sozialforen, Attac, Gewerkschaften, Friedensbewegung, NGOs, diverse K-Gruppen, Greenpeace, die Jugendorganisation der Partei der Demokratischen Linken (ehem. PCI), Amnesty, Schwule und Lesben, katholische Nonnen, die italienischen Grünen, christliche Pfadfinder, die Rifundazione Comunista und last but not least der Bürgermeister von Florenz und der Präsident der Region Toskana (beide DS). Letztere hatten dem Forum politische und logistische Unterstützung gewährt.

Der Zulauf aus den verschiedenen politischen Lagern signalisiert, dass die Akzeptanz der herrschenden Politik immer mehr schwindet. Gleichzeitig wächst damit die Notwendigkeit, einen produktiven Umgang mit dem Pluralismus der Bewegung zu finden und zentrifugalen Tendenzen entgegenzusteuern. Es scheint sich eine politische Kultur der Dialogbereitschaft, des toleranten Umgangs mit Widersprüchen, und - sieht man von einigen trotzkistischen Splittergruppen ab - des bewussten Verzichts auf Avantgardismus und Dominanz herauszubilden. [...]

### Gegen Privatisierung und GATS

Das zweite Thema, das sich in Florenz als Schwerpunkt herauskristallisierte, ist die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, von Bildung, über Gesundheit und Renten bis hin zu Wasser, Energie und Verkehr. Das Problem wird in der gesamten EU immer brisanter. Eng verbunden damit sind die Verhandlungen zur Liberalisierung der Dienstleistungen in der WTO (GATS). Beschlossen wurde eine europäische Kampagne, die zunächst auf Aktionen Ende März 2003 orientiert ist, mit einer zentralen Initiative in Brüssel. Bis dahin wird in der WTO nämlich die Verhandlungsphase abgeschlossen, in der die einzelnen Länder ihre Liberalisierungsangebote und -forderungen vorlegen. Danach wird die Ministerkonferenz der WTO im mexikanischen Cancun Anfang September 2003 zum nächsten Höhepunkt der Kampagne. [...]

### Probleme

So positiv die Entwicklung insgesamt ist, so gibt es jedoch auch unverkennbar einige Probleme und Defizite: So gingen auch von Florenz kaum Impulse zur Entwicklung inhaltlich-konzeptioneller Alternativen zum Neoliberalismus aus. Noch immer koexistieren Ein-Punkt-Ansätze für bescheidene Reformen unverbunden mit sehr allgemein gehaltenen Wertorientierungen. Eine Diskussion zwischen den Standpunkten findet noch nicht wirklich statt. [...] Dass die neue Bewegung mehrheitlich aus jungen Leuten besteht, ist eine ihrer großen Stärken. Dies verleiht ihr inzwischen einen regelrechten Touch von Jugendkultur und über weite Strecken nahm das Forum in der Tat Happeningcharakter an. Allerdings darf dies nicht darüber hinweg-

täuschen, dass angesichts der demographischen Verhältnisse in den Industrieländern Jugend eine strukturelle Minderheit ist. Die Bewegung darf sich nicht auf eine reine Jugendbewegung beschränken. [...]

### Anmerkung

\* Der Autor ist Mitarbeiter der Nichtregierungsorganisation Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung - WEED und Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland.

---

## MUT ZUR WAHRHAFTIGKEIT IST GEFRAGT

---

### *Brief von C. Strawe an Vorstand und Hochschulkollegium am Goetheanum in Dornach*

In der Anthroposophischen Gesellschaft wird seit Jahren eine Debatte über ihre Konstitution\* geführt. Viele Beiträge, manche davon Früchte jahrzehntelanger Forschung zum Thema, wurden gegeben. An manchen Stellen hat aber auch der Stil der Behandlung dieses Problems bei Mitgliedern und auch Nichtmitgliedern zu der Frage geführt, ob die Diskussion nicht zur Innenschau verkomme, über der man die Aufgaben in der Welt vergesse: Und auf diese hin müsse doch eine moderne Sozialgestalt der Gesellschaft, anknüpfend an Rudolf Steiners Wurf von 1923, ausgerichtet sein. Nun versucht der Vorstand am Dornacher Goetheanum mit einem Machtspruch die Debatte zu beenden. Bei einer „außerordentlichen Mitgliederversammlung“ am 28./29. Dezember dieses Jahres soll eine „einheitliche Konstitution“ der Anthroposophischen Weltgesellschaft dadurch eingeleitet werden, dass die Statuten der Weihnachtstagung von 1923/24 durch vom Vorstand vorgeschlagene Satzungsänderungen „ergänzt“ und dann ins Handelsregister eingetragen werden sollen. Im Augenblick entfaltet der Vorstand eine emsige Reisetätigkeit, um alle Mitglieder auf seine Linie einzuschwören.

Durch die Veröffentlichung der Satzungsänderungsanträge am 13. November sah sich Christoph Strawe zu einem offenen Brief nach Dornach veranlasst. Darin heißt es u.a.: „Ich kann nach der Lektüre der Statuten-ergänzungsentwürfe überhaupt nicht zu der Auffassung kommen, dass es sich um ein ‚Wiederergreifen‘ der Weihnachtstagung handeln würde. Vielmehr erscheinen sie mir so, dass sie die Sozialgestalt der Weihnachtstagungsgesellschaft im Kern verändern und teilweise umfunktionieren.“ Dies versucht er sodann in einer detaillierten Analyse der Vorstandsanträge darzulegen, die er von einem mangelnden Verständnis für das „Vertragsprinzip“ moderner Gemeinschaft in Freiheit geprägt sieht. Hierbei, wie bei der Bewertung der rechtlichen Lage, stützt er sich auch auf Überlegungen, die U. Herrmannstorfer zu dieser Thematik angestellt hat. Auch sieht er in der Dornacher Position einen eklatanten Mangel an Mut zur Wahrhaftigkeit im Hinblick auf die Erkenntnis der heutigen Situation. Solche Wahrhaftigkeit müsse zum

„Eingeständnis der Polyzentrität des esoterischen Lebens der Anthroposophie“ führen. „Und aus dieser Erkenntnis heraus müsste man im Goetheanum seine eigene Verantwortung erkennen, an dieser Institution möglichst viele die anthroposophische Bewegung bereichernde Beiträge zu leisten, statt die Fiktion eines die anthroposophische Weltgesellschaft leitenden Zentrums aufrechtzuerhalten“.

Durch die Art der Einladung könne man bei der geplanten außerordentlichen Mitgliederversammlung den Saal nicht betreten, ohne dem darin geplanten Akt „die Legitimation als Wiederergreifen der Weihnachtstagung zu geben“. Damit bringe der Vorstand viele Mitglieder in eine heillose Zwangslage. Falls die geplanten Veränderungen so durchgepeitscht würden, sehe er sich durch Vorstand und Hochschulkollegium in die Situation gebracht, ohne aus der Gesellschaft ausgetreten zu sein, sich nicht mehr als Mitglied derselben betrachten zu können bzw. zu dürfen. Er müsse dies gegebenenfalls zur Kenntnis nehmen. „Zwar würde ich weiter für die Anthroposophie und ihre Sozialimpulse in der Welt tätig sein“, so heißt es dann weiter. „Und ich würde dabei weiterhin mit allen Menschen zusammenarbeiten versuchen, die sich eingedenk des Grundsteins der Weihnachtstagung von 1923 innerhalb und außerhalb der bestehenden oder nach Weihnachten 2002 entstandenen Strukturen zu anthroposophischer Arbeit und zu spirituellem anthroposophischen Streben zusammengeschlossen haben oder zusammenschließen werden. Dennoch wäre eine belastende und die Arbeit erschwerende Situation geschaffen.“

Ein mehrstündiges Gespräch mit Vorstandmitglied Paul Mackay - zugleich Leiter der Sozialwissenschaftlichen Sektion in Dornach - verlief in sachlicher und unaufgeregter Atmosphäre. In der Sache gab es jedoch bis Redaktionsschluss keinerlei Annäherung. Da das Heft vor dem Termin der a.o. MV abgeschlossen wurde, ist im Moment noch keine abschließende Bewertung möglich.

Der offene Brief zirkuliert derzeit unter vielen Freunden, besonders auch aus der Dreigliederungsszene. C. Strawe erhielt eine große Anzahl zustimmender Reaktionen.

*Der Text kann in vollem Wortlaut über E-Mail oder Fax bezogen werden bei Dr. Christoph Strawe, Haußmannstr. 44a, D-70188 Stuttgart, Fax +49(0)711 / 2360218, E-Mail: BueroStrawe@sozialimpulse.de.*

### Anmerkung

\* Vgl. den Artikel von Bruno Martin im Rundbrief Dreigliederung Nr. 3/September 99 „Worum geht es in der Diskussion um die Konstitution der (Allgemeinen) Anthroposophischen Gesellschaft?“

# Literaturhinweis

## DAS ICH UND DAS DING AN SICH

### Projekt zur Neuherausgabe des Hauptwerkes von Paul Asmus

Thomas Brunner

Als ich vor etwa zwei Jahren in Rudolf Steiners Buch *Die Mystik im Aufgange des neuzeitlichen Geisteslebens* auf den - mir bis dahin unbekannt - Philosophen Paul Asmus (1842-1876) gestoßen bin, da war ein noch nicht absehbares Interesse geweckt. Rudolf Steiner erwähnt diesen „früh verstorbenen, scharfsinnigen Philosophen“ in der Einführung besagten Buches, als einen Geist, der „im Lichte der inneren Erfahrung die Erlebnisse des Denkens zu beleuchten vermag“; und Steiner spricht ihm im Kontext seiner eigenen *Philosophie der Freiheit* zu, „gleichfalls auf die Urtatsache des Innenlebens hingewiesen“ zu haben. Insbesondere bezieht er sich dabei auf Paul Asmus' Hauptwerk *Das Ich und das Ding an sich - Geschichte ihrer begrifflichen Entwicklung in der neuesten Philosophie* (1873), aus dem er in diesem Zusammenhang auch ausführlich zitiert. Obwohl Steiner vermutlich erst um die Jahrhundertwende mit diesem Werk bekannt wurde (in allen Steinerschen Frühwerken fehlt ein Verweis auf Asmus), erwähnt er ihn noch mehrmals, stets außergewöhnlich würdigend (so z.B. in *Mein Lebensgang*, in *Die Rätsel der Philosophie* und in Artikeln der *Zeitschrift Luzifer-Gnosis* - siehe das Zitat am Ende).

Die Recherche ergab allerdings, dass Paul Asmus kaum je mehr im sonstigen philosophischen Schrifttum Berücksichtigung fand und seit der 2. Auflage (1874) auch kein Nachdruck mehr erfolgte. Die mehrmonatige Suche, das Buch doch noch antiquarisch erwerben zu können, blieb vergebens, bis Philipp Tok in der Leipziger Uni-Bibliothek ein Exemplar geortet hatte und eine Kopie veranlasste.

Alle Erwartungen erfüllend bekamen wir nun ein Werk brisantester philosophischer und soziologischer Bedeutung und Aktualität in die Hände. Und schon der erste Satz der Einleitung aus *Das Ich und das Ding an sich* zeigt die seltene geistige (wie sprachliche) Nähe zu Rudolf Steiner: „Kant hatte dem endlichen Ich die Wahrheit des Objekts, das Ding an sich, entrissen und in eine jenem unerreichbare Ferne entrückt.“ In sehr anspruchsvoller, doch auch bildhafter Sprache, schildert Asmus nun die Entwicklung der Begriffe des Ich und des Ansich „von ihrer unbefangenen (vorkantischen) Identität durch die abstrakte Verschiedenheit (Kant), den Gegensatz (Fichte) bis zu ihrer aus diesem Gegensatz sich ergebenden Identität (Schelling - Hegel)“.

Das Erfreuliche dieser Arbeit ist nicht allein die liebevolle Souveränität der Gedankenführung, sondern auch, dass Asmus, neben den im Thema bekannten Größen wie Fichte, Schelling und Hegel etc., gleichwohl die Positionen etwa von Jacobi, Schleiermacher und Novalis einzubeziehen versteht.

Was hier nur skizziert werden kann, die Klarheit und der Reichtum dieser Schrift, das hat zu dem Impuls geführt, eine erste Neuerscheinung dieses Buches besorgen zu wollen. In angemessener Qualität, aber vorerst kleiner Auflage soll nun *Das Ich und das Ding an sich* (ca. 150 Seiten) als Nr. 1 einer neu zu begründenden „Edition Immanente im FIU-Verlag“ erscheinen. Rainer Rappmann vom FIU-Verlag hat sich bereit erklärt, bei der Gestaltung und beim Vertrieb unterstützend mit zu wirken; die Finanzierung der Veröffentlichung obliegt allerdings der freien Initiative. Wir möchten diese Ausgangslage deshalb zum Anlass nehmen, mit der „Edition Immanente“ die neue Form eines Initiativ-Verlages zu begründen. Das heißt, die Veröffentlichung wird durch die Schenkungen allerer ermöglicht, denen das Erscheinen dieses Buches ein Anliegen ist; die späteren Einnahmen werden dann aber nicht privatisiert, sondern einem öffentlichen, selbstverwalteten Fonds zur Förderung freien Geisteslebens zugeführt, so dass mit diesem Buch zugleich ein ihm immanenter Sozialprozess verbunden sein wird.

„Dass Paul Asmus sich zu dem Gesichtspunkte des reinen in sich lebenden Denkens erhoben hat, das sich selbst seine Notwendigkeit gibt: das macht ihn zum *echten* Philosophen. Und dass er dieses sich selbst richtende Denken mit einer Klarheit, mit einer Selbstverständlichkeit handhabt, das macht ihn zum *bedeutenden* Philosophen.“ (Rudolf Steiner, *Luzifer-Gnosis*, Feb. 1904, in: GA 34, Seite 494f.)

„Wer die kleine Schrift Paul Asmus' 'Das Ich und das Ding an sich' liest und *versteht*, der wird mehr gewinnen, als er durch das Studium dickleibiger philosophischer Werke von Autoren gewinnen könnte, die über die Grundfragen der Erkenntnis sprechen und nie die Grundbedingung für solches Mitsprechen erworben haben: ein sich streng kontrollierendes, intuitives, produktives Denken.“ (Rudolf Steiner, *Luzifer-Gnosis*, Feb. 1904, in: GA 34, Seite 495.)

*Näheres:* Thomas Brunner (unter Mitarbeit von: Thomas Keil, Jens Göken, Philipp Tok und Albrecht Walter), Kahrener Hauptstr. 19, 03051 Cottbus, Tel 0355-488 74 80, [votiv@web.de](mailto:votiv@web.de), [www.FIU-Verlag.com](http://www.FIU-Verlag.com)

# Aufgabenerfüllung ermöglichen Aufruf zum Kostenausgleich

## Etat 2003 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

Wer die Entwicklung dieses Rundbriefs über die Jahre verfolgt hat, hat bemerkt, dass die Hefte immer umfang- und inhaltsreicher wurden. Sicher auch deshalb gehört der Rundbrief mit über 1200 festen Beziehern nicht mehr zu den kleinsten Periodika in der Szene.

In der Entwicklung der Zeitschrift zeigt sich das Wachstum der Aktivitäten, zeigen sich auch die vielfältigen neuen Vernetzungen, die sich aus der Zusammenarbeit im Rahmen der Bewegung für eine gerechtere Form der Globalisierung für Menschen ergeben, deren Arbeitsansatz derjenige der sozialen Dreigliederung ist. Die Initiative Netzwerk erweist sich gerade unter den Bedingungen einer über sie hinausgehenden weiteren Vernetzung als ein wesentliches Instrument der Entwicklung von Zusammenarbeitsformen, des Dialogs über die Einschätzung von Zeitströmungen und über Strategiefragen. Wir haben unseren Anteil daran, dass heute mehr Menschen als noch vor einigen Jahren über die Pläne der WTO informiert sind und gegen das GATS-Abkommen Front machen. Von vielen FreundInnen, die an Aktivitäten an dieser oder jener Stelle beteiligt sind, höre ich auch immer wieder, wie die organisatorische und inhaltliche Kompetenz des Stuttgarter Büros geschätzt wird. Daher setze ich darauf, dass Sie uns auch im kommenden Jahr weiter unterstützen werden. Dass die Etatziele in diesem Jahr erstmals seit Bestehen der Initiative bereits vorfristig erreicht werden konnten, bestärkt mich in dieser Hoffnung.

Ich bin Ihnen allen sehr dankbar dafür, dass Sie es mir durch Ihre Hilfe ermöglichen, für unsere gemeinsamen Ziele in dieser Weise unabhängig tätig zu sein.

Die Hilfe wird in Zukunft um so nötiger sein, als immer weniger von einer Unterstützung durch ein breites institutionelles Umfeld ausgegangen werden kann, das sich dem Gedanken der Dreigliederung verpflichtet fühlt. Noch mehr wird dafür die Initiative einzelner Menschen, die sich für soziale Veränderungen engagieren, zum Tragen kommen müssen.

### Das Kostenausgleichsverfahren

Um festzustellen, welche Mittel benötigt werden bzw. realistischerweise in Anspruch genommen werden können, stellen wir seit 12 Jahren jeweils ein Budget auf.

Dabei trennen wir die erwarteten Einnahmen für die Sachkosten des Rundbriefs zunächst ab und versuchen, eine Umlage des übrigbleibenden Defizits durch einen Solidarausgleich unter den Unterstützern der Initiative Netzwerk Dreigliederung aufzubringen. Die Umlage bezeichnen wir als Kostenausgleich. Steuerlich betrachtet handelt es sich dabei nicht

Etat 2003		
Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Sachkosten // Zahlungen spezifiziert für Rundbrief	11.000 Euro	10.000 Euro
Sonstige Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		2.500 Euro
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		1.500 Euro
Gehaltsanteile und Honorare		20.000 Euro
<b>Zusammen</b>	<b>11.000 Euro</b>	<b>34.000 Euro</b>
<b>Erwartete Unterdeckung</b>		<b>23.000 Euro</b>
Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 230 Teilnehmern am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 Euro bedeuten.		

um Spenden. Vielmehr bilden die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. ei-



nem Finanzamt gegenüber) nicht selbständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen. Die Rechnung geht dann auf, wenn der geringere Beitrag finanziell schlechter gestellter Menschen durch einen höheren Beitrag Bessergestellter ausgeglichen wird.

---

## Etat 2003

Zielgröße für die Einschätzung bildet das gemeinsam akzeptierte und oben schon erwähnte Jahresbudget. Für 2003 wurde dieses Budget im Anschluss an das Netzwerk-Kolloquium am 26. Oktober 2002 in Stuttgart gebilligt. Nach Ablauf des Jahres 2003 werden wir gegenüber den Beteiligten an diesem Kostenausgleichsverfahren Rechenschaft über die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben Rechnung ablegen. (Kostenausgleicher des Jahres 2002 erhalten im ersten Quartal die Abrechnung für das vergangene Jahr.)

Generell gilt: Ergibt sich ein Restdefizit, so ist es jedem Einzelnen überlassen, ob er zu dessen Deckung beitragen will. Eine „Nachschusspflicht“ besteht nicht. Ergibt sich - etwa durch höhere Beiträge - ein Überschuss, so entscheidet wiederum letztlich der Einzelne über seinen Anteil. (Er kann ihn z.B. für das nächste Jahr stehenlassen, falls er ihn nicht zurück haben will.)

*Bitte wirken Sie durch Ihren Beitrag auch 2003 dabei mit, dass wir die Kostendeckung erreichen! Wenn sich genügend Menschen beteiligen, wird das auch in diesem kommenden Jahr wieder gelingen. Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der Landesbank Ba-Wü, BLZ 600 501 01.*

Die Überweisung Ihres Kostenausgleichsbeitrags sollte das Kennwort „Kostenausgleich Initiative ‚Netzwerk‘“ enthalten. Wichtig: Den Beitrag für den Dreigliederungs-Rundbrief (Richtsatz Euro 20,-, s. weiter unten) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese Euro 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen. Selbstverständlich stellt der Etat nur eine Beschreibung der Minimalbedingungen der Aufgabenerfüllung dar. Für mehr fehlt es nicht an Aufgaben, sondern an realistischerweise einplanbaren Mitteln.

Das Einfachste wäre im übrigen, wenn Sie Ihren Jahresbeitrag nicht stückeln, sondern gleich zu Jahresanfang 2003 überweisen. Aber natürlich ist auch Ratenzahlung möglich.

---

## Steuerliche Behandlung

Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen bzw. gewerblichen Tätigkeit steht, als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen wer-

den.\* Bei gemeinnützigen Einrichtungen, die sich in ihrer Satzung in dieser oder jener Form die Pflege der Anthroposophie, der Waldorfpädagogik usw. zum Ziel gesetzt haben, kann die Beteiligung am Netzwerk und damit die Stärkung des anthroposophischen Sozialimpulses als ein integraler Bestandteil der Erfüllung ihrer Satzungszwecke betrachtet werden. Es wäre zu wünschen, dass mehr Einrichtungen sich in dieser Richtung engagieren würden.

---

## Zur Finanzierung des Rundbriefs

Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug des Rundbriefs für 2003 zu bezahlen. Bezieher, die für das vergangene Jahr 2002 noch nicht bezahlt haben, sind gebeten, dies möglichst umgehend nachzuholen. Da wir wegen des damit verbundenen Aufwands auf Mahnungen verzichten, sind wir ganz auf die Eigeninitiative und das Verantwortungsbewusstsein unserer Leser angewiesen. Als Orientierungsgröße gilt der Richtsatz von Euro 20,-. Auch hier gilt: Da es Bezieher (Studierende, Arbeitslose usw.) gibt, die nur einen geringeren Betrag aufbringen können, sind wir dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher ansetzen können, damit die Rechnung aufgeht. Für Ihre Überweisung benutzen Sie bitte das Kennwort „Dreigliederungs-Rundbrief“.

---

## Auslandsüberweisungen

Um hohe Überweisungsgebühren zu vermeiden, empfehlen wir die Übersendung eines Geldscheins. Falls Sie über ein Postgirokonto verfügen, können Sie auch auf das Konto-Nr. 278699-707 (C. Strawe, Sonderkonto Netzwerk) bei der Postbank Stuttgart (BLZ 600 100 70) überweisen. Bitte benutzen Sie das Sonderkonto aber nach Möglichkeit nur für solche Auslandsüberweisungen.

---

## Einzugsermächtigung

Wir arbeiten daran, die Möglichkeit der Erteilung einer Einzugsermächtigung, wie sie seit letztem Jahr bereits beim Institut für soziale Gegenwartsfragen besteht, auch für das Netzwerkkonto zu schaffen, was allerdings mit einigen bürokratischen Komplikationen verbunden ist. Wir halten Sie auf dem Laufenden.

---

## Anmerkung

\* Falls Sie sich wegen der steuerlichen Seite unsicher sind, sprechen Sie uns an. Für größere Beträge ist u.U. eine Zuwendung an das Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. eine Alternative zum Kostenausgleich, falls Sie diesen nicht steuerlich geltend machen können.

# Ankündigungen

---

## STUDIENHILFE DER GEMEINNÜTZIGEN TREUHANDSTELLE E.V.

---

Waldorfschulen sind ein Beitrag zur pädagogischen Kultur der Welt. Damit in den Waldorfschulen auch in Zukunft wirklich Waldorfpädagogik anzutreffen ist, brauchen die Kinder gründlich ausgebildete Waldorflehrerinnen und Waldorflehrer. Jedes Jahr fehlen aber mindestens 500 ausgebildete Lehrer allein an deutschen Waldorfschulen. Eine fundierte Ausbildung zum Waldorflehrer dauert zwei bis vier Jahre. Diese Ausbildung wird vom Staat nicht finanziert, daher kostet sie Geld, Geld das viele Studierende nicht aufbringen können. Deswegen brauchen sie finanzielle Unterstützung während des Studiums. Der Studienhilfefonds der GTS soll dazu beitragen, dies zu ermöglichen. Die Studienhilfe der GTS e.V. unterstützt werdende Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer an Waldorfschulen mit Stipendien von 100-300 Euro monatlich.

Steuerlich abzugsfähige Spenden hierfür können auf das Konto der GTS-Studienhilfe Nr. 13022708 bei der GLS-Bank, BLZ 43060967 eingezahlt werden.

Studienhilfe der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V.; Ghiga von Smiechowska und Bettina Mieg, Streunthalerweg 12 - D-83250 Marquartstein, Telefon +49 (0) 86 41 / 6 33 36, Fax +49 (0) 86 41 / 6 33 37

---

## ATTAC - GATS-POSTKARTEN

---

### Kampagne „Nein zu GATS“

Was, wenn ein Zigarettenkonzern die Grundschule übernehme? - Was, wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung übernehme? - Was, wenn eine Briefkastenfirma die Müllentsorgung übernehme? - Was, wenn ein Designfood-Konzern Krankenhäuser übernehme? Das sind die Unterschriften unter den Bildmotiven der bunten GATS-Postkarten, die bei Attac bezogen und bei der Aufklärungsarbeit über GATS verwendet werden können.

Am 12. 09. 2002 startete die Kampagne „Nein zu GATS: Unsere Welt ist keine Ware!“. Postkarten mit folgendem Inhalt werden an den Bundeskanzler verschickt:

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, GATS widerspricht grundlegenden demokratischen Werten. GATS bedroht die Daseinsvorsorge und den freien Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten weltweit. Bis 31. 3. 03 müssen die WTO-Mitglieder ihre Marktöffnungsangebote einreichen. Bis 2005 sollen die GATS-Verhandlungen ab-

geschlossen sein. Ich fordere Sie auf, folgende Anliegen zu vertreten: 1. Moratorium der GATS-Verhandlungen. 2. Offenlegung eingegangener Verpflichtungen. Untersuchung der sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene. Eingegangene Verpflichtungen müssen gegebenenfalls rückgängig gemacht werden können. 3. Grundlegende öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht den GATS-Regeln unterstellt werden. 4. Kein weiterer Liberalisierungsdruck auf Entwicklungsländer im Interesse transnationaler Konzerne. Jede Gesellschaft muss über ihre öffentlichen Dienstleistungen autonom und stets neu entscheiden können. Bitte nehmen Sie Stellung zu diesen Forderungen!“

Wer mitmachen will, kann die Postkarten bestellen bei: Attac-Netzwerk, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt oder per e-mail über [gats-postkarten@attac-netzwerk.de](mailto:gats-postkarten@attac-netzwerk.de)!

### Wichtige Termine

15. 2. Europäischer Aktionstag gegen den drohenden Irak-Krieg

13. 3. Europaweiter Aktionstag zum GATS

1. - 3. 6. 2003 G7/G8-Gipfel („Weltwirtschaftsgipfel“) in Evian, Frankreich

---

## AUF DEM WEG ZUM 3. WELTZOZIAL-FORUM IN PORTO ALEGRE BRASILIEN

---

Vom 23. bis 28. Januar findet das diesjährige Weltsozialforum in Porto Alegre / Brasilien statt. Vertreten sind unter vielen anderen Bewegungen, Initiativen, Organisationen und Netzwerken auch die Initiative Netzwerk Dreigliederung, das Global Network for Social Threefolding (GlobeNet3) und Mehr Demokratie e.V. Unter anderem wird es einen Workshop zum Thema der Kulturell Kreativen geben, an dem John Beck, Ulrich Morgenthaler, Hans Brodal, Carol Bergin und Johannes Lauterbach mitwirken. Christoph Strawe steuert einen Workshop bei zum Thema „Globalisierung und Individualisierung - Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit als Leitbilder sozialer Erneuerung“. „Die Herausforderung des Neuen Empire und die Antworten der Zivilgesellschaft“ lautet der Titel einer gemeinsamen größeren Veranstaltung von Vandana Shiva, Nicanor Perlas und David Korten. Im zeitlichen Zusammenhang mit dem WSF wird auch eine Tagung der „Working Group“ von GlobeNet3 stattfinden.

**Unsere Welt ist keine Ware****Beitrag zur weltweiten Anti-GATS-Kampagne**

Freitag, 10. Januar bis Sonntag, 12. Januar 2003

**Wege in eine gerechtere Welt - Alternativen zur neoliberalen Weltwirtschaftsordnung**

Mit Caroline Lucas, Udo Herrmannstorfer, Nicanor Perlas und Jakob von Uexkull

Öffentliches Teach-In, Freitag 10. Januar, 19.30, Haus der Wirtschaft, Willi-Bleicher-Str. 19, 70174 Stuttgart

**Perspektiven für eine Neugestaltung der globalisierten Welt**

Seminar, Sa, 11. und So, 12. Januar, Forum 3 Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

**Von der Konkurrenz zur Kooperation - Konturen einer anderen Wirtschaft**

Welthandel, Armut und Krieg - Frieden durch Gerechtigkeit // Assoziative Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner // Sozialbindung des Kapitals (Finanzmärkte, Geldordnung, Eigentum) // Zivilgesellschaft, trisektorale Partnerschaft und Global Governance

**Samstag, 11. Januar.** Statements der ReferentInnen zu den oben genannten Themen - 09.00-10.30 // Thematische Arbeitsgruppen - 11.00-12.30 Uhr // Weiterführung der Arbeitsgruppen - 14.00-15.30 // Plenum: Austausch über Zwischenergebnisse - 16.00-17.00 Uhr // Fortsetzung der Gruppenarbeit - 17.30-18.30 // Podiumsgespräch der ReferentInnen über die während des Tages behandelten Fragen der Neuordnung - 20.00 // **Sonntag, 12. Januar.** Wege in eine bessere Welt. Fragen des Widerstands gegen die neoliberale Globalisierung und des zivilgesellschaftlichen Dialogs über Alternativen - 09.00-10.30 // Fortsetzung des Plenums und Abschluss - 11.00-12.30 // Seminarsprache : Englisch/Deutsch mit Übersetzung

**Über die ReferentInnen:**

**Caroline Lucas** - Großbritannien. Langjähriges Bürgerrechtsengagement für Nukleare Abrüstung. Forschungsarbeiten über Handels-, Entwicklungs- und Umweltthemen. Autorin u.a. von „Von Seattle nach Nizza“ (mit Colin Hines) und „Lokal Handeln, Global Handeln - Eine Herausforderung der Globalisierung“. Assoziiertes Mitglied des IFG\*. Seit 1999 für die britischen Grünen im Europa-Parlament.

\*International Forum on Globalisation .

**Udo Herrmannstorfer** - Schweiz. Industriekaufmann, Betriebswirt, volkswirtschaftliches Studium. Seit 1971 selbstständiger Unternehmensberater. Leiter des Instituts für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung. Mitbegründer des „Verbundes freier Unternehmensinitiativen“. Internationale Vortrags- und Seminarartätigkeit. Autor von „Schein-Marktwirtschaft“.

**Nicanor Perlas** - Philippinen. Leiter des Center for Alternative Development Initiatives. Unter der Marcos-Diktatur Exil in den USA. Co-Autor der Philippinischen Agenda 21. Maßgeblich an der Bewegung beteiligt, die Anfang 2000 den korrupten Präsidenten Estrada stürzte. Ehemaliger Berater für sechs asiatisch-pazifische Netzwerke der Zivilgesellschaft und für drei UN-Institutionen.

**Jakob von Uexkull** - Schweden/Deutschland. Politik-, Philosophie- und Wirtschaftsstudium. Schriftstellerische Tätigkeit in Umweltfragen. Stifter des Alternativen Nobelpreises, der jährlich am Tag vor der Nobelpreisverleihung im schwedischen Parlament an Einzelpersonen verliehen wird, die an „praktischen und beispielgebenden Lösungen der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit arbeiten“.

Diese Veranstaltungsreihe wird inhaltlich getragen von: Forum 3 Stuttgart - Attac-Stuttgart - Netzwerk Weltweite Projekte - Initiative Netzwerk Dreigliederung - Initiative Colibri - Kulturzentrum Merlin - Brot für die Welt

**Anmeldung zum Seminar:** Carol Bergin, Naukler Str. 13, D-72074 Tübingen, Tel. 07071-525 17 /Fax 07071-255 609, Email: Carol.Bergin @ t-online.de.

Infos im Internet: [www.unsere-welt-ist-keine-ware.de](http://www.unsere-welt-ist-keine-ware.de).

**Teilnahmegebühr Seminar:** Euro 80,-, erm. 50,-, SchülerInnen 30,-. Zimmervermittlung: Stuttgart Marketing GmbH: Tel: 0711/ 2228-240 oder Night & Day Privatzimmervermittlung: Tel: 0711/769 60 70.



## Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung des sozialen Organismus  
Fortbildungsseminare für Tätige

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer und Dr. Christoph Strawe  
Veranstalter: Institut für zeitgemäße Wirtschafts- und Sozialgestaltung Dornach  
Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart  
Tel. 0711-23 68 950, Fax 23 60 218,  
E-Mail: [Institut@sozialimpulse.de](mailto:Institut@sozialimpulse.de), Internet: [www.sozialimpulse.de](http://www.sozialimpulse.de)

### Programm 2003

Seminar, 29. - 30. März 2003, Forum3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart

## Grundfragen der Qualitätsentwicklung Strukturqualität - Prozessqualität - Ergebnisqualität Zur Frage der objektiven Erfassbarkeit von Qualität

Mit Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe, Thomas Schoch und weiteren MitarbeiterInnen von „Wege zur Qualität“ und der „Werkstatt für Unternehmensentwicklung“.

**Samstag, 29. März:** 09.00: Öffnung des Tagungsbüros // 10.00 - 11.15: Eröffnung und Begrüßung. Vortrag: *Strukturqualität - Prozessqualität - Ergebnisqualität. Zur Frage der objektiven Erfassbarkeit von Qualität* // 11.45 - 12.30: Plenumsgespräch // 14.15 - 15.30: *Gruppenarbeit zum Thema Strukturqualität* // 15.45 - 16.45 Vortrag: *Was ist Prozessqualität und wie können wir sie entwickeln?* // 17.15 - 18.30: *Gruppenarbeit zum Thema Prozessqualität* // 20.00 Vortrag: *Die Frage nach der Ergebnisqualität: Standardisieren - Optimieren - Individualisieren?* // 20.45 *Gruppenarbeit zum Thema Ergebnisqualität* / **Sonntag, 30. März:** 09.00 - 10.30: Forum „Klienten- und Kundenzufriedenheit“ (Praxisberichte aus Einrichtungen und Unternehmen, Gespräch) // 11.00 - 12.15: Plenumsgespräch und Abschluss // Teilnahmegebühr Euro 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung)

Samstag, 12. April // 24. Mai // Donnerstag 19. Juni 2003

## Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

**1-Tages-Blockseminare zu Zeitfragen im Forum 3, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart**

Beginn jeweils 10 Uhr, Ende 19 Uhr. **Teilnahmegebühr pro Seminar Euro 70,-** (ohne Verpflegung)

**Tagesgliederung für alle Blockseminare:** Die unten genannten Themen werden in drei großen Gesprächsrunden, die jeweils durch Impulsreferate eingeleitet werden, behandelt. Der Ablauf ist dabei nicht im einzelnen vorgeplant, sondern soll sich auch aus den Bedürfnissen, Fragen und Beiträgen der TeilnehmerInnen ergeben. Erste Runde: 10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00 Uhr // Zweite Runde: 14.30 - 15.30 und 15.45 - 16.45 // Dritte Runde: 17.00 - 19.00 Uhr / Öffnung des Tagungsbüros 9.30 Uhr

Samstag, 12. April 2003

## Was ist soziale Dreigliederung? - Essentials, Geschichte und Aktualität - Ein Seminar für Einsteiger mit Christoph Strawe

**Themen:** Welcher Veränderungsbedarf für das soziale Zusammenleben der Menschen und damit für die Gesellschaftsstrukturen im Großen und Kleinen ergibt sich aus dem modernen Impuls der Freiheit und Mündigkeit? // Mündigkeit und soziale Verantwortung // Die menschheitliche Dimension der Verantwortung im Zeitalter der Globalisierung // Der Gedanke der sozialen Dreigliederung und die erste, von Rudolf Steiner inaugurierte Dreigliederungsbewegung 1917 - 1922 // Schilderung von Versuchen der Umsetzung des Dreigliederungsgedankens bis heute // Dreigliederung und gegenwärtige Weltsituation, Dreigliederung und Arbeit in sozialen Aufgabengemeinschaften

Samstag, 24. Mai 2003

## **Der Dreigliederungsimpuls in den großen Auseinandersetzungen unserer Zeit - aktuelle Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsfragen.**

Ein Seminar mit Christoph Strawe.

Die konkrete Themenstellung ist von der aktuellen Situation abhängig. Mögliche Inhalte aus den Bereichen: Kulturelle, rechtlich-staatliche und ökonomische Dimensionen der Globalisierung // Die Welthandelsorganisation WTO und ihre Abkommen // Demokratie und Menschenrechte // Die Rolle Europas und die europäische Verfassungsentwicklung // Überwindung der Arbeitslosigkeit, Sicherung der Sozialsysteme und gerechte Steuerordnung - Fragen der Geldordnung // Ökonomie und Ökologie // „Kampf der Kulturen“ oder kulturelle Diversität in aktiver Toleranz

Donnerstag, 19. Juni 2003 (Fronleichnam)

## **Das Ringen um die Sozialverpflichtung der Wirtschaft: Investitionen, Wettbewerb, Ausschreibung öffentlicher Aufträge.**

*Die Singapore Issues und die WTO-Konferenz in Cancun/Mexiko. Kritik und Alternativen*

Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe.

**Mitveranstalter: Initiative Netzwerk Dreigliederung**

Seminar, Do/Fr, 1./2. Mai 2003, Freie Waldorfschule, Hunrodstr. 17, D - 34131 Kassel

## **Wirtschafts- und Sozialkunde an der Waldorfschule**

Mit Udo Herrmannstorfer, Christoph Strawe, Erhard Fücke (angefragt) und Mitgliedern des Kollegiums der Freien Waldorfschule Kassel. Eine Tagung für LehrerInnen, GeschäftsführerInnen und engagierte Eltern. Es handelt sich um die vorläufige Planung. Es können sich im einzelnen noch Modifikationen ergeben.

**Donnerstag, 1. Mai:** 15.15 Uhr Öffnung des Tagungsbüros // 16 Uhr: Welche Schule braucht die Wirtschaft - welche Wirtschaft brauchen junge Menschen? (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 17.15 - 18.30 Forum 1: Grundlegende Gesichtspunkte zur Entwicklung einer Wirtschafts- und Sozialkunde // 20:00 - 21.30: Fortsetzung des Forums // Themen des Forum sind u.a.: Gezielte Einbeziehung von Praktika - Wechselwirkung zwischen Berufsbildung und Wirtschafts- bzw. Sozialkunde - Vermittlung praktischer Fähigkeiten in der Schule? (Beispiel Computer u.a.) - Wirtschafts- und Sozialkunde als eigenes Fach? - Kritikfähigkeit und positive Leitbilder im Hinblick auf Wirtschaftsformen - Rolle der Eltern für Wirtschafts- und Sozialkunde // **Freitag, 2. Mai 03:** 8.30 - 12.30 Uhr Forum 2: Elemente einer Wirtschafts- und Sozialkunde am Beispiel des Unterrichts der FWS Kassel. Erfahrungen und Überlegungen // 14.00 - 18.30: Gesichtspunkte für ein Curriculum Wirtschafts- und Sozialkunde im Kontext mit den Elementen des Lehrplans der Freien Waldorfschule - Wie erwecken wir ein Bewusstsein für die Aufgabe der Dreigliederung bei jungen Menschen? // **Teilnahmebeitrag** für externe TeilnehmerInnen Euro 50,- (ohne Unterbringung und Verpflegung)

Seminar, 20.-22. Juni 2003 Rüttihubelbad, Walkringen/Schweiz

## **Globalisierung als Gestaltungsaufgabe**

**Die Dreigliederung des sozialen Organismus in den großen Auseinandersetzungen unserer Zeit**

**Freitag, 20.6.:** 20.00: Wer Ich sagt, muss auch Menschheit sagen - der innere Aspekt der Globalisierung (Udo Herrmannstorfer) // **Samstag, 21.6.:** 9.15 - 10.45: Clash of Civilizations oder kulturelle Freiheit und Vielfalt? (Christoph Strawe) // 11.15 - 13.00 Uhr: Gesprächsarbeit // 14.30 - 16.00: Weltweite Zusammenarbeit oder Konkurrenz? (Udo Herrmannstorfer) // 16.30 - 18.00: Gesprächsarbeit // 19.30 - 21.00: Global denken, lokal handeln... (Udo Herrmannstorfer) // 21.00: Gesprächsarbeit // **Sonntag, 22.6.:** 9.15 - 10.30: „Global Governance“ und die Frage nach einer Weltrechtsordnung (Christoph Strawe) // 10.45 - 11.45: Abschluss: Was können wir tun? // **Teilnahmegebühr** sfr 270,- // Anmeldeunterlagen bei: Stiftung Rüttihubelbad, CH - 3512 Walkringen, Tel. 0041 (0) 31 / 700 81 83, Fax 700 81 90, E-Mail: [bildung@ruettihubelbad.ch](mailto:bildung@ruettihubelbad.ch), Internet: [www.ruettihubelbad.ch](http://www.ruettihubelbad.ch)

Seminar, 24. - 26. Oktober 2003, Universität Trier, Universitätsring 15, D - 54286 Trier, Gebäude A  
Konzeptuelle Beiträge für eine menschengerechte Globalisierung

## Wie weiter mit der Landwirtschaft?

### **Die Entwicklungschancen der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung**

Es handelt sich um die vorläufige Planung. Es können sich im einzelnen noch Modifikationen ergeben.

**Freitag, 24. Oktober:** 20.00 Wie weiter mit der Landwirtschaft? (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // **Samstag, 25.**

**Oktober:** 9.00 - 10.30: Situationsanalyse „Landwirtschaft in der Globalisierung“ - WTO-Vereinbarungen, Agenda 2000 etc. (Referate: Prof. Dr. Harald Spehl, Dr. Christoph Strawe) // 11.00 - 12.00: Arbeitsgruppen // 12.00 - 13.00 Plenumsgespräch // 14.30 - 15.45: Die Ökonomie einer globalen ökologischen Landwirtschaft (Vortrag Udo Herrmannstorfer) // 16.15 - 17.15 Arbeitsgruppen // 17.15 - 18.00 Plenumsgespräch // 19.30: Forum: Zusammenarbeit auf der Ebene der Höfe und in der Naturkostszene - Bestandsaufnahme und praktische Aufgaben // **Sonntag, 26.**

**Oktober:** 9.00 - 10.15 und 10.45 - 12.30: Perspektiven und Handlungsrichtungen auf lokaler, regionaler und globaler Ebene (Einleitung: Harald Spehl und Christoph Strawe) // **Teilnahmegebühr:** Euro 120,- (ohne Unterbringung und Verpflegung) // **Unterbringung** in Eigenregie z.B. über Tourist-Information Trier Stadt und Land e.V. Postfach 3830, 54228 Trier, Telefon 0651 / 97808-16 oder 97808-14, Telefax: 0651 / 700048 oder 44759, E-Mail: hotel@trier.de; Internet: <http://www.trier.de/tourismus>

Seminar, 31. Oktober bis 2. November 2003, Rudolf Steiner Haus Frankfurt/Main

## Biografieverständnis und Sozialgestaltung

Mitveranstalter Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig

**Freitag: 19.15:** Öffnung des Tagungsbüros // 20.00: Von der alten Gemeinschaft zur Gesellschaft der Mündigen - soziale Dreigliederung und Biografie (Christoph Strawe) // **Samstag: 9.00 - 9.30:** Eurythmischer Auftakt (Ulla Herrmannstorfer) // 9.30 - 11.00: Entwicklungsphasen im menschlichen Lebenslauf (Udo Herrmannstorfer) // 11.30 - 13.00: Gesprächsarbeit // 14.30 - 15.00: Eurythmischer Auftakt (Ulla H.) // 15.00 - 16.30: Individualität und Biografie (U. Herrmannstorfer) // 17.00 - 18.15: Gesprächsarbeit // 20.00: Reinkarnation und Schicksal: ihre Bedeutung für das soziale Leben (C. Strawe) // **Sonntag: 9.00 - 9.30:** Eurythmischer Auftakt (Ulla H.) // 9.00 - 10.30: Das Erwachen am Anderen. Die sozialen Gestaltungsformen als Entwicklungsfeld des Menschen (U. Herrmannstorfer) // 11.00 - 12.30: Abschlussgespräch // Teilnahmegebühr Euro 140,- (ohne Unterbringung und Verpflegung, Verpflegung zusätzlich Euro 20,-)



### Bestell- und Anmeldeformular

Bitte ausfüllen und einsenden oder faxen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Fax 0711- 23 60 218

Ich melde mich für folgende Veranstaltungen verbindlich an (bitte ankreuzen) und überweise den entsprechenden Betrag auf das Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70:

Seminar „Grundfrage der Qualitätsentwicklung“ (Euro 120,-)

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung:

Was ist Dreigliederung? (Euro 70)

Aktuelle Kultur-, Rechts- und Wirtschaftsfragen (Euro 70,-)

Das Ringen um die Sozialverpflichtung der Wirtschaft (Singapore Issues) (Euro 70,-)

Seminar Kassel: Wirtschafts- und Sozialkunde an der Waldorfschule (Euro 50,-)

Arbeitstagung Trier: Wie weiter mit der Landwirtschaft? (Euro 120,-)

Seminar Frankfurt/Main: Biografieverständnis und Sozialgestaltung (Euro 140,-, Verpfl. zus. Euro 20,-)  
Bei Teilnahme an der Gemeinschaftsverpflegung bitte ankreuzen:  mit Fleisch  vegetarisch

Für die folgenden Seminare bitte Anmeldung und Bezahlung beim in der Seminarbeschreibung angegebenen lokalen Mitveranstalter: Seminar Rütihubelbad: Globalisierung als Gestaltungsaufgabe (sfr 270,-) // Seminar Wien: Arbeitslosigkeit - Regionalität - Sozialstaat

Seminar, 7. - 8. November 2003, Wirtschaftsmuseum Wien

## Arbeitslosigkeit - Regionalität - Sozialstaat

### Auswege aus der Globalisierungsfalle (Arbeitstitel)

Mitveranstalter Kulturforum Wien

Mit Udo Herrmannstorfer und Christoph Strawe

Es handelt sich um die vorläufige Planung. Das Seminar beginnt voraussichtlich am Freitag abend. In Vorträgen, Foren (auch mit Vertretern von Politik, Arbeitnehmern und Arbeitgebern) und Gesprächen sollen unter anderem folgende Themen behandelt werden: Arbeitslosigkeit - Krise und Chance // Zur Situation des Sozialstaats in Österreich - empirische Bestandsaufnahme // Zukunftssicherung der sozialen Sicherungssysteme und speziell der Arbeitslosenversicherung - Umfinanzierung der Lohnnebenkosten durch einen verbrauchsorientierten Sozialausgleich // Regionale Zusammenarbeit - ein Weg zur Überwindung von Arbeitslosigkeit? // Regionale Sozialsicherung und Osterweiterung der EU

**Nähere Informationen, Organisation und Anmeldeunterlagen:** Kulturforum Wien: Christian Pieper/Jürgen Menz, Schulgasse 35, A - 2542 Kottlingbrunn, Tel: + 43 (0) 2252-77218-42, Fax: 77218-70, E-Mail: Juergen.Menz@al-naturkost.at

Außerdem findet, veranstaltet vom Kulturforum Wien, am 7./8. März 2003 an gleicher Stelle ein Seminar mit Udo Herrmannstorfer zum Thema „**Geld, Freiheit und Menschheitsentwicklung**“ statt. Informationen und Anmeldeunterlagen bei der obigen Adresse

### Anmeldung

zu den Seminaren der Fortbildungsreihe „Individualität und soziale Verantwortung“, soweit nichts anderes angegeben ist, an: Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart, Haußmannstr. 44a, 70188 Stuttgart // Tel. 0711 / 23 68 950, Fax 23 60 218 // E-Mail Institut@sozialimpulse.de // Internet: www.sozialimpulse.de

### Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisation. Sie erhalten ca. 3 Wochen vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. **Teilnahmegebühr** bitte jeweils bis 2 Wochen vor Beginn des Seminars überweisen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, **Kontonummer 381 18 - 709, Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70** (bitte Name und Veranstaltung vermerken). Unterbringung und Verpflegung sind in der Teilnahmegebühr nicht enthalten. Teilnehmer aus dem Ausland können zur Vermeidung hoher Überweisungsgebühren bei Tagungsbeginn bar bezahlen. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn ansonsten bitte nur im Einzelfall nach Rücksprache. Das Gleiche gilt für Ermäßigungen. Für die Seminare in Walkringen/CH und Wien zahlen Sie beim örtlichen Mitveranstalter. Wir bitten um Verständnis dafür, dass wir evtl. eine Bearbeitungsgebühr in Höhe von 20 % des Teilnehmerbeitrags erheben müssen, wenn Sie später als eine Woche vor Veranstaltungsbeginn von der Teilnahme zurücktreten.



Bitte ausfüllen und einsenden oder faxen an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Haußmannstr. 44 a, 70188 Stuttgart, Fax 0711 / 23 60 218

o..... Ich kann Werbematerial weitergeben // aushängen: schicken Sie mir ..... Prospekt(e) //  
..... Plakat(e)

o..... Bitte schicken Sie mir eine Probenummer des Rundbriefs „Dreigliederung des sozialen Organismus“

Name ..... berufl. Tätigkeit .....

Straße ..... PLZ/Ort .....

Tel./Fax ..... E-Mail .....

Datum ..... Unterschrift .....

## BESTELLFORMULAR: RUNDBRIEF DREIGLIEDERUNG DES SOZIALEN ORGANISMUS:

Bitte schicken Sie mir, soweit noch vorrätig, nachfolgend angekreuzte Rundbriefe:  
(Kostenbeitrag je Rundbrief Euro bitte 2,50 zzgl. 1 Euro Versand Inland, 2 Euro Ausland)

- RB Nr. 3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein / Gesellschaft und Technik
- RB Nr. 1/93: Sozialkunde an der Waldorfschule / Dreigliederung und ökologische Frage
- RB Nr. 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“ 1994 / Die europäische Integrationsbewegung
- RB Nr. 2/96: Regionale Selbstverwaltung / Löhne sind keine Kosten / Zusammenarbeit in der Naturkostszene
- RB Nr. 2/97: Wirtschaft ohne Sozialbindung - Fragen der Globalisierung
- RB Nr. 3/97: Sternenwelt und soziale Gestaltung / Arbeitslosigkeit
- RB Nr. 4/97: Medien - die vierte Gewalt?
- RB Nr. 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? / Aktion mündige Schule
- RB Nr. 2/98: Die neue Rolle des Staates
- RB Nr. 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917-1922 / Konturen der Goetheschen Politik
- RB Nr. 4/98: Der Euro kommt / Sozialziele und Verfassung / Zur apokalyptischen Signatur der Gegenwart
- RB Nr. 1/99: Wie weiter mit den Sozialsystemen? - Umfinanzierung der Lohnnebenkosten / Agenda 21
- RB Nr. 2/99: Kosovo / 50 Jahre Grundgesetz / Qualitätssicherung / Bewusstseinsseele
- RB Nr. 3/99: Leitbildarbeit / Grundrechte in Europa
- RB Nr. 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung / Demokratiebewegung / Bodenrecht
- RB Nr 2/00: Quo vadis Europa? Im Ringen um eine Charta der Grundrechte
- RB Nr 3/00: Gestaltungsfelder in Aufgabengemeinschaften - Urbanisierung und Dreigliederung
- RB Nr 4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung
- RB Nr 1/01: Trisektorale Partnerschaft, Zivilgesellschaft und Dreigliederung
- RB Nr 2/01: Wem dient GATS - vergriffen. Artikel erhältlich
- RB Nr 3/01: Delegation und kollegiale Führung - vergriffen: Artikel erhältlich
- RB Nr 4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September, Die soziale Frage als regionale Frage, GATS
- RB Nr 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“/Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien, Dreigliederung und Viergliederung
- RB Nr 2/02: „Die Welt ist keine Ware“ (GATS, TRIPS, WTO)
- RB Nr 3/02: Tendenzen (Globalisierung/Rio + 10 Gipfel der Enttäuschung/Das Verschwinden des physischen Eigentums)
  
- Ich lege einen Scheck über den Betrag der Bestellung bei.
- Ich habe den entsprechenden Betrag überwiesen auf das Konto Nr. 11 61 625, Treuhandkonto Czesla, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01.
- Bitte schicken Sie mir bis auf Widerruf den „Dreigliederungs-Rundbrief“ zu (mein Kostenbeitrag für den Rundbrief beträgt Euro ..... /Jahr (Richtsatz Euro 20); Konto-Nr. s.o. (Nur bei Neubestellungen ausfüllen.)

Name ..... berufl. Tätigkeit .....

Straße ..... PLZ/Ort .....

Tel./Fax ..... E-Mail .....

Datum ..... Unterschrift .....